

Eine Broschüre des Bündnisses »Rechtspopulismus stoppen«

Rechtspopulismus in Berlin

*Rassismus als Bindeglied zwischen
der »Mitte« der Gesellschaft und Neonazismus?*



Inhalt

- 03 Editorial**
- 05 »Rechtspopulismus« keine Randerscheinung, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem**
Dirk Stegemann
- 08 Was ist »Rechtspopulismus«?**
Christoph Butterwegge
- 13 Klassen, Rassen & Kriege - kapitalistische Realität**
Sevim Dağdelen
- 17 Die »Pro Bewegung« - antimuslimischer Kulturrassismus von rechtsaußen**
Alexander Häusler
- 22 »Pro Deutschland« - eine »Bürgerbewegung« auf dem Weg in die Hauptstadt**
Maik Baumgärtner
- 26 Versteckspiel!? - Rechtspopulismus in Gestalt von Bürgerbewegungen**
Daniel Gollasch
- 28 Sarrazin schafft sich ab: mit Rassismus**
Clara Luhr und Jan Rauchfuß
- 30 Die »Bürgerbewegung Pax Europa« - Ein Verein für »Islamkritik«**
Antifaschistisches Infoblatt
- 32 »Die Freiheit« - Eine neue Rechtsaußen-Partei nach europäischem Vorbild?**
Maik Baumgärtner
- 37 Thesen zu einer emanzipatorischen Religionskritik**
Chaze
- 41 Frauen und Homosexuelle im Clash of Civilizations. Mit Rassismus gegen Sexismus und Homophobie?**
Koray Yılmaz-Günay
- 45 Der Topos »Deutschenfeindlichkeit« in rechtspopulistischen Diskursen**
Yasemin Shooman
- 48 Was ist Rassismus?**
Dr. Hendrik Cremer
- 53 Rechts-populär?**
Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Argumenten
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
- 56 Handlungsoptionen entwickeln - Praxisansatz des Bündnisses »Rechtspopulismus stoppen«**
Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«

Herausgeber:

Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«
Stendalerstrasse 4, 10559 Berlin
www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de

Erscheinungsdatum: Juli 2011

Auflage: 9.000 Stück

Druckerei: Dreigroschendruck Berlin

Layout: Michael Mallé (www.stadtbild-grafik.de)

Fotos: Matthias Zickrow (S. 1, 3, 11, 12, 16, 20, 24, 29, 31, 40, 43, 48, 52, 57), Lothar Eberhardt (S. 15, 35, 51), Po Ming Cheung (S. 43), Christian Jäger (S. 27), Thomas Rassloff (S. 36), Thomas Voigt »VoThoGrafie« (S. 44), Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« (S. 59, 60)

Die Rechte der jeweiligen Texte liegen bei den Autor_innen.

**Proteste gegen den Bundesparteitag
von »Pro Deutschland« in Schöneberg**
17. Juli 2010



Liebe Leser_innen,

haben Sie schon einmal etwas über Rechtspopulismus gehört oder gelesen und fragen sich immer noch, was überhaupt dahinter steckt? Sicher schon. Und vermutlich im Zusammenhang mit Vereinen, Organisationen und Parteien, die mit dem Label »rechtspopulistisch« belegt werden. Gerade in Berlin treten mit »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« zu den Wahlen im September Parteien an, die als rechtspopulistisch eingestuft werden. Doch welches Phänomen soll dieser Begriff umschreiben. Welche Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform sowie politische Ideologie bzw. Programmatik ist kennzeichnend für so definierte Gruppierungen? Welche Überschneidungen und/ oder Abgrenzungen bestehen zum Rassismus; schließlich tauchen beide immer wieder als Begriffspaar auf? Was hat es mit dem Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« auf sich, was will es und gegen bzw. für wen oder was ist es engagiert es sich seit Mai 2010 mit vielfältigen Aktivitäten?

Wir, das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«¹, gehen als »breiter Zusammenschluss aus antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, translesbischswulen Gruppen, Migrant_innenselbstorganisationen, zivilgesellschaftlich und politisches Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen« genau diesen Fragen nach. Die über einjährige Beschäftigung damit sowie die Rechtsverschiebung in öffentlichen Debatten zu diesem Themenkomplex sind Anlass gewesen, diese erste Broschüre herauszugeben. Sie

enthält sehr unterschiedlich ausgerichtete Beiträge, um Diskussionsangebote zu machen. So verschieden die politische und inhaltliche Motivation der am Bündnis beteiligten Gruppen und Einzelpersonen ist, sich gegen rechtspopulistische Aktivitäten zu engagieren, so verschieden sind auch die Lösungsansätze. Mit der Broschüre geht es uns nicht darum, allumfassend die Komplexität der Phänomene Rechtspopulismus, Rassismus und Sozialchauvinismus sowie deren Kausalitäten sowohl untereinander wie auch mit anderen Themen abzubilden. Uns geht es vielmehr in einem ersten Schritt um die Einigung über weltanschauliche, parteipolitische und religiöse Grenzen hinweg auf einen grunddemokratischen Nenner: den zunehmenden Rechtsruck in der Gesellschaft, sei es in den Medien, in der Politik allgemein und in den etablierten Parteien im Besonderen zu thematisieren und Rassismus wie auch Sozialchauvinismus überall dort entgegenzutreten, wo er auftritt. Wir setzen uns dabei kreativ sowohl inhaltlich wie aktionsorientiert mit den aktuellen Entwicklungen, den Strukturen und ihren Akteur_innen auseinander.

Für eine angemessene Behandlung der mit dem Thema verbundenen Fragen haben wir versucht, Autor_innen zu gewinnen, die sich über unterschiedliche Zugänge seit Jahren damit beschäftigen, wie und warum sich nazistische Kernideologeme wie Rassismus und Sozialchauvinismus nicht nur mitten in der Gesellschaft, sondern auch immer wieder und beständig aus ihr heraus produzieren.

Mit den in der Broschüre enthaltenen Beiträgen ist uns das hoffentlich gut gelungen. So führt **Dirk Stegemann** als Sprecher des Bündnisses »Rechtspopulismus stoppen« in das Thema »Rechtspopulismus« ein, das im Anschluss mit dem Beitrag von **Christoph Butterwegge** dahingehend vertieft wird, dass er ein Deutungsmuster und einen Definitionsversuch von »Rechtspopulismus« unternimmt sowie auf die Zusammenhänge zwischen sozialen Verwerfungen und der Verschleierung ihrer zentralen Ursachen durch Ethnisierung, Biologisierung und Kulturalisierung hinweist. Ausgrenzungs- bzw. Abgrenzungsideologien, vor allem Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus, sind in letzter Konsequenz kapitalistischen Gesellschaften wesenseigen, wie **Sevim Dağdelen** in ihrem Beitrag ausführt. Was zählt, ist Leistung und das Prinzip der ökonomischen Verwertbarkeit. Dies ist der Nährboden auch für Rechtspopulist_innen, die sowohl innen- als auch außenpolitisch soziale Konflikte, wie sie sich aus der kapitalistischen Konkurrenz ergeben, rassistisch umzudeuten versuchen.

In Deutschland zählen eine Reihe von selbsternannten Bürgerbewegungen, »Pro«-Gruppen und Parteien, ob in verharmlosender Selbst- oder in Fremdbezeichnung zu jenen, die als »rechtspopulistisch« bezeichnet werden. Mit diesen und ihrer im Gegensatz zu Gruppen, Organisationen und Parteien des Nazi-Spektrums suggerierten »Saubermannfunktion« beschäftigt sich **Alexander Häusler**. Dabei geht er auf das ideologische Kernstück »rechtspopulistischer« Politik ein – den Rassismus gegen Muslim_innen. Anschließend beschäftigt sich **Daniel Gollasch** mit weiteren kleineren und Kleinstgruppierungen und ihrer Entstehungsgeschichte, um aufzuzeigen, wie weit dieses Phänomen des »Rechtspopulismus« schon in der »Mitte« der Gesellschaft vorhanden ist und wie wenig neu solche Einstellungsmuster sind. Ganz speziell auf die Berliner Situation geht dann **Maik Baumgärtner** ein und analysiert sowohl den »Pro Deutschland« Landesverband Berlin als auch »Die Freiheit«, die beide für die Berliner Wahlen im September 2011 zugelassen wurden, sowie den offen rassistisch auftretenden Webblog »politically incorrect« der in Berlin ebenfalls eine eigene Gruppierung unterhält und eng mit der Partei »Die Freiheit« zusammenarbeitet. Komplettiert wird die Darstellung der wohl aktivsten »rechtspopulistischen« und rassistischen Akteur_innen durch den Beitrag des **Antifaschistischen Infoblattes** zur selbsternannten Bürgerbewegung »Pax Europa«, die über Berlin hinaus schon seit geraumer Zeit auch deutschlandweit Panikmache gegen eine angebliche »Islamisierung« und eine damit verbundene vermeintliche Gefährdung des »Abendlandes« durch die Scharia zu entwickeln sucht; auch hier gibt es personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der Partei »Die Freiheit«. Der folgende Artikel von **Clara Luhr** und **Jan Rauch-**

fuß macht verständlich, warum sowohl neonazistische wie auch »rechtspopulistische« und rassistische Parteien um eine Person wie Thilo Sarrazin als Mitglied buhlen und meinen, mit ihren menschenverachtenden Ideologien schon immer recht gehabt zu haben. Der Aspekt der Machtasymmetrie zwischen Mehrheitsgesellschaft und marginalisierten Minderheiten soll aber zunehmend auch durch die Konstruktion einer vermeintlich existenten »Deutschenfeindlichkeit« verschleiert werden. Der Herkunft dieses Konstruktes sowie den möglichen Hintergründen und der Frage, wer dieses warum und wofür schon seit längerem verwendet, geht **Yasemin Shooman** in ihrem Beitrag nach. Dies ist vor dem Hintergrund der Anklageerhebung gegen vier Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren, die in Berlin-Lichtenberg einen 30-Jährigen zusammenschlugen und -traten auch notwendig; denn den Beschuldigten werden neben versuchtem Mord aus Habgier weitere niedere Beweggründe, darunter auch »Deutschenfeindlichkeit« als Form von Rassismus, vorgeworfen. Den Bogen von Thilo Sarrazin über die anschließende öffentliche Auseinandersetzung mit dem Rassismusbegriff und –vorwurf sowie ihre Folgen schlägt anschließend **Hendrik Cremer**. Er thematisiert u.a. die Kategorisierung von Menschen, die rassistische Dimensionen annimmt, wenn sie in Zusammenhang mit Hierarchisierungen und Abwertungen von Gruppen verbunden wird. Die Strategie, Rassisten zu fragen, ob sie rassistisch sind, bezeichnet er zu Recht als sinnlos.

Von ihren Ansätzen für eine emanzipatorische Religionskritik ausgehend, nähert sich **Chaze**, Mitglied der Forschungsgruppe Christlicher Fundamentalismus, dem Versuch der »Rechtspopulist_innen«, eine spezifische Religion, einen »Islam« einschließlich einer angeblich homogenen muslimischen Bevölkerungsgruppe, zu konstruieren und als Feindbild zu manifestieren und auszubauen. Dabei werden andere Ausprägungen von Fundamentalismus, wie z.B. der christliche Fundamentalismus von »Rechtspopulist_innen«, bewusst ignoriert oder sogar durch eine Zusammenarbeit legitimiert und genutzt. Fundamentalismus müsse aber in allen Ausprägungen bekämpft werden. Wann, wie und vor allem zu welchem Zweck dagegen Frauen-, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit unter dem Deckmantel des Eintretens für Gleichberechtigung zum Argument in einem rassistischen Diskurs wird, thematisiert **Koray Yılmaz-Günay** in seinem Beitrag. Er betont, dass man sich dem Prinzip »Teile und Herrsche« nicht unterwerfen und einer Entsolidarisierung zwischen oder innerhalb von ohnehin benachteiligten Gruppierungen nicht auch noch Vorschub leisten sollte. Nur so könne man sich einer Instrumentalisierung durch rechte und rassistische Zusammenhänge entziehen. Abgerundet wird die Broschüre, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, durch den Beitrag der **Mobi-**

len Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

Hier werden Empfehlungen und Handlungsoptionen im Umgang mit Rechtspopulist_innen und Rassist_innen und ihrer Ungleichwertigkeitsideologie dargestellt. Wir hoffen, mit diesen Empfehlungen zur Handlungssicherheit demokratischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen beizutragen.

Dass der Name unseres Bündnisses auch weiterhin nicht nur eine bloße Bezeichnung sondern eine Aufforderung zum aktiven Handeln darstellt, haben wir selbst schon mehrfach bewiesen. Dafür steht auch der abschließende Beitrag des Bündnisses, verbunden mit der ausdrücklichen Einladung zum Mitmachen und Mitgestalten.

Allen Autor_innen möchten wir herzlich für die von ihnen zur Verfügung gestellten Beiträge danken. Bei der sehr heterogenen Zusammensetzung bezüglich der po-

litischen Herkunft und des politischen Standpunktes geben die einzelnen Beiträge immer die Ansichten der Autor_innen wieder und belegen damit zugleich das breite Spektrum unseres Bündnisses.. So ist zu wünschen, dass neben dem Anstoß zur Debatte untereinander auch der Diskussionsprozess zum Thema »Rechtspopulismus« über das Bündnis hinaus angeregt wird. Besonders freuen würde uns als Bündnis, wenn mit dieser Broschüre weitere engagierte personelle Verstärkung für die inhaltliche und aktionsorientierte Politik gegen Rassismus, Nazismus und Rechtspopulismus gewinnen bzw. Anregungen für zivilgesellschaftliches Engagement in anderen Zusammenhängen geben könnten.

¹ Warum wir uns zusammengeschlossen haben! in: www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/ueber-uns

Unser besonderer Dank geht an dieser Stelle auch an die Sponsor_innen, darunter: Rosa Luxemburg Stiftung, Ver.di Berlin, Naturfreunde Berlin, Die Linke. Berlin, IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen, DKP Berlin, SPD Tempelhof-Schöneberg, Sevim Dağdelen (MdB, Die Linke.), Mechthild Rawert (MdB, SPD), Jusos Berlin, GEW Berlin und Die Linke Pankow.

»Rechtspopulismus«

Keine Randerscheinung - sondern ein gesamt- gesellschaftliches Problem

Dirk Stegemann

Der Autor ist Mitglied der Berliner VVN-BdA und hat den »Zug der Erinnerung« in Berlin mitorganisiert. Er ist Mitglied des Arbeitskreises »Marginalisierte-gestern und heute« und Sprecher des Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«.

Nicht nur in Zeiten der Krisen, aber insbesondere in diesen, ist eines der beliebtesten Gesellschaftsspiele - die Suche nach Schuldigen bzw. Sündenböcken. Denn wenn wieder einmal etwas gesellschaftspolitisch in größerem Maßstab »danebengegangen« ist, sollen meistens nicht die Zielsetzung, destruktive soziale Beziehungen und Strukturen selbst in Zweifel gezogen werden, sondern es

soll an den Personen gelegen haben. Die Ursachen sozialer Probleme werden individualisiert bzw. subjektiviert. Unterstellte Unwilligkeit, Unfähigkeit oder sogar gezielte Böswilligkeit bestimmter Subjekte lassen eine Behebung des »Problems« nicht nur einfacher erscheinen, sondern auch von den tatsächlichen Ursachen und Zusammenhängen ablenken und diese verschleiern. Köpfe rollen zu

lassen scheint für alle Seiten nicht nur die leichtere Lösung, sondern auch bequemer zu sein als gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. Sozialdarwinismus und Rassismus sind sowohl innen- als auch außenpolitisch entsprechende Ausgrenzungs- und Legitimationskonstrukte und lassen sich nicht nur bei »rechtspopulistischen« Parteien und ihren Anhänger_innen finden. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das viel zu lang an die Ränder der Gesellschaft verschoben wurde. Nicht nur um die »Mitte« zu entlasten, sondern auch um von eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken sowie Ursachen und Verursacher_innen gesellschaftlicher Probleme zu verschleiern.

Hier kommt dann der »Populismus« ins Spiel. Denn zwischen den oft abstrakten Kategorien der Politik und den konkreten Gegebenheiten, auf die sie sich beziehen, ist die Sprache das vermittelnde Element. Sprache ist immer Produkt sowie Spiegel der Gesellschaft. In einer rassistisch, sexistisch, antisemitisch geprägten Gesellschaft ist entsprechend die Sprache von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus geprägt, die wiederum Gesellschaft als solche prägt. Neben bewusst diskriminierenden Äußerungen gibt es die eher unbewusst verwendeten, die selbstverständlicher Bestandteil der Alltagssprache sind und deren diskriminierender Gehalt deshalb unreflektiert bleibt, da ihre ursprüngliche Bedeutung und die Begriffsgeschichte unbekannt sind. Doch beim so genannten »Populismus« wird gezielt versucht, über Sprache Stereotype und Klischees auf eine oder mehrere Gruppen von Personen zu projizieren, die als Sündenböcke für gesellschaftliche Krisen und Probleme schlechthin fungieren müssen. Letztlich geht es darum, ein »falsches Bewusstsein« (Marx) bzw. ein Zerrbild der Wirklichkeit zu vermitteln. Bei der Suche nach und Präsentation von Sündenböcken geht es relativ pragmatisch zu. So können es die »Leistungsverweigerung oder Faulheit der Armen«, die »Integrationsunfähigkeit und –unwilligkeit« der Migrant_innen, eine Religion oder die »ethnisch-kulturelle Herkunft« sein, die entsprechenden gesellschaftliche Probleme verursachen.

Populismus – ein »populistisch« verschleiernder Kampfbegriff

Insbesondere in den letzten Jahren prägten zunehmend der »Populismus«-Begriff und in diesem Zusammenhang der »Populismus«-Vorwurf die öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung. Die Deutung des Begriffs ist dabei – gleich denen des »Extremismus« oder »Terrorismus« – der Individualität, sprich geistigen »Willkür« des Einzelnen bzw. des Mainstreams und der gezielten politischen Instrumentalisierung überlassen. Allgemein anerkannte und wissenschaftlich begründete Definitionen gibt es nicht. Klar ist, dass der lateinische »populus«, also »das Volk«, den Kern des Begriffs Populismus bildet und »Populismus« eine um »Nähe zum Volk« bemühte Politik

bezeichnet. Das für sich genommen ist wenig skandalisierbar. Denn nicht der Versuch einer Art sprachlicher »Volkstümlichkeit« bzw. Einfachheit per se ist das Problem, sondern vielmehr die Zielgruppe, die im Sinne von »ethnos« oder »demos« verstanden werden kann, wodurch dann entweder das »eigene« oder das »gemeine« Volk den Fixpunkt bildet.¹ Auch macht es einen Unterschied, Politik im Namen des Volkes und/oder für das Volk machen zu wollen. Allerdings bieten auch sowohl das »eigene« wie das »gemeine« Volk hinreichend Gelegenheit, diese »völkisch-nationalistisch« aufzuladen. Die Definition von Schubert/Klein, wonach »Populismus« eine Politik ist, »die sich volksnah gibt, die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt und vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet«,² scheint jedenfalls recht allgemein. Klarer wird der Begriff auch nicht durch den Verweis auf die »Demagogen«.

Allerdings ist zu bezweifeln, dass eine Präzisierung des Begriffs »Populismus« tatsächlich gewünscht wäre, ist er doch durch seine Schwammigkeit auch vielseitig und politisch instrumentell einsetzbar. Deutlich wird dies an dem immer wieder aufgelegten Links-Rechts-Schema. Die Gegenüberstellung eines vermeintlichen Rechts- und Linkspopulismus suggeriert analog zur »Totalitarismus«- und der daraus hergeleiteten »Extremismus«-Debatte eine Gleichsetzung von Rechts und Links dahingehend, dass beide von einer sich selbst als demokratisch definierenden »Mitte« abgegrenzt werden sollen. Suggestiert wird damit aber auch, dass dieser so genannten »Mitte« keinerlei »Populismus« zu unterstellen sei. Doch ist es diese »demokratische Mitte«, die nach »Sündenböcken« sucht und der diese auch erfolgreich präsentiert werden, wie die Studie »Die Mitte in der Krise« der Friedrich-Ebert-Stiftung gerade erst belegt hat.³

Prinzipiell wäre der »Populismus«-Begriff auf all jene in Politik, Medien etc. anwendbar, die sich in ihrer Suche nach den Ursachen gesellschaftlicher Probleme von der sozialen Frage wegbewegen und stattdessen allein nach den individualisierten bzw. subjektivierten Schuldigen fahnden, wobei Fragen nach dem gesellschaftlichen System und seinen Strukturen ausgeblendet werden. Da gemeinhin die linke Bewegung die Systemfrage stellt, kann sie in diesem Punkt kaum als »populistische« bezeichnet werden. Wenn sich linke Politik tatsächlich der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber den Bürger_innen verpflichtet fühlt, kann es »Linkspopulismus« als systemische Erscheinung, als Wesen linker Politik nicht geben. Das schließt selbstredend nicht automatisch aus, dass auch vermeintlich linke Politiker_innen beispielsweise bei der Jagd nach Stimmen lügen und täuschen, sich also »populistischer« Argumentationsmuster und Argumentationstechniken bedienen könnten.

Das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« und »Rechtspopulismus«

Die begriffliche Unklarheit und die inflationäre Verwendung zwingt das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« geradezu dazu, eine eigene Position darzustellen, ohne allerdings den Anspruch erfüllen zu wollen, das für alle und jeden Verbindliche zu formulieren. Insofern gibt es bisher im Bündnis auf Grund seiner Heterogenität keine einheitliche Meinung und Position zum Inhalt des Begriffs »Populismus« allgemein und »Rechtspopulismus« konkret sowie zu dessen Verwendung. Als gemeinsamer Grundkonsens gilt, dass »Organisationen wie z.B. die Parteien ‚Pro Deutschland‘ oder ‚Die Freiheit‘, selbsternannte Bürgerbewegungen wie ‚Pax Europa‘, einige Freie Wählervereinigungen oder rassistische Weblogs wie ‚politically incorrect‘ versuchen, unter dem Deckmantel von Islamkritik, Integrations- und Meinungsfreiheitsdebatten, Frauen- und Bürger_innenrechten rassistische Ressentiments auch in Berlin gesellschaftsfähig zu machen. Sie versuchen damit, an Wahlerfolge von rechtspopulistischen, rassistischen oder offen faschistischen Parteien wie z.B. Vlaams Belang, Lega Nord, FPÖ, Front National, SVP, Alsace d'Abord u.v.a. anzuknüpfen. Über die Konstruktion eines exklusiven ‚christlich-jüdischen Abendlandes‘ sollen ganze Bevölkerungsteile ausgegrenzt werden. Der Islam wird als eine Art Vehikel benutzt, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechteabbau zu legitimieren.«⁴ Dabei werden Methoden angewandt, wie sie von der »Neuen Rechten« benutzt werden: Hetze, Lüge, Einsatz von Halbwahrheiten, scheinbare Wissenschaftlichkeit, Verleumdung, Diskriminierung, Ausgrenzung, Dämonisierung, Demütigung, Einschüchterung, Erniedrigung und Kriminalisierung. Tatsächlich muss dem Versuch, »Rechtspopulismus« als demokratisch geläutertes, zumindest sehr viel moderateres Pendant zum »Rechtsextremismus« erscheinen zu lassen, entschieden begegnet werden. Vielmehr ist er – wie Christoph Butterwegge darstellt – wenn überhaupt davon zu unterscheiden, dann nur eine Spezialform des Letzteren.⁵ Ob und inwieweit allerdings als »rechtspopulistisch (...) nur jene (Partei-) Organisationen, Strömungen und Bestrebungen bezeichnet werden [sollten], die den Dualismus von ‚Volk‘, ‚Bevölkerung‘ bzw. ‚mündigen Bürgern‘ und ‚Elite‘, ‚Staatsbürokratie‘ bzw. ‚politischer Klasse‘ zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Agitation und Propaganda machen, ohne

militante Züge aufzuweisen und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden oder anzudrohen«, ist fraglich. Und zwar nicht nur hinsichtlich des Gewaltbegriffs. Denn im Zuge der von diesen Organisationen angezettelten rassistischen Debatten um eine »schleichende Islamisierung« gab es bereits mehrfach Übergriffe und Angriffe auf Moscheen und vermeintliche Muslim_innen. Oder sind geistige Brandstifter_innen nicht verantwortlich dafür? Oder ist die Umsetzung der von diesen Gruppierungen geforderten repressiven staatlichen Politik gegenüber Flüchtlingen sowie Migrant_innen keine Gewalt? Aber auch aus einer anderen Sicht ist dies fragwürdig. Insbesondere Gruppierungen wie die »Pro«-Bewegungen, »Pax Europa«, »politically incorrect« oder »Die Freiheit« weisen außer inhaltlichen Kontinuitäten trotz der nach außen propagierten Abgrenzung auch direkte Querverbindungen zu rassistischen Parteien bzw. Organisationen, Zusammenhängen oder Einzelpersonen auf. Besonders bei den »Pro«-Bewegungen ist dies auffällig. Hier stammt ein Teil der Funktionär_innen, Mitglieder und Unterstützer_innen aus rassistischen Parteien wie der NPD, DVU und den REP oder anderen rassistischen Gruppierungen.

Das Bündnis hat sich zur Verwendung des Begriffs »Rechtspopulismus« zwar entschieden, die inhaltliche Auseinandersetzung und Begriffsklärung ist damit aber nicht abgeschlossen. Den Bündnismitgliedern war es wichtig, den in aller Munde befindlichen und über die Medien kolportierten Begriff aufzugreifen und den mit diesem bezeichneten Parteien, Gruppen und Einzelpersonen inhaltlich entgegenzutreten. Dafür steht auch diese Broschüre. Die Verwendung des Begriffs ist insbesondere der beabsichtigten Breite des Bündnisses geschuldet, die über klassische antirassistische Bündnisse hinausgehende Spektren einbinden soll. Ich verfechte eher die Position, den Begriff »Rechtspopulismus« nicht zu verwenden, da er tatsächlich mehr verschleiert als aufklärt und aufhellt. Die Politik dieser so bezeichneten Organisationen und von deren Vertreter_innen ist eben gerade nicht demokratischer, nur weil sie keine vordergründig physische Militanz an den Tag legen. Sie sind und bleiben schlichtweg rassistisch und sozialdarwinistisch. Für ein besseres Verständnis habe ich deshalb hier zwar den Begriff »Rechtspopulismus« verwendet, setze ihn aber in Anführungszeichen, um deutlich zu machen, dass ich selbst ihn für weniger sinnvoll halte.

Der Text ist eine gekürzte Fassung von »Cui bono Populismus«, Dirk Stegemann, Rundbrief 01/2011 der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand Die Linke., S. 29

¹ www.netz-gegen-nazis.de/artikel/niederlage-fuer-den-rechtspopulismus-oder-was-ist-eigentlich-populismus

² Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006

³ Friedrich-Ebert-Stiftung (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010.

⁴ Warum wir uns zusammengeschlossen haben! in: www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/ueber-uns

⁵ www.netz-gegen-nazis.de/artikel/niederlage-fuer-den-rechtspopulismus-oder-was-ist-eigentlich-populismus

Was ist Rechts- populismus?

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Der Autor lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine letzten Buchveröffentlichungen zum Thema sind: »Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für den Journalismus und die politische Bildung« sowie »Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz«.

Durch die öffentliche Debatte über Thilo Sarrazin und den von ihm veröffentlichten Bestseller »Deutschland schafft sich ab« hat die Frage an Bedeutung gewonnen, was Rechtspopulismus ist und ob er – möglicherweise sogar in parteipolitisch organisierter Form – nach Wahlerfolgen in mehreren Nachbarländern auch hierzulande eine Chance hätte. Vermutlich rührt Sarrazins publizistischer Erfolg daher, dass er wichtige Diskurse der letzten Jahre (z.B. den Demografiediskurs: »Die Deutschen sterben aus«; den Migrationsdiskurs: »Zuwanderer – seit dem 11. September 2001 hauptsächlich Muslime – überschwemmen bzw. überfremden uns«; den Sozialstaatsdiskurs: »Hartz-IV-Bezieher/innen sind gar nicht wirklich arm, sondern plündern uns aus, weil der Sozialstaat zu großzügig ist«) bündelt und teilweise noch zuspitzt. Offenbar traf der damalige Bundesbank-Vorstand und frühere Berliner Finanzsenator mit seinen polemischen Vorwürfen gegenüber sozial benachteiligten Minderheiten thematisch wie politisch-inhaltlich den neoliberal geprägten, aber auch von Deuschtümelei nicht freien Zeitgeist. Zu erörtern ist auch, ob es sich bei Sarrazins Thesen um einen mutigen Tabubruch oder um einen typischen Fall von Rassismus, Sozialdarwinismus und Rechtspopulismus handelt.

Rechtspopulismus – Deutungsmuster und Definitionsversuche

Der inflationär verwendete Populismusbegriff ist aus zwei Gründen schillernd und unscharf. Einerseits fallen darunter häufig link(sradikal)e genauso wie recht(sextrem)e und basis- bzw. radikaldemokratische genauso wie anti-demokratische Strömungen, was seine Offenheit für unterschiedliche Strategien und Taktiken signalisiert, aber

auch inhaltliche Mehrdeutigkeit, Verschwommenheit und Konturlosigkeit bedingt. Andererseits wird häufig so getan, als sei »Rechtspopulismus« das demokratisch geläuterte, zumindest sehr viel moderatere Pendant zum Rechtsextremismus, nicht etwa nur eine Spezialform desselben. Dies bringt jedoch weitere Abgrenzungsprobleme mit sich, ohne gleichzeitig mehr terminologische Klarheit zu schaffen. Missverständlich ist der Populismusbegriff insofern, als dafür zwei unterschiedliche Deutungsmuster existieren.

Das in der Forschungslandschaft wie in der Fachliteratur klar dominante Deutungsmuster begreift Populismus als Politik(vermittlungs)form und Regierungsstil, welcher von Personen, Parteien oder Koalitionen ganz unterschiedlicher Couleur praktiziert werden kann, was man ggf. mittels der Differenzierung zwischen Links- und Rechtspopulismus zum Ausdruck bringt. Nach herrschender Lehre charakterisiert der Populismus gar nicht die Politik einer Partei, sondern nur die Art, wie sie gemacht und/oder »an den Mann gebracht« wird.

Ein gewisses rhetorisches Talent und die argumentative Demagogie seiner führenden Repräsentanten sind auffällige Merkmale des Populismus, aber nicht für ihn konstitutiv. Nach größerer Popularität zu streben, »dem Volk aufs Maul zu schauen« und komplexe Zusammenhänge leicht verständlich darzustellen, ist höchstens dann populistisch, wenn damit die Manipulation von Menschen zugunsten einer privilegierten Minderheit verbunden ist. Unbefriedigend bleibt eine bloße Formaldefinition für Populismus, wenn sie keinerlei inhaltliche Festlegung enthält. Die Bezeichnung eines Parteiprogramms als »populistisch« ist so-



wenig aussagekräftig wie der Begriff »Protestpartei«, weil in beiden Fällen keine Aussage über die dahinter steckende Ideologie getroffen wird.

Das andere Deutungsmuster versteht unter Populismus eine stärker inhaltlich bestimmte Konzeption, die aufgrund ihrer Konstruktion eines (ethnisch) homogenen Volkes, das sie den »korrupten Eliten« gegenüberstellt, mit einer linken Weltanschauung bzw. deren Hauptströmungen – Sozialismus, Reformismus und Kommunismus –, die Klassen und Schichten zu Basiskategorien ihrer Topografie der Gesellschaft machen, unvereinbar ist, aber mit den bürgerlichen Grundrichtungen – Liberalismus und Konservatismus –, die zwischen den genannten Großgruppen keine Interessengegensätze zu erkennen vermögen, durchaus harmoniert. Rechtspopulismus wäre für diese Orientierung zwar der treffendere Begriff, was allerdings nicht ausschließt, dass sich auch Strömungen der »Mitte« oder der Linken zumindest vorübergehend solcher Argumentationsmuster und entsprechender Agitationstechniken bedienen.

Populismus ist mehr als eine Stilfrage und eine Agitationstechnik, worauf schon die Etymologie des Terminus verweist, denn die ursprüngliche Wortbedeutung lässt den Anspruch damit Bezeichneter erkennen, Politik im Namen des Volkes und/oder für das Volk zu machen. Je nachdem, ob man diese Zielgruppe im Sinne von »ethnos« oder »demos« versteht, bildet das »eigene« oder das »gemeine Volk« den Fixpunkt. Zwar haben Rechtspopulisten nur wenig Hemmungen, ihrerseits – etwa als Parlamentsabgeordnete oder Minister – die Privilegien der Mächtigen und Regierenden in Anspruch zu nehmen, verlangen von diesen jedoch, sich nicht persönlich zu bereichern, sondern selbstlos »der Sache des Volkes« zu dienen. Rechtspopulisten stellen zwar die soziale Frage, ohne sie jedoch überzeugend zu beantworten. Meistens verknüpfen solche Gruppierungen die soziale mit der nationalen Frage, obwohl eine Verbindung von sozialer und demokratischer Frage nötig wäre, um sie zu lösen.

Der zeitgenössische Rechtsextremismus hat sich spürbar modernisiert, programmatisch erneuert und vom Nationalsozialismus mehr oder weniger überzeugend distanziert sowie aufgrund der Vielfalt von ihm mittlerweile besetzter Handlungsfelder, Aktionsformen und Organisationszusammenhänge erheblich ausdifferenziert. Als rechtspopulistisch sollten nur jene (Partei-)Organisationen, Strömungen und Bestrebungen bezeichnet werden, die den Dualismus von »Volk«, »Bevölkerung« bzw. »mündigen Bürgern« und »Elite«, »Staatsbürokratie« bzw. »politischer Klasse« zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Agitation und Propaganda machen, ohne militante Züge aufzuweisen und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden oder anzudrohen. Innerhalb des Rechtspopulismus kann man idealtypisch vier Grundvarianten unterscheiden:

1. Wenn die Kritik an einem vermeintlich überbordenden, die Volkswirtschaft lähmenden und den eigenen Wirtschaftsstandort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Propaganda einer Rechtspartei steht, wäre von »Sozialpopulismus« zu sprechen. Man nutzt den unterschwellig vorhandenen, oft in der politischen und medialen Öffentlichkeit geschürten Sozialneid gegenüber noch Ärmeren – in diesem Fall: den angeblich »faulen« bzw. »arbeitscheuen« Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger(inne)n –, um von den eigentlichen Verursachern der sich vertiefenden Kluft im Land abzulenken.

2. Konzentriert sich eine rechte Gruppierung auf die Stigmatisierung und Diskriminierung von Straffälligen, plädiert sie energisch für »mehr Härte« der Gesellschaft im Umgang mit ihnen und nimmt sie besonders Drogenabhängige, Bettler/innen und Sexualstraftäter ins Visier, um die Wähler/innen mit einem Szenario der permanenten Bedrohung zu erschrecken, handelt es sich um Kriminalpopulismus, der die »anständigen Bürger« gegen den »gesellschaftlichen Abschaum« mobilisiert und seine

Kampagnen auf dem Rücken von sozial benachteiligten Minderheiten inszeniert. Häufig genug spielt die Boulevardpresse dabei eine unrühmliche Rolle als Sprachrohr einer intoleranten und illiberalen Mehrheitsgesellschaft.

3. Sofern eine Rechtspartei die »Systemfrage« in den Mittelpunkt rückt und sich vor allem die verbreitete Enttäuschung über ihre etablierten Konkurrentinnen auf dem »Wählermarkt« und die Entfremdung vieler Bürger/innen gegenüber dem bestehenden Regierungs- bzw. Parteiensystem (»Politikverdrossenheit«) zunutze macht, das sie mit Korruption gleichsetzt und aus prinzipiellen Erwägungen ablehnt, erreicht die populistische Zuspitzung eine andere Qualität, was die Bezeichnung »Radikalpopulismus« rechtfertigt. Bei dieser Variante legt eine populistische Bewegung den Maßstab für ihr eigenes Verhalten sehr hoch. Umso leichter kann sie daran gemessen und – wie schon oft geschehen – selbst der politischen Unfähigkeit, Inkompetenz und Korruptionsanfälligkeit überführt werden.

4. Steht der staatliche Innen-außen-Gegensatz bzw. die angebliche Privilegierung von Zuwandern gegenüber den Einheimischen oder die »kulturelle Überfremdung« im Vordergrund, handelt es sich um Nationalpopulismus. Charakteristisch ist für ihn, dass die zunehmende Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten, übrigens vor allem ethnischer Minderheiten, nicht etwa als Konsequenz ihrer Diskriminierung (z.B. im Bildungsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt) und einer ungerechten Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen, vielmehr als Resultat der zu großen Durchlässigkeit bzw. Aufhebung der Grenzen für Migrant(inn)en thematisiert und die Angst vor einer »Überflutung« bzw. »-fremdung« vornehmlich durch Muslime kultiviert wird.

Die Sinnkrise des Sozialen als geistiger Nährboden des Rechtspopulismus

Staat und Gesellschaft leiden gegenwärtig vor allem unter der massiven Entwertung bzw. einer tiefen Sinnkrise des Sozialen, die den geistigen Nährboden des Rechtspopulismus bildet und aus folgenden Teilprozessen besteht:

1. fällt die Tendenz zur Ökonomisierung des Sozialen ins Auge. Fast alle Lebensbereiche, etwa Kultur, (Hoch-)Schule, Freizeit und auch die soziale Infrastruktur, werden nach dem Muster des Marktes restrukturiert. Sozial zu sein bedeutet fortan nicht mehr, sich gemäß humanistischer Grundüberzeugungen oder christlicher Nächstenliebe um arme, benachteiligte oder Menschen mit Behinderungen und ihre Probleme zu kümmern bzw. moralischen Verpflichtungen und ethischen Normen nachzukommen. Vielmehr wird auch das Soziale zunehmend vom neoliberalen Zeitgeist durchdrungen und von

der Konkurrenz, dem Gewinnstreben und betriebswirtschaftlicher Effizienz bestimmt.

2. findet eine Kulturalisierung des Sozialen statt. Seit geraumer Zeit stehen nicht mehr materielle Interessen bzw. Interessengegensätze im Blickfeld, wenn man über die Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft spricht, sondern die kulturelle Identität. Die Kulturalisierung des Sozialen bedeutet, dass die Zugehörigkeit zur Gesellschaft nicht mehr über die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu einer bestimmten Klasse, Schicht oder Gruppe definiert wird, die gemeinsame Interessen haben (und daher ein hohes Maß an Solidarität realisieren können, falls sie sich dessen bewusst werden), sondern dass stärker nach kulturellen Übereinstimmungen, also gemeinsamer Sprache, Religion und Tradition, gefragt wird. Das ist der Grund, weshalb sich Widerstand gegen diese Entwicklung nur schwer artikulieren und organisieren kann.

3. ist eine Ethnisierung des Sozialen festzustellen. Je mehr die ökonomische Konkurrenz im Rahmen der »Standortsicherung« verschärft wird, umso leichter lässt sich die kulturelle Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskriterium gegenüber Mitbewerber(innen) um soziale Transferleistungen instrumentalisieren. Ein »nationaler Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mehr sein möchte, bereitet Ethnisierungsprozessen den Boden. Diese haben zwei Seiten: Neben einer Stigmatisierung »der Anderen« bewirken sie eine stärkere Konturierung »des Eigenen« bzw. die Konstituierung einer nationalen bzw. »Volksgemeinschaft«, mit der viel weiter reichende Ziele verfolgt werden. »Deutsche(s) zuerst!« lautet ein Slogan, der solche Vorstellungen genauso wie »Ausländer raus!«-Parolen im Massenbewusstsein verankert.

4. zeichnet sich eine Biologisierung des Sozialen ab. Gesellschaftlich bedingte Verhaltensweisen werden heute immer häufiger an den Genen festgemacht. Dabei spielt der Demografie-Diskurs, d.h. die Art und Weise, wie über die (Alters-)Struktur der Gesellschaft gesprochen und geschrieben wird, eine Schlüsselrolle. Mit dem demografischen Wandel rückt die Humanbiologie ins Zentrum der Gesellschaftspolitik und entscheidet quasi naturwüchsig, wie ein naturgesetzlicher Sachzwang, über Rentenhöhen und darüber, wie Sozialleistungen zu bemessen sind. Wer die meist Katastrophenszenarien gleichenden Bevölkerungsprognosen betrachtet, deren Häufung in den Medien auffällt, stellt fest, dass die Uragang von Neonazis und Rechtsextremisten, »das deutsche Volk« könne »aussterben« (und zuwandernden Muslimen somit widerstandslos »das Feld räumen«), in die Mitte der Gesellschaft wandert.

**Rainhard Haese (rechts, »Republika-
ner Berlin« & »Pro Berlin«)
Kundgebung am Breittscheidplatz
3. Oktober 2010**



Klassen, Rassen & Kriege *kapitalistische* *Normalität*

Sevim Dağdelen

ist Mitglied der Partei Die Linke. und seit 2005 Bundestagsabgeordnete. Sie ist Mitbegründerin des Bundesverbandes der MigrantInnen in Deutschland und arbeitet für verschiedene Publikationen als Journalistin und Übersetzerin.

Es ist kein Zufall, dass eine neue Welle des Fremdenhasse und Rassismus just dann über Europa schlägt, wenn jene die bislang von dem uneingelösten Demokratieversprechen der bürgerlichen Welt ausgeschlossen wurden, aufbrechen, um dessen Universalität einzufordern. Der erneute Ausbruch des Ressentiments wäre nichts neues, gehört doch der Rassismus zum ständigen Begleitcharakteristikum der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Auch und gerade in Krisenzeiten. Es war deshalb nicht überraschend, dass seit zwei Jahren führende PolitikerInnen offen Rassismus gegenüber Griechenland schüren, welcher von den sogenannten Leitmedien bereitwillig aufgegriffen wird. Schließlich sollen der Sozialabbau und die Verwerfungen der kapitalistischen Gesellschafts-

formation nicht als eine direkte Konsequenz der politisch gewollten neoliberalen Wirtschaftsordnung oder auf konkrete Entscheidungen europäischer Politik zurückgeführt werden. Vielmehr sollen sie als alternativlose Zwänge der Globalisierung und notwendige Notopfer eines Abwehrkampfes gegen eine konstruierte äußere Gefahr verschleiert werden.

Neu ist aber, dass angesichts des Aufbruchs in der arabischen Welt, der Widerspruch zwischen rassistischer Ausgrenzung, Verweigerung und Integrationsdebatten der westlichen Metropolen beim Zusammenprall mit der unmissverständlichen Forderung nach Gleichberechtigung, demokratischer Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit in der kapitalistischen Peripherie unüberhörbar wird.

In den letzten 30 Jahren, seit dem Entstehen der Massenarbeitslosigkeit und ihrer Verfestigung, erlebt die Bundesrepublik eine Kampagne dieser Art nach der anderen. Nicht erst der Aufstand der griechischen Bevölkerung gegen die rechts-liberale Regierung unter Ministerpräsident Kostas Karamanlis und seine unsoziale, neoliberale Wirtschaftspolitik vor zwei Jahren hat in regelmäßigen Abständen in Deutschland RechtspopulistInnen auf den Plan gerufen. Aber gerade die in Griechenland bestehenden sozialen Konflikte, eine Folge auf die EU-Politik zur Disziplinierung der Mitgliedstaaten durch die Finanzmärkte, sind ein gutes Beispiel dafür, wie diese hier zu einem nationalen »Schmarotzertum« umdefiniert wurden und von den eigentlichen Ursachen sowie VerursacherInnen abgelenkt werden soll: »Die Griechen wollen, dass wir ihre Luxusrenten bezahlen.« Eine Strategie, die fester Bestandteil einer alten »deutschen Tradition« ist, die sich bis zum Kaiserreich zurückverfolgen lässt und ihren einmaligen Tiefpunkt während der Verbrechen des deutschen Faschismus auch ganz speziell gegen die Ärmsten der Armen erreicht hatte. Als schon vorher wegberetend für diese Verbrechen kann hier z.B. angeführt werden, wie schon im 19. Jahrhundert die Kolonisierung Osteuropas mit dem Vorhandensein einer angeblichen »polnischen Wirtschaft« gerechtfertigt wurde. Damals wie heute geht es darum, diejenigen, die als »minderwertig«, »unwert«, »unnützlich« oder unter dem Stigma »asozial« subsumiert und kategorisiert werden, aus der Gesellschaft auszusortieren und Diskriminierungen, Zwangsmaßnahmen und Sanktionen zu legitimieren. Die Hetzorgane der Herrschenden haben dafür in der Bundesrepublik u.a. das Stigma »Sozialschmarotzer« konstruiert, um diese ganz im Sinne eines »Nützlichkeitsrassismus« von »LeistungsträgerInnen« abzugrenzen.

Dabei geht es in dem kapitalistischen Produktionsprozess nicht nur darum eine »organische Produktionsstruktur« herauszubilden, in welcher bestimmte als fremd definierte Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden. Vielmehr sollen zugleich jene Ausgeschlossenen unter das vermeintliche Integrationsversprechen zu einer verstärkten Leistungsanstrengung motiviert werden. Dieser Mechanismus dient keineswegs nur um gegen ausländische Bevölkerungsgruppen in Anschlag gebracht zu werden, sondern genauso gegen Arbeitslose und Arme überhaupt. In beiden Fällen wird die strukturelle Verantwortung der neoliberalen Ordnung für die sozialen Verwerfungen auf die Ebene der Individuen abgeschoben. Für diese Menschen soll der Eindruck entstehen, ihre individuellen Bemühungen und Leistungsanstrengungen wären der beste Garant dafür, dass sie zu einem völkisch definierten »organischen Ganzen« dazugehören dürfen. Gleichzeitig soll eine klassenspezifische Solidarität über ethnische und rassistisch definierte Grenzen hinweg ausgeschlossen werden.

Besonders massiv wurde diese Hetze, als mit Hilfe neonazistischer Attacken 1993 das Asylrecht in der Bundesrepublik faktisch abgeschafft wurde. Sie wurde dann neu entfacht, als die Menschen wegen Hartz IV, vor allem in Ostdeutschland im Jahre 2004, auf die Straße gingen. In einem Papier des damaligen Bundeswirtschaftsministeriums unter Wolfgang Clement (SPD) war die Rede von »Parasiten«. Und genau das meinte Guido Westerwelle, als er letztes Jahr behauptete, Erwerbslose und Hartz-IV-Betroffene erhielten ein »anstrengungsloses Einkommen«. Genau dies meinte auch Thilo Sarrazin (SPD) als er als Berliner Finanzsenator und später als Bundesbankvorstand gegen die Armen und MigrantInnen hetzte.



»Super-Sarrazin-Spar-Menü-Frühstücks-Buffer« gegen Sarrazin-Veranstaltung bei der IHK
12. April 2011

Seit seinen Anfängen begleitet den Kapitalismus der vertikale Rassismus, wie es der italienische Philosoph Domenico Losurdo genannt hat. Rassistische Erklärungsmuster werden so objektiviert und als eine naturgegebene Tatsache, einer unterschiedlichen Verteilung von Leistungsfähigkeit, ausgegeben. Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird damit biologistisch untermauert. Diese »Wissenschaft« findet angesichts dessen und nicht zuletzt dank der Prämisse der Selektion im Bildungswesen, auch den Eingang in Schulen und Medien. An deren Ende steht die Feststellung, dass ArbeiterInnen, MigrantInnen, Erwerbslose, Arme oder Kranke »minderwertig« sind.

Angesichts der Krise des Kapitalismus und des Ansehensverlust des Kapitalismus werden die Verteilungskämpfe in der Zukunft an Intensität gewinnen. Es ist absehbar, dass um von der Verteilungsfrage abzulenken wieder tief in die Trickkiste gegriffen wird, um die menschliche Solidarität zu spalten. Der Norden gegen den globalen Süden, Ost gegen Westdeutschland, Junge gegen Alte, vor allem aber betrifft es Menschen mit Migrationshintergrund, die gegen sogenannte Einheimische oder ChristInnen gegen MuslimInnen oder auch untereinander ausgespielt werden.

Unter Zuhilfenahme von Rassismus- und Orientalisierungs-Strategien, welche die Menschen aufgrund ihrer Herkunft und Kultur essentialisieren, versuchen die Herrschenden von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen, wie der wachsenden Armut für die Mehrheit und dem steigenden Reichtum für Wenige abzulenken. Und sie nähren damit den Boden für die menschenverachtende Ideologie der Nazis.

Im Kern richten sich diese Kampagnen und Erklärungsversuche nicht nur gegen MigrantInnen. Sie sind eher ein Angriff gegen eine solidarische, gegen eine gerechte Gesellschaft als solche. Denn die wahren Konfliktlinien in unserer Gesellschaft verlaufen nicht zwischen »Deutschen« und MigrantInnen. Der Konflikt verläuft nicht zwischen denen, die Arbeit besitzen, und denen, die keine Arbeit haben. Sie verläuft nicht zwischen den Kulturen. Sie verläuft auch nicht zwischen den Religionen und sie hat auch nichts mit der Staatsbürgerschaft der Menschen zu tun.

Die wirklichen Konfliktlinien verlaufen zwischen denen, die für ihre Arbeitsleistung gerade einmal einen mäßigen Lohn bekommen, und denen, die sich an der Arbeit ihrer Mitmenschen hemmungslos bereichern. Die Konfliktlinie verläuft zwischen denen, die nur ihre Arbeitskraft am Markt anbieten können, und jenen, die diesen Markt mit reichlich Kapital steuern. Die echte Konfliktlinie verläuft zwischen solchen jungen Menschen von heute, die schon

ab der Wiege ausgesorgt haben, und jenen, die sich ein ganzes Leben lang plagen werden ohne eine wirkliche Chance auf Integration in dieser Gesellschaft. Die Konfliktlinie verläuft zwischen denen, die ohne Arbeit leben und bleiben, und jenen, die ihren Beschäftigten Überstunden und Mehrarbeit abverlangen.

In der Vermittlung dieser Konflikte und der Offenlegung ihrer Widersprüche liegt die Möglichkeit für den Widerstand im Kampf für eine wirklich solidarische Gesellschaft für alle Menschen. Es geht in ihnen darum die Ausgrenzung von Menschengruppen, welche man als minderwertig stigmatisiert, zu durchbrechen. Auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Die soziale Wirklichkeit lehrt uns, dass der Ausschluss als fremd stigmatisierter Gruppen vom Zugang zu materielle, sozialer und kultureller Teilhabe nicht die Ausnahme, sondern die Grundbedingung moderner Staatlichkeit ist. Karl Marx hat diese Gesellschaft bekanntlich mit dem Satz umschrieben, dass »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist« treten muss. In einer bürgerlichen, libertären Gesellschaft kann es eine Gerechtigkeit für »Deutsche« und »Nicht-Deutsche« nicht geben. Erst durch die Abschaffung ethnischer und rassistischer Kategorien durch eine diese überwindende Klassen-Solidarität kann es echte Freiheit geben.

Die Krise des Kapitalismus und das wacklige Vertrauen in kapitalistische Institutionen nehmen die Herrschenden zum Anlass, die Ideologie des Rassismus in Gestalt einer als natürlich ausgegebenen Beschreibung des Zustandes von fehlender Leistungsbereitschaft, hoffähig zu machen. Angesichts der Überakkumulation und der Probleme der Finanzwirtschaft der westlichen Wirtschaftsordnung bietet der Rassismus eine Möglichkeit dazu, um wieder geistig für den nächsten Krieg zu rüsten.

Dieser Imperialismus ist wie schon zu Zeiten Rosa Luxemburgs nur der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus. Die Einteilung der Peripherie in Gute und Böse, in Nord und Süd geht längst auch in den europäischen Metropolen mit einer Einteilung in ein Kern- und Randeuropa, in Ost und West, in »Minderwertige« und »Höherwertige« einher. Gerade deshalb müssen die Kämpfe der Menschen in der arabischen Welt um soziale Gerechtigkeit und Würde, durch die Linke in Europa wieder als Teil ihrer eigenen Kämpfe verstanden werden. Als Kämpfe, die auf unterschiedlichen sozialen Fronten, auf allen Kontinenten gegen die gleichen Ursachen der sozialen Verwerfungen stattfinden.

Lars Seidensticker («Pro Deutschland») Kundgebung in Neukölln
23. Oktober 2010



BÜRGERBEWEGUNG

Pro Deutschland
rrazin statt
Muezzin!

Die »Pro-Bewegung« – antimuslimischer Kulturrassismus von Rechtsaußen

Alexander Häusler

Der Autor ist Sozialwissenschaftler, Rechtsextremismusforscher und Mitarbeiter mit Forschungsschwerpunkt »Rechtsextremismus/Neonazismus« an der Fachhochschule Düsseldorf. Er ist Herausgeber einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der »Pro-Bewegung«. (Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008)

Kulturrassismus als Modernisierungsticket der extremen Rechten

Mit einer Fokussierung auf einen kulturellreligiös ummantelten Rassismus versuchen sich Teile der extremen Rechten an einer »Modernisierung« ihrer Propaganda. Die Sarrazin-Debatte hierzulande zeigt die politische Brisanz von muslimfeindlichem Populismus. Dabei droht das politisch inszenierte Schlagwort der »schleichenden Islamisierung« zum Einfallstor von Rechtsaußen in die politische Mitte zu werden. Die politische Sprengkraft eines solchen anti-

muslimischen Rassismus zeigte Ende des Jahres 2009 die Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz, die Vorbildcharakter für die rechtspopulistisch modernisierte extreme Rechte in Europa hatte. Auch in Deutschland sind propagandistische Verschiebungen innerhalb der extremen Rechten zu konstatieren, die einhergehen mit einer Neuaufstellung der extrem rechten Parteienlandschaft. Während die NPD die DVU nahezu geschluckt hat und damit das traditionsorientierte neofaschistische Lager erneut parteiförmig zu einen bestrebt ist, versucht

sich die so genannte Pro-Bewegung mit ihrer versuchten Vereinigung mit den REP an einer rechtspopulistischen Modernisierung der extremen Rechten. Dabei ist jedoch die Muslimfeindlichkeit als Chiffre für einen mehrheitsfähigen Rassismus das einigende Banner. Die »Pro-Bewegung« ist als neue Rechtsaußengruppierung bestrebt, mit rassistischen Kulturkampfpaparen ihren Wirkungskreis von Nordrhein-Westfalen aus bundesweit auszudehnen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2011 tritt »Pro Deutschland« zur Wahl an. Diese Gruppierung entstammt dem Lager der extrem rechten Parteienlandschaft und ringt mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die »Pro-Bewegung« mit einer rechtspopulistischen Hülle: Forderungen nach Volksentscheiden dienen dabei dem offenkundigen Bestreben der Instrumentalisierung von Mitbestimmung als Vehikel zur Kampfansage an den interkulturellen Frieden.

Politische Verortung

Die PRO-Bewegung mit ihrer Ursprungsformation »Pro Köln« (1996) und ihren Exportmodellen »Pro NRW« (2007) und »Pro Deutschland« (Pro D) (2005) ist eine neue Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als »Bürgerbewegung« – versucht, sich von der Domstadt Köln aus in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten. Erste Wahlerfolge erlangte diese neue Rechtsaußengruppierung bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln, wo ihr der Einzug in den Rat der Stadt glückte. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2009 konnte sie diesen Erfolg leicht ausbauen und sich zudem in weiteren Kommunen ausbreiten. Zu den Landtagswahlen 2010 in NRW trat »Pro NRW« erstmals an und erreichte 1,4 % der Wählerstimmen.

In den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen werden »Pro Köln« und »Pro D« unter der Rubrik »Rechtsextremismus« aufgeführt. Das Verwaltungsgericht Hamburg hingegen verurteilte am 5. Februar 2008 die Hamburger Behörde für Inneres, »die Verbreitung des Hamburgischen Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2005 zu unterlassen, wenn nicht zuvor die Passagen über die Bürgerbewegung pro Deutschland entfernt oder unleserlich gemacht worden sind.« Die »Einstufung der Bürgerbewegung pro Deutschland im Verfassungsschutzbericht 2005 als ‚rechtsextremistisch‘ sei »rechtswidrig«

gewesen. Dies führt in der Alltagsbetrachtung zu einem höchst widersinnigen Tatbestand: Während »Pro Köln«/»Pro NRW« seitens des Verfassungsschutzes unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt wird, ist diese Bezeichnung für die Gruppierungen »Pro Deutschland« noch nicht juristisch belegt. Diese Widersinnigkeit rührt daher, dass »Pro D« und »Pro NRW« nach formalen Kriterien bislang als eigenständige Gruppierungen definiert werden, obwohl in der Praxis eine Steuerung durch den Kreis der Macher von »Pro Köln« augenscheinlich ist. Man muss sich jedoch nicht die Extremismus-Definition der Verfassungsschutzämter zueigen machen, um die Pro-Bewegung dem Lager der extremen Rechten zuordnen zu können.

Der historische Ursprung dieser Gruppierung ist das Lager der extrem rechten Parteien. »Pro Köln« wurde zunächst als Verein und als politische Operationsbasis von Aktivisten der extrem rechten Gruppierung »Deutsche Liga für Volk und Heimat« gegründet. Deren Initiatoren – Markus Beisicht und Manfred Rouhs – waren vorher bei den »Republikanern« und der DLVH aktiv. Rouhs, Vorsitzender von »Pro D«, war zudem noch Aktivist in der NPD. Schon mit der DLVH versuchten die beiden Rechtsaußen-Aktivisten, eine »neue Sammlungsbewegung« des extrem rechten Lagers zu erreichen – ein Traum, der nun wohl mit der Pro-Bewegung in Erfüllung gehen soll. Daher ringt die Pro-Bewegung mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Offenkundiges Bestreben ist es hierbei, auf dem Ticket weit verbreiteter Vorurteile gegen Muslime mit antiislamischen Kampagnen Stimmungen unter rassistischen Vorzeichen zu erzeugen und in Wahlerfolge umzumünzen. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD umgibt sich die PRO-Bewegung mit einer rechtspopulistischen Hülle: der Begriff des Rechtspopulismus wird dabei affirmativ benutzt, um sich vom Stigma des Rechtsextremismus zu befreien.

Merkmale

Folgende Merkmale sind es, die diese Rechtsaußenformation von der herkömmlichen extrem rechten Parteienlandschaft unterscheiden:

1. ihre Maskerade als scheinbar lokale oder regionale »Bürgerbewegung«

- 2.** ihre rechtspopulistische Verzerrung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten
- 3.** ihre Fokussierung auf Kulturrassismus in Form von Anti-Islam-Kampagnen
- 4.** ihr Versuch zur Besetzung eines neuen politischen Ortes
- 5.** ihre öffentlichkeitsorientierte populistische Eskalationsstrategie

Zu 1: Mit dem geschickt gewählten Label »Pro« versucht diese Rechtsaußengruppierung, unter dem Deckmantel einer »Bürgerbewegung«, die sich scheinbar für kommunale Belange einsetzt, in rechtspopulistischer Manier auf Stimmenfang zu gehen. Dieses Auftreten unter dem Deckmantel einer »Bürgerbewegung« stellt eine subtile Methode dar, um von Rechtsaußen an Einfluss zu gewinnen. Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck der Neuformierung als neue Rechtsaußen-Wahlgruppierung stellt eine perfide Spielform des politischen Mimikry dar: Demokratiefindlichkeit inszeniert als bürgerschaftliche Mogelpackung.

Zu 2: Durch populistische Forderungen nach »Volksentscheiden« gegen Minarette oder Unterschriftensammlungen gegen Moscheebauvorhaben wird versucht, unter dem Deckmantel der Mitbestimmung rassistisch motivierte Kampagnen in eine demokratische Hülle zu verpacken. Dies stellt eine Form von Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile für politische Zwecke dar, die offensichtlich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander gerichtet sind. Hierbei kommt ein instrumentelles Verhältnis zu Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Kommunen zum Ausdruck: Rassismus verpackt als demokratisches Mitbestimmungsangebot.

Zu 3: Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber »dem Islam« steht dabei im Zentrum rechtspopulistischer Agitation. »Unterschriftensammlungen« gegen Moscheebau und Minarette haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert in der Strategie dieses rechten Netzwerkes. Die klassische »Ausländer-raus«-Parole wird dabei kulturalisierend verpackt als Kampfansage gegen die »Islamisierung unserer Gesellschaft«. Damit einher geht die Forderung zum Austausch der Feindbilder: So interpretieren etwa der »Pro«-Mäzen Patrik Brinkmann und sein Redenschreiber Andreas Molau »nicht die Juden, son-

dern die Muslime« als das »Kernproblem«. »Die deutsche Rechte muss sich von ihrer Vergangenheit emanzipieren«, so die Erläuterung Brinkmanns zum Wandel der Feindbilder.¹ Die Zuwanderung wird dabei pauschalisierend verknüpft mit der Religion, dem Fundamentalismus und der politisch motivierten Gewalt. In solchen Feindbild-Konstruktionen zeigt sich die Stoßrichtung dieser populistischen Kampagnen: Rassismus als religiös verschleierter Kulturkampf.

Zu 4: Obwohl die »Pro-Bewegung« aggressiv mit ihren Rechtsaußen-Konkurrenten um die Stammwählerschaft der extrem rechten Parteienlandschaft ringt, versucht sie zugleich, politisch zusätzlich einen neuen Ort zu besetzen: den politischen Platz zwischen der extremen und der konservativen Rechten. Dabei orientiert sich diese Bewegung an den bereits erfolgreich modernisierten Rechtsaußenparteien in Europa wie etwa dem Vlaams Belang in Belgien oder der FPÖ in Österreich, zu denen sie seit etlichen Jahren intensive Kontakte pflegt. Rechtspopulistische Erfolge wie in den Niederlanden durch die Partei von Geert Wilders oder die Anti-Minarette-Kampagne der schweizerischen SVP dienen dabei als Vorbild für die PRO-Bewegung, die sich bemüht, in die Fußstapfen eines europäisch ‚modernisierten‘ Kampagnenstils von Rechtsaußen zu treten und damit in das Zentrum des politischen Geschehens einzudringen: von Rechts zur Mitte.

Zu 5: Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedient sich diese Bewegung einer ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie: Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als ‚Opfer‘ von »Meinungsdiktatur«, »Politischer Correctness« und »linkem Gesinnungsterror« zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches ‚Drehen an der populistischen Schraube‘ ist Ausdruck einer populistischen Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist. Dies funktioniert nach dem Prinzip ‚rassistische Vorlage‘ – antirassistische ‚Reaktion‘ – rassistische ‚Antwort‘ durch Inszenierung als ‚Opfer‘ – Ausweitung der Konfliktebene im Sinne einer Fortsetzung auf ständig höherer Stufenleiter: Inszenierung einer populistischen Eskalations-Schraube. Dabei wird mit den propagandistischen Mitteln der »Protest-Inszenierung« versucht, Rassismus und Nationalismus politisch als ‚plebiszitär‘ zu verankern.² Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck

der Neuformierung als neue Rechtsaußen-Wahlgruppierung stellt eine perfide Spielform des politischen Mimikry dar: Eine strukturelle Demokratiefeindlichkeit wird dabei inszeniert als eine ‚bürgerschaftlich‘ ausgerichtete Mogelpackung: Der Rassismus wird verpackt als ‚demokratisches Mitbestimmungsangebot‘.

Quo vadis?

Derartige Entwicklungen erfordern Neuorientierungen im Umgang mit dem Kulturrassismus von Rechtsaußen: Das im parteipolitischen Geplänkel jüngst wieder hervorgehobene »Extremismus-Konstrukt«, das den rechten mit dem linken Rand gleichzusetzen bestrebt ist und proklamiert, die »wehrhafte Demokratie« gegen die »extremistischen Ränder« zu verteidigen, verfehlt in seinem ideologisch motivierten Impetus vollends die realen Entwicklungen. Denn gerade der kampagnenorientierte Kulturrassismus zielt – siehe die Sarrazin-Debatte – auf die »politische Mitte«, indem er mehrheitsfähige rassistische Diskurse benutzt zur eigenen Neuverortung. Nicht die »extremen Ränder«, sondern die demokratischen Defizite im Zentrum des Politischen sind dabei die Sollbruchstellen für einen Rechtsruck. Religiös verklausulierter Kulturras-

sismus, nationalistischer Anti-EU-Protest und Anti-Establishment-Gehabe von Rechtsaußen entfalten deshalb Wirkungsmächtigkeit, weil sie reale Probleme aufgreifen und mit simplen Feindbild-Projektionen politisch besetzen: Sie sind damit zugleich ein Seismograf für die Krise der Demokratie. Ein Blick über den nationalen Tellerrand zeigt beispielhaft an Länder wie Italien und den jüngsten Wahlerfolgen in den Niederlanden und in osteuropäischen Ländern, dass die größten Herausforderungen nicht im Kampf gegen den »extremistischen Rand« sondern in der schleichenden Implosion der Demokratie durch deren Transformation nach rechts liegt.

Die parteiförmige extreme Rechte in Deutschland hat dies zum Teil erkannt. Sie versucht die rechtspopulistischen Erfolge in Europa national zu importieren, in dem sie sich auf hegemoniale Diskurse bezieht und diese kampagnenartig zuspitzt: Nicht von ungefähr wird der CDU-Slogan von der »christlich-deutschen Leitkultur« in Anspruch genommen zum neuen Leitspruch »Abendland in Christenhand«. Pro Köln kündigte populistisch zur Hochzeit der Debatte um die diskriminierenden Thesen des Bundesbank-Vorstandmitglieds Thilo Sarrazin, einen Antrag im Rat der Stadt Köln zur Ernennung der Ehrenbürger-



**Manfred Rouhs (rechts im Bild,
»Pro Deutschland«) Kundgebung am
Breitscheidplatz**
3. Oktober 2010

schaft Sarrazins zu erstellen. Hier liegen zugleich auch neue Herausforderungen für eine antifaschistische Arbeit: Der »Kampf gegen Rechts« kann sich nicht auf die moralische Verurteilung beschränken. Vielmehr muss der extremen Rechten das politische Terrain auf neuen Ebenen streitig gemacht werden. Dies beinhaltet die Verstärkung eigener Auseinandersetzungen mit Integrations- und Demokratiedefiziten mit dem Ziel neuer Verständigungen. Die Erfahrung zeigt, dass notwendiger antifaschistischer

Protest auf der Straße gegen kulturalistischen Kampagnen-Rassismus nur die eine Seite der Medaille ist. Er muss begleitet werden von inhaltlichen Auseinandersetzungen mit dessen Inhalten sowie der Bereitschaft zivilgesellschaftlicher Initiativen, sich neuen Fragestellungen und politischen Herausforderungen gegenüber zu öffnen, um unter emanzipatorischen Prämissen Umgangsformen und Handlungsmöglichkeiten mit vorhandenen Ängsten und Vorurteilen entwickeln zu können.

¹ Vgl. Alexander Häusler: »Von der Vergangenheit emanzipieren...« Vom Antisemitismus zur Islamfeindlichkeit?, in: ZAG Nr. 56/2010

² Vgl. Karin Priester: Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, 2008

Dieser Text ist eine veränderte und erweiterte Fassung des Vorworts zu der Broschüre »Berliner Zustände 2009«, hrsg. von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V.

Sämtliche Nachdrucke oder sonstige inhaltliche Wiedergaben des Textes – auch in Teilen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verfassers. Kostenloses Informationsmaterial zur Auseinandersetzung mit der Pro-Bewegung zum download: www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf



»Pro Deutschland«

Eine selbsternannte »Bürgerbewegung« auf dem Weg in die Hauptstadt

Maik Baumgärtner

Der Autor ist freier Journalist und schreibt für das Portal »Berlin rechtsaußen«. Er ist Mitautor der Handreichung »Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen«.

Als sich im Jahr 2006 im Pankower Stadtteil Heinersdorf eine Bürgerinitiative gegen den geplanten Moscheebau der Ahmadiyya-Gemeinde formierte und regelmäßig Aktionen durchführte, beteiligten sich auch Mitglieder der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« erstmals offensiv an rassistisch aufgeladenen Protesten in der Hauptstadt. Der damalige CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz dominierte jedoch die Medien und war das Gesicht des »Bürgerprotests« in Pankow. Ein Jahr später gelang es »Pro Deutschland« in Charlottenburg, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Mehrere Wochen berichteten verschiedene Berliner Medien im Oktober 2007 über einen geplanten Moscheebau in Charlottenburg und die Gegenaktivitäten von »Pro Deutschland«. Die Moschee-GegnerInnen verteilten regelmäßig Flugblätter im Bezirk und sammelten Unterschriften für eine Petition gegen den Neubau. Nachdem das zuständige Bauamt die Baupläne kippte, verkauften die IslamgegnerInnen das als ihren Erfolg. »Die Verhinderung dieses Islamisierungs-Projektes ist der erste große

politische Erfolg der »Bürgerbewegung pro Deutschland« in Berlin, dem noch viele weitere folgen werden!¹, hieß es auf ihrer Internetseite.

Strukturaufbau in Berlin

Jedoch ab Anfang 2008 wurde es ruhig um die »Bürgerbewegung«, die für knapp zwei Jahre kaum Aktivitäten entfaltetete. Unweit des Schöneberger Rathauses gründete sich am 5. Juni 2010 der Landesverband Berlin und verabschiedete ein 10-Punkte-Programm für die Wahlen 2011. Trotz internationaler Gäste besuchten lediglich rund 80 Mitglieder und AnhängerInnen den wenige Wochen später stattfindenden Bundesparteitag. Neben Jacques Cordonnier von der extrem rechten Partei »Alsace d'abord« (»Das Elsass zuerst«), der über die »Gefahr« des Islam als einer »fremden Kultur auf unserem Boden« sprach, waren auch zwei bekannte Vertreter des »älteste(n) Auslandskontakt(s)« der »Pro Bewegung« von der extrem rechten Partei »Vlaams Belang« aus Belgien anwesend:

Der Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter sowie der Antwerpener Ex-Polizist Bart Debie, der unter anderem wegen Körperverletzung im Dienst (seine Opfer waren überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund) verurteilt wurde. Mit dem Parteitag fiel auch der Startschuss für den Wahlkampf in Berlin im Jahr 2011. Um dessen Bedeutung zu unterstreichen, stimmten die Mitglieder für die Verlegung des Parteisitzes von Köln nach Berlin, während Manfred Rouhs die Anwesenden aufforderte für den kostenintensiven Wahlkampf, der monatlich rund 5000 Euro verschlinge, zu spenden.

Hauptstadtbüro, Straßenwahlkampf und Kreisverbände

Kurz darauf wurde in einem Marzahner Plattenbau, der als Bürohaus genutzt wird, das Hauptstadtbüro der »Bürgerbewegung« eröffnet. Die Büroräume sind nicht besonders repräsentativ, ermöglichen es den RechtspopulistInnen jedoch, eine Basis für ihren Straßenwahlkampf zu haben. Zu den Räumlichkeiten gehört auch ein Konferenzraum, der für Schulungen und Seminare genutzt werden kann und in dem Ende August 2010 der umstrittene Referent Prof. Menno Aden, Vorsitzender der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« aus Hamburg, zum Thema »Deutscher Patriotismus im heutigen Europa« referierte. Um den Mitgliederbestand zu erhöhen, dienen auch die seit August 2010 jede Woche stattfindenden Werbeaktionen. Neben Informationsmaterial wird hauptsächlich die »Anti-Türkei«-Postkarte in allen Berliner Bezirken verteilt und in Briefkästen gesteckt. Bis Ende 2010 sollten 1,5 Millionen Postkarten an Berliner Haushalte verteilt worden sein. Dazu kommen Informationsstände an wechselnden Orten. Ein Novum

in der Landschaft der deutschen extremen Rechten ist der international weit verbreitete Telefonwahlkampf, den die Partei plant und ihren Mitgliedern intern ankündigte. Nach Verteilaktionen von Wahlwerbung werden »Personen mit Wohnsitz im Gebiet angerufen« und zur Unterstützung aufgefordert. An dieser Aktion seien zwölf besonders geschulte Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt. Ende September 2010 fand hierzu eine interne Mitgliederschulung mit einem »Werbefachmann aus den USA« statt. Von den Erfahrungen des auf »telefonische Mobilisierung und Kontaktaufnahmen« spezialisierten Referenten hätten bisher schon »rechtsgerichtete Parteien und Initiativen in den USA und Großbritannien« profitiert. Den Namen müsse man aber »geheim halten«. Bei der Person soll es sich um den »Geschäftsführer eines der umsatzstärksten Fundraising-Unternehmen im angelsächsischen Raum« handeln, so Parteichef Rouhs. Rund 200 sogenannte »Empfehlungen« habe man erhalten und werde diese nun in den Wahlkampf bzw. die Öffentlichkeitsarbeit einfließen lassen.

Entsprechend ihres auf drei Punkten aufbauenden Konzepts (*vgl. Kasten*) erfolgte nach der Gewinnung von UnterstützerInnen die Gründung von Kreisverbänden. Ausgerechnet in Neukölln entstand Ende Oktober 2010 der erste Berliner »Pro«-Kreisverband. Glaubt man den Ausführungen des Bundesvorsitzenden, konnten innerhalb weniger Wochen mehr als 300 Menschen als InteressentInnen – alleine durch die Verteilung von Werbematerial und Postkarten – in Neukölln gewonnen werden. Innerhalb weniger Monate tourte die »Bürgerbewegung« durch alle zwölf Berliner Bezirke und gründete Kreisverbände.

Die Gründung der »Bürgerbewegung Pro Deutschland«

Am 20. Januar 2005 gründeten Mitglieder der »Bürgerbewegung Pro Köln e.V.« gemeinsam mit »ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen«⁵ die »Bürgerbewegung Pro Deutschland« um »demokratischen Patrioten überall in Deutschland« die Möglichkeit zu geben, in ihren Regionen aktiv zu werden. Seit Gründung steht der im nordrhein-westfälischen Krefeld geborene Manfred Rouhs der Vereinigung vor. »Pro Deutschland« hat es sich zur Aufgabe gemacht, »eine große Zahl von Menschen in einem bestimmten Wahlgebiet dauerhaft an pro Deutschland zu binden.«⁶ Zur Umsetzung wurde ein Konzept erarbeitet, das in drei Schritte unterteilt ist: »Handlungsfähigkeit herstellen«, »Menschen binden« und »Wahlantritt«.

Unter dem Punkt »Handlungsfähigkeit herstellen« versteht die selbst ernannte Bürgerbewegung die Gründung von Kreisverbänden, für die sie ihren SympathisantInnen eine Art Leitfaden zur Verfügung stellt. Neben rechtlichen Hinweisen über die Mindestanzahl an Personen und Anweisungen zur Öffentlichkeitsarbeit geht es vor allem um die Einbindung von »seriösen patriotischen Kräfte(n)«. Ein weiterer Teil der Basisarbeit, Menschen zu »binden«, sei die »ständige Kernarbeit der Bürgerbewegung«. Hierfür empfiehlt »Pro Deutschland«, sich Themen zu suchen und nicht zu warten bis sich ein »Thema aufdrängt«. Besonders die Bereiche »Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit« sollen angesprochen und hierzu regelmäßig »aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen.« Besonderer Wert wird auf den »Wahlantritt« gelegt, zu dem die »Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise« zählt, denn: »Die ›Marke‹ Pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose Kandidaturen kommen nicht in Frage!« Wie der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs auf einer Veranstaltung im Oktober 2010 bekannt gab, verfügt der rechtspopulistische Dachverband nach fünf Jahren über rund 13.500 UnterstützerInnen im gesamten Bundesgebiet.

Das Personal

»Pro Deutschland« lebt vom Engagement weniger aktiver Mitglieder und Funktionsträger in Berlin. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die auf eine Vielzahl von ehrenamtlichen – besonders im Wahlkampf – aktiven Parteimitgliedern zurückgreifen können, müssen bei »Pro Deutschland« die Funktionsträger der Partei selbst diese Lücke füllen. Der Berliner Landesverband setzt sich aus Lars Seidensticker (Landesvorsitzender), Dr. Andreas Graudin (stellvertretender Vorsitzender), Oliver Ackermann (Schatzmeister), Torsten Meyer² (Schriftführer) und sieben Beisitzern zusammen. Bindendes Glied und mit Zweitwohnsitz in Berlin gemeldet ist der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs. Der anfängliche Hoffnungsträger der Partei, Patrik Brinkmann, erklärte im Oktober 2010, dass es »Pro Deutschland« nicht fertig gebracht habe, »die zerstrittenen Parteien an einen Tisch zu bekommen«, daher werde er sich zum Jahreswechsel aus der Partei zurückziehen. Überraschend übernahm Brinkmann dann im März dieses Jahres den Landesvorsitz, trat jedoch nach nur vier Wochen aufgrund von Unstimmigkeiten über Personalfragen wieder zurück. Finanziell ist Brinkmanns Rückzug kein Verlust: Insgesamt kann »Pro Deutschland« mit 100.000 Euro von Brinkmann rechnen. Das Geld stammt von Verbindlichkeiten, die »Pro NRW« gegenüber dem schwedischen Unternehmer hat.

Grundsatzprogramm

»Die »Bürgerbewegung pro Deutschland« versteht sich als politische Vereinigung von Menschen, die den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren wollen.«³ In ihrem Grundsatzprogramm widmet sich »Pro Deutschland« in wenigen Sätzen komplexen gesellschaftlichen und sozialen Themen. Lösungsansätze werden nicht geboten, lediglich vermeintliche Missstände angesprochen. Beim Thema Familienpolitik gibt man sich konservativ und berührt Ideologiefragmente fundamentalistischer Lebensschutzgruppen: »Die Familie muß weiterhin gegenüber anderen Lebensgemeinschaften und gegenüber den Einzelpersonen-Haushalten privilegiert bleiben. Pro Deutschland tritt ein für den Schutz des ungeborenen Lebens«. Das Thema »Ausländerpolitik« genießt im Grundsatzprogramm den höchsten Stellenwert. Zynisch fordert »Pro Deutschland«: »Toleranz und Achtung gegenüber denjenigen Ausländern, die als Gäste auf Zeit bei uns arbeiten, sowie eine Trennung in Freundschaft von jenen, die hartnäckig integrationsunwillig oder -unfähig sind und/oder unsere Sozialsysteme dauerhaft ausnutzen«. Ebenso solle Deutschland »kein Einwanderungsland« werden und »Ausländische Straftäter, die das deutsche Gastrecht mißbrauchen, gehören nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben. Ihnen soll die erneute Einreise nach Deutschland lebenslang verweigert werden«.



Proteste gegen die »Pro Deutschland«-Kundgebung am Breitscheidplatz
3. Oktober 2010

Wahlkampf

Die sogenannte »Bürgerbewegung Pro Deutschland« prophezeit sich selbst hervorragende Wahlergebnisse für die Wahlen 2011, sofern man wahlkampffähig sei. Ihr Potenzial schätzte Manfred Rouhs auf »fünf Prozent plus x«. Nahezu täglich führte die Partei in vielen Berliner Bezirken an unterschiedlichen Orten Informationsstände durch. Mehrere Männer und Frauen, meist mittleren Alters, verteilten rund um einen mit dem Parteilogo bedruckten Sonnenschirm Flugblätter und sammeln Unterstützungsunterschriften zum Wahltritt. Die Wahlwerbezeitung wirken bedrohlich und sollen die Forderungen der Partei nach »mehr Sicherheit« untermalen: Auf der Vorderseite streckt ein verummter Mann mit Lederhandschuhen seine linke Hand in Richtung des Lesers, darunter der Slogan: »Hauptstadt der Angst? Nicht mit uns!«. Ob sich der Versuch, von den derzeitigen Debatten über mehr Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Straßen zu profitieren, auszahlt und in Mitgliederzuwächsen oder Wählerstimmen im September niederschlägt, bleibt abzuwarten. Während auf der Internetseite des Berliner Landesverbands immer wieder Beiträge über das Thema Islam erscheinen und andere »Pro«-Ableger damit zum Teil kommunal erfolgreich waren, tauchen weder die Wörter Muslime noch Islam auf der verteilten Wahlwerbung auf. Mehr als 10.000 Unterstützungsunterschriften hatte die »Bürgerbewegung« bis Ende Juni 2011b gesammelt. Neben den benötigten Unterschriften für die Landesliste und den BVVen, wird sie somit auch für die meisten Wahlkreise in der Hauptstadt das benötigte Mindestmaß erfüllt haben.

Ausblick

Um handlungsfähig und erfolgreich zu sein, suchte die Partei um Rouhs in Berlin nach Bündnispartnern und fand sie bei den einstmals erfolgreichen »Republikanern«. Deren Landeschef Reinhard Haese tritt immer wieder auf Kundgebungen der »Bürgerbewegung« auf und kandidiert nicht nur auf der Landesliste, sondern auch für die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf. Doch trotz eines Mandates im Bezirksparlament von Pankow sind die »Republikaner« nur noch auf dem Papier existent und sorgen somit wahrscheinlich für keine Steigerung der »Pro«-Aktivitäten in Berlin.

Es ist kaum zu erwarten, dass die bisher aktiven Mitglieder mit leichter Hand in der Hauptstadt für die erhofften Wahlerfolge sorgen können. Nach wie vor gelingt keine überzeugende Abgrenzung nach Rechtsaußen. Wie auch, wenn die politischen Biografien so vieler Führungskräfte dort fußen und die erhofften DissidentInnen aus etablierten Parteien ausbleiben.

Ein griffiges Kampagnenthema mit bezirksübergreifender Relevanz bietet sich aktuell nicht, daher versucht die Partei bisher mit mäßigem Erfolg Kiezthemen aufzugreifen.⁴ Es wird maßgeblich sein, mit welcher Entschlossenheit sich demokratische Initiativen und Parteien der rassistischen Stimmungsmache entgegen stellen. Totschweigen wird nicht weiter helfen, sondern die Parolen der RechtspopulistInnen müssen deutlich markiert werden: als Kampfansage an eine Stadt, die von Einwanderung und der vielfältigen demokratischen Beteiligung geprägt ist.

Bei dem Text handelt es sich um die aktualisierte Fassung eines Beitrages, aus der Handreichung: Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen (2010); Hg.: apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

¹ www.pro-berlin.net/?page_id=36 (aufgerufen am 25.10.2010)

² Torsten Meyer war bis zu seinem Wechsel zu »Pro Deutschland« im Jahr 2011, Landesvorsitzender der »Deutschen Volksunion« und gehörte der NPD-Fraktion in der BVV-Lichtenberg an, die er aber Ende letzten Jahres verließ.

³ Diese und folgende Zitate siehe www.pro-berlin.net/?page_id=4 (aufgerufen am 25.10.2010)

⁴ Ende 2010 startete »Pro Deutschland« eine Kampagne gegen eine Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Süd-Tiergarten

⁵ www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=15:pro-deutschland-gegruendet&catid=14&Itemid=2

⁶ Diese und folgende Zitate siehe www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36

Versteckspiel!?

Rechtspopulismus in Gestalt von Bürgerbewegungen

Daniel Gollasch

Der Autor ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen Berlin und dort Koordinator der AG «Aktiv gegen Rechts».

Spätestens seit dem Elften September hat sich auch in Deutschland ein antiislamischer Rassismus etabliert. Das Schreckgespenst der »Überfremdung« wird zunehmend durch das AngstszENARIO einer schleichenden »Islamisierung« abgelöst. Migran*innen, insbesondere die türkisch- und arabischstämmige Bevölkerung in Deutschland, werden unter dem Vehikel »des Islam« als »integrationsunwillig«, »verfassungsfeindlich« und dem »Terror« nahestehend gebrandmarkt. »Der Islam« soll mit der Gleichsetzung als religiös motivierter politischer Extremismus zu einem wirkungsvollen Angstthema propagandistisch ausgeschlachtet werden, um von extrem Rechten und Rassist*innen für ihre Zwecke instrumentalisiert zu werden.

Diese Instrumentalisierung erfolgt nicht ausschließlich von extrem rechten und rassistischen Parteien wie der NPD. Vielmehr versuchen sich neben den extremen Rechten auch die Rechtspopulist*innen auf verschiedenen Wegen kommunal zu verankern. Neben den auch überregional auftretenden und vernetzten Pro-Bewegungen, auf die in dieser Publikation separat eingegangen wird, sind es auch zahlreichere kleinere und Kleinstgruppierungen, die Rechtspopulismus betreiben. Diese inszenieren sich als selbsternannte Bürgerbewegungen, die vorgeben, die Wahrnehmungen und Interessen der »urdeutschen« Bürgerinnen und Bürger à la Sarrazin zu vertreten und vor Ort die einzigen noch »legitimen« Vertreter*innen für Recht sowie Sicherheit und Ordnung darzustellen.

Programmatisch sind es neben dem Bereich Zuwanderung »stopp/«Islamisierung/«Bewahrung der »nationalen Identität« und »christlichen Tradition«, vor allem diese Themen, die kampagnenartig bearbeitet werden:

- **Ablehnung der parlamentarischen Demokratie/ Kampf gegen Klüngel, Filz und »Die da oben«**
- **Innere Sicherheit, (»Ausländer«-) Kriminalität**
- **Frauenrechte, Kopftuch- und Burkaverbot, Ehrenmorde etc.**

- **Religionsfreiheit, Christenverfolgung, Moscheeverbot**
- **Legitimierung von Rassismus als Meinungsfreiheit/ Kampf gegen angebliche »linke« Meinungsdictatur**

Mit der Gründung der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) im Jahr 2000 gewann der Begriff des Rechtspopulismus in Deutschland rasant an Bedeutung. Anders als bei extrem rechten Parteien wie der NPD ist es hier nicht auf den ersten Blick erkennbar, dass es sich um eine Organisation der neuen Rechten handelt. Dies ist für diese Bewegungen von großer Bedeutung. Die Eigenbezeichnungen als »Bürgerbewegungen« haben hier Tradition. So wurden in den 1970er Jahren Vereine wie die »Bürgerinitiative Demokratie und Identität« gegründet, um die aufkommenden Neuen Sozialen Bewegungen von Rechts zu unterwandern.

Die mitunter in Konkurrenz zueinander antretenden rechtspopulistischen Bürgerbewegungen haben teilweise den gleichen Ursprung. Die Wählervereinigung »Bürger in Wut« mit Sitz in Berlin gründete sich beispielsweise aus Teilen der organisatorischen Reste der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, die später in »Schill-Partei« umbenannt wurde. Der heutige Vorsitzende der »Bürger in Wut« in Bremen, Jan Timke, führte damals deren Bremer Landesverband¹. Interessant ist auch die Geschichte der »Deutschland-Bewegung« des ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Berufsoffiziers, Alfred Mechtersheimer. Diese Bewegung hatte seit ihrer Gründung enge Kontakte zur Österreichischen FPÖ und wurde nun, Ende 2010, vom Vorsitzenden von pro NRW, Markus Beisicht, gemeinsam mit der pro-Bewegung und den Republikanern als »Kern einer neuen freiheitlichen Bewegung« bezeichnet. Teil dieser Bewegung sind auch ehemalige Mitglieder der NPD, deren Aufnahme Beisicht vehement verteidigt. Zahlreiche Wählergruppen sind in der Organisation »Freie Wähler« zusammengeschlossen. Da diese Gruppierungen meist nur regionale Bedeutung haben, gibt es keine bun-

deseinheitliche Struktur. Längst nicht alle sind in Landesverbänden oder im Bundesverband der »Freien Wählergemeinschaften e.V.« vertreten, der ca. 280.000 Mitglieder und nach der Europawahl 2009 erstmals Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung hat. Die einzelnen Gruppierungen auf der kommunalen Ebene unterscheiden sich zum Teil enorm hinsichtlich Organisationsstruktur, Programmatik, Entstehungsgeschichte und Motiven. Seit den 1990er Jahren befinden sie sich in einer Phase des Aufschwungs. Ursachen sind in der Reform des kommunalen Wahlrechts und der zunehmenden Pluralisierung des Parteiensystems und der zunehmenden Akzeptanzprobleme der Parteien zu finden.² Viele dieser Gruppen stellen sich als Protest-Partei dar. In Thüringen fordern sie gar die »Entmachtung der Parteien«. Nicht zuletzt durch diese Ablehnung der Parteidemokratie finden sich immer wieder inhaltlich-personelle Überschneidungen zu rechtspopulistischen Akteuren. So wurden im April 2009 die Landesverbände Bremen und Brandenburg wegen einer rechten Unterwanderung sowie Friedhelm Altvater, Bremer Vorsitzender, ausgeschlossen. Kurz zuvor war der Landesverband Schleswig-Holstein aus Protest gegen eine Unterwanderung der »Freien Wähler« durch Rechtspopulisten aus dem Bundesverband ausgetreten. Der Ausschluss des Bremer Landesverbandes wurde damit begründet, dass die Mitglieder fast ausnahmslos aus ehemaligen AnhängerInnen der ehemaligen »Schill-Partei« sowie der rechtspopulistischen Wählervereinigung »Bremen muss leben« rekrutierten.

Altvater trat, genau wie seine Lebensgefährtin Maria-Illona Könnicke, nach seiner Zeit bei der »Schill-Partei« für die Anti-Europa-Partei PD an. Als deren Chef verfasste Altvater 2006 einen offenen Brief an Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen, in dem er die Aufwendungen für einen jüdischen Friedhof als »Geldverschwendung« bemängelte. Die Bürgerliste »Bremen muss leben« wurde im Wahlkampf 2007 massiv vom österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider (FPÖ) unterstützt. In Brandenburg war es Manfred Ehlert, der auf der Liste der »Freien Wähler« zur Europawahl kandidierte und ehemals Mitglied der »Schill-Partei« war.

Auch in Berlin existiert ein Landesverband der »Freien Wähler«, der zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 antreten möchte, um »den etablierten Parteien ein Stachel im Fleisch« zu sein. Die ehemalige Bezirksgruppe der »Freien Wähler« Reinickendorf scheint nunmehr als Kreisverband der rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit« aufzutreten. Als Ansprechpartner fungiert der ehemalige »Freie Wähler« Dr. Karl Schmitt, der auch dem Bundesvorstand von »Die Freiheit« angehört.

In Sachsen haben sich rechtskonservative Gruppierungen zu einer »Bürgerbewegung pro Sachsen« zusammengeschlossen. Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche wurde zum Vorsitzenden gewählt. Schon



2014 wollen sie zur Landtagswahl in Sachsen antreten. Der Partei gehören dem von Nitzsche gegründeten »Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland« auch die Deutsche Soziale Union, die Freiheitliche Partei Deutschlands und die Sächsische Volkspartei an. Nitzsche bezeichnet die Programmatik als rechtskonservativ und nationalkonservativ. »Wichtig sind uns ein starkes Sachsen, die Nation und das deutsche Vaterland«, sagte er der Sächsischen Zeitung³. Rechtspopulistische Bestrebungen kommen aber mitunter auch ganz ohne Organisationsstruktur aus. So tauchte in der einer Berliner Szene-Zeitschrift ein Leserbrief auf, der sich auf einen Artikel zu Übergriffen auf Schwule und Lesben im Bezirk Schöneberg bezog und von »nächtliche[n] Überfällen von Migranten« und »nächtliche[m] Terror durch Stricher aus Osteuropa mit der dazugehörigen Kleinkriminalität« schwadronierte. Unterschrieben war der Text mit »Berliner Bürger«. Besorgniserregend ist hier nicht nur der offene Rassismus, sondern auch die Tatsache, dass diese Hetzschrift unkommentiert abgedruckt wurde. Der Umgang mit diesem Leserbrief ist nur ein Beispiel dafür, dass auch die Medien ihrer Verantwortung gerecht werden sollten und müssten für den richtigen Umgang mit Rassismus und Rechtspopulismus.

Bei der Auseinandersetzung mit diesen rechtspopulistischen Bürgerbewegungen reicht es nicht aus, sie als rechtspopulistisch zu outen und zu verurteilen. Nötig ist eine handlungsübergreifende Strategie, die das Engagement gegen Rechts in der Kommune mit dem Ausbau einer offenen, demokratischen und vielfältigen Gemeinkultur verknüpft. Eine wirksame Handlungsstrategie schließt alle demokratischen Akteure vor Ort mit ein, seien es Bildungseinrichtungen, Politik, Verwaltung, Vereine oder die Kirchen.

¹ vgl. »Bürger in Wut wollen Wahlergebnis anfechten«, DER FOCUS, 14.05.2007

² Wetzer, Florian: Die Freien Wähler in Deutschland. Geschichte – Struktur – Leitlinien, Sankt-Augustin 2008.

³ 7.02.2011 Sächsische Zeitung

Sarrazin schafft sich ab: mit Rassismus

Clara Luhr und Jan Rauchfuß

Die AutorInnen sind Mitglieder der Jusos Berlin und der SPD Tempelhof-Schöneberg.

Im August 2010 ist der Ex-Finanzsenator und zu diesem Zeitpunkt Noch-Bundesbanker Thilo Sarrazin unter die Literaten gegangen. Mit abenteuerlichen Thesen eroberte Sarrazin im Herbst die Titelseiten der BILD – Zeitung. Nach einem ersten gescheiterten Verfahren in Reaktion auf diskriminierende Äußerungen und zum Teil wüste Beschimpfungen gegen in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund in der Zeitschrift »Lettre International« im Jahr 2009 läuft nun ein erneutes SPD-Parteiausschlussverfahren gegen Sarrazin. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens – das zu Recht ohne politische Einflussnahme erfolgt – muss sich die SPD erneut der Frage stellen: Rassismus oder Meinungsäußerung? Zulässiger Tabu-Bruch oder Verletzung der Menschenwürde? Dabei geht es zum einen um eine Auseinandersetzung mit den Sarrazin'schen Thesen. Zum anderen geht es darum, Position zu beziehen, die Grenze des Erträglichen zu definieren. Um es vorweg zu nehmen: Thilo Sarrazin hat diese Grenze längst überschritten!

Die Thesen von Thilo Sarrazin lassen sich auf zwei Feststellung herunter brechen. Zum einen, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und der Intelligenz gäbe. Das bedeutet nach seiner Argumentation, dass Menschen aus sozial hohen Schichten besonders intelligent wären und Menschen aus sozial schwachen Schichten nicht. Die zweite zentrale These Sarrazins besagt, dass Intelligenz biologisch vererbbar wäre. 50 bis 80 Prozent der Intelligenz eines Kindes seien von der Erbanlage abhängig und somit von der Intelligenz der Eltern.

In diese Logik fügt Sarrazin den Islam nahtlos ein. Die Religion hätte direkten Einfluss auf die Integrationswilligkeit und wäre ein Hinweis auf die Intelligenz der gläubigen Menschen. Somit nimmt er eine gesamte Glaubensgemeinschaft in Geiselhaft für seine Thesen.

Aufbauend auf dieser Stigmatisierung sieht Sarrazin das eigentliche Problem darin, dass TransferleistungsempfängerInnen mehr Kinder bekommen als sogenannte »LeistungsträgerInnen«. Ihr Beitrag zur Gesamtwirtschaft sei wesentlich geringer und durch die hohe Geburtenrate verschlimmere sich die wirtschaftliche Situation.

Seine Behauptungen lassen zwei zentrale Muster erkennen: Erstens unterteilt Sarrazin Menschen auf Grund von Religion und Abstammung in homogene Gruppen. Der Gedanke an eine deutsche Volksgemeinschaft beschleicht das Publikum dabei nicht zufällig, Thilo Sarrazin konstruiert ihn bewusst. Zweitens bewertet er die verschiedenen Gruppen nach ihrer Wertigkeit für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Diese Art der Einteilung entspricht einem »Nützlichkeitsrassismus«.

Sarrazins Vorgehen erfüllt den klassischen Dreisprung rassistischer Propaganda: Homogene Gruppen bilden, Ungleichwertigkeiten herstellen und schließlich - wie folgerichtig – Sanktionen fordern.

Die Forderungen, die Sarrazin aus seiner rassistischen Analyse ableitet, sind unverholen. Geringere Sozialleistungen, damit sich sozial schwächere Schichten keine Kinder leisten können. Die Vergabe hoher Geburtenprämien an Akademikerinnen aus betuchtem Hause, um die vermeintlich »gute« Erbanlage sicherzustellen. Im Klartext fordert er eine Geburtenkontrolle über den Geldbeutel

und die Einschränkung von Grundrechten für Teile der Bevölkerung.

Eine Bewertung von Sarrazins Pamphlet muss zunächst betonen: Die Thesen sind inhaltlich falsch. ForscherInnen haben nachgewiesen, dass innerhalb von »ethnischen« Gruppen die genetischen Unterschiede größer sind, als zwischen zwei »ethnischen« Gruppen. Mit seinen Behauptungen greift Sarrazin rassistische Thesen auf, die im 19. und 20. Jahrhundert verbreitet waren, die heute aber wissenschaftlich widerlegt sind.

Der US-Genforscher Harry Ostrer, auf den sich Sarrazin unter Anderen beruft, machte klar, dass es kein religiöses Gen gibt und bezeichnet Sarrazins Thesen als einfältig und schlichtweg falsch. Demnach bedient Thilo Sarrazin rassistische und veraltete Thesen. Außerdem sind seine angeführten »Beweise« und Statistiken falsch zitiert und nicht haltbar. Fazit: Stammesforschung gehört in die Steinzeit, Thilo Sarrazin hat sich dorthin verirrt.

Die notwendige politische Bewertung führt noch weiter und enthält drei Kernbotschaften.

1. Für Rassismus und Diskriminierung, für biologische Halbwahrheiten und rechtspopulistisches Geschwätz ist in der SPD kein Platz. Das gilt auch für Thilo Sarrazin.

2. Thilo Sarrazin führt keine Integrationsdebatte, er spaltet die Gesellschaft. Sarrazin bricht keine Tabus, er sagt die Unwahrheit.

3. Die SPD war immer die Partei der Emanzipation. Wenn Sarrazin das schlechte Abschneiden deutscher Schulen bei der PISA-Studie mit schlechten Genen der Schülerinnen und Schüler und nicht mit einem reformbedürftigen Bildungssystem begründet; wenn er die Bildungspolitik für überflüssig erklärt und wenn er das Erbgut für den schulischen Erfolg eines Kindes verantwortlich macht, dann verlässt Sarrazin den sozialdemokratischen Konsens vom freien und zur Emanzipation fähigen Menschen.

Es ist beängstigend, wie groß die Begeisterung für ein Buch ist, das rassistische Einstellungen aus dem 19. Jahrhundert aufgreift. Sarrazin verwendet schlichtweg veraltete und falsch interpretierte Daten

und bedient damit rassistische und populistische Vorurteile. Diese rassistischen Aussagen lassen sich mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinen. Deswegen ist das Parteiausschlussverfahren, das die SPD angestrengt hat, ein richtiger Schritt. Nur so kann ihm die Legitimationsgrundlage, die ihm die Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei verschafft, entzogen werden. Dennoch ändert ein Parteiausschluss nichts daran, dass viele Menschen in Deutschland – und auch in der SPD – seinen Thesen zustimmen und von einem längst fälligen Tabubruch sprechen. Mit Meinungsfreiheit hat die Diskussion um Sarrazin nichts zu tun, sie entspringt einem menschenverachtenden Populismus. In der SPD darf deshalb kein Platz für Thilo Sarrazin mehr sein.



Anti-Sarrazin-Plakat
3. Oktober 2010

Die »Bürgerbewegung Pax Europa«

Ein Verein für »Islamkritik«

Antifaschistisches Info-Blatt (AIB)

Die »Bürgerbewegung Pax Europa« (BPE) wurde am 17. Mai 2008 in den Räumen der Diözese Würzburg als Zusammenschluss der Vereine »Pax Europa« und dem »Bundesverband der Bürgerbewegungen« gegründet. Sie hat ihren Vereinssitz in Wetzlar und zählt nach Eigenangaben momentan rund 800 Mitglieder. Derzeitiger Vorsitzender des Vereins ist Willi Schwend, Unternehmer aus dem baden-württembergischen Wertheim und vor der Fusion Vorsitzender des »Bundesverbands der Bürgerbewegungen« (BDB). Schwend war Wortführer einer Bürgerinitiative gegen einen geplanten Moscheeumbau in Wertheim. Der Vorgängerverein »Pax Europa« wurde im Dezember 2006 in Königswinter gegründet. Bei der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 2007 in Bonn wurde der Journalist Udo Ulfkotte in den Vorstand gewählt. Er verließ die BPE Ende 2008 wegen eines »zunehmend extremistischen Kurses«. Er bezog sich auf im Internet veröffentlichte Postkartenmotive, die Muslime als Schweine, Pädophile und Terroristen darstellten. Dieser Abgrenzungsbedarf erstaunt insofern, als Ulfkotte selber MigrantInnen als »Wohlstandsvernichter« bezeichnete, »Rückführungsbeauftragte statt Integrationsbeauftragte« forderte und prognostizierte, dass »möglicherweise (...) ja bald schon nicht nur Wahlplakate von Politikern an Laternenpfählen hängen«.

Neben Ulfkotte wurde bei dem Bonner Treffen Rainer Glagow zum Vorstandsmitglied gewählt. Der im Juli 2010 verstorbene Islamwissenschaftler war Vize-Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg und bis 2006 Leiter des Berliner Hauptstadtbüros der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. Angesichts solcher Mitstreiter ist der politische Einfluss der BPE nicht zu unterschätzen.

Dafür spricht auch, dass sich die Gründungsmitglieder Ulfkotte und Schwend in einem Anschreiben an die Mitglieder von April 2008 damit brüsteten, die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag habe auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth »mit unserer Hilfe« einstimmig ein Positionspapier verabschiedet, das »in nahezu allen Teilen wörtlich den veröffentlichten Positionen von Pax Europa und BDB entspricht.«

Ein weiteres prominentes Mitglied der BPE ist Rainer Grell, ehemaliger Ministerialrat im baden-württembergischen Innenministerium und Leiter der Abteilung Staatsangehörigkeitsrecht. Grell konzipierte den »Gesprächsleitfaden für Einbürgerungswillige«, der bundesweit als »Muslimtest« bekannt wurde.

Zwischen Bürgerlichkeit und Volksverhetzung

Die BPE tritt regelmäßig mit Veranstaltungen und Kundgebungen in Erscheinung, so beispielsweise am 3. Oktober 2010 unter dem Motto »Für Demokratie und Menschenrechte – gegen freiheitsfeindliche Ideologien« auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Bei dieser Gelegenheit trat die österreichische »Islamkritikerin« Elisabeth Sabaditsch-Wolff auf, gegen die in Österreich ein Ermittlungsverfahren wegen Verhetzung (ähnlich der Volksverhetzung in Deutschland) anhängig ist. Das BPE-Mitglied hatte während eines Seminars der FPÖ-nahen »Freiheitlichen Akademie« Äußerungen getätigt wie »Moslems töten oder vergewaltigen Kinder wegen der Religion« oder »Wir werden alle tagtäglich von den Muslimen belogen, weil das ihre religiöse Pflicht ist.« Sabaditsch-Wolff trat mehrmals bei Tagungen der OSZE für die BPE als Vertreterin der Zivilgesellschaft auf. Zu den Tagungen reiste sie auf dem

Ticket der »International Civil Liberties Alliance« (ICLA). Die ICLA ist ein virtuelles Netzwerk so genannter »Islamkritiker« aus Europa und den Vereinigten Staaten. Neben der BPE sind dort beispielsweise die »English Defence League«, PI-News und das österreichische »Mission Europa Netzwerk Karl Martell« vernetzt.

Abgrenzung von PRO

Anders als zur Partei »Die Freiheit« geht die BPE zu den »PRO-Bewegungen« auf Distanz. Die mühsam aufrecht-erhaltene eigene Seriosität und Politikfähigkeit mag man nicht zugunsten einer Kooperation mit der als extrem rechts geltenden Truppe um Manfred Rouhs und Markus Beisicht opfern. Der altgediente und über landespolitische Erfahrung verfügende BPE-Funktionär René Stadtkewitz mit besten Kontakten in die Hauptstadt-CDU erhält natürlich den Vorzug gegenüber den mehr oder weniger dilettantisch agierenden »PRO-Bewegungen«. Die Abgrenzung zu PRO wird so zum Lackmustest der Loyalität. So

trat das Bundesvorstandsmitglied Wilfried Puhl-Schmidt aus Kehl am Rhein Anfang Oktober 2010 zurück, weil er auf einer »PRO Deutschland«-Kundgebung in Berlin ein Transparent der BPE gezeigt hatte. Zur Begründung seines Rücktritts behelf er sich mit der Erklärung, er »möchte keiner Bewegung, wie z.B. Pro-Deutschland und anderen, die am rechten Rand der Bevölkerung fischen, eine Gelegenheit geben, die BPE mit in ihr Boot zu ziehen.« Schon die Aufzählung von FunktionärInnen der BPE zeigt, dass diese Gruppierung keine Splittergruppe randständiger »Extremisten« ist. Im Gegenteil: Ihre Positionen treffen auf Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft und ihr Personal rekrutiert sich aus etablierten VertreterInnen des bürgerlichen Lagers. Ihre Politikfähigkeit wird sich an der Frage entscheiden, ob ihnen der Spagat zwischen Anschlussfähigkeit ins bürgerliche Lager und unverhohlener rassistischer Hetze à la PI-News weiterhin gelingt und ob dieses Milieu einen charismatischeren Führer als den blasen Hinterbänkler Stadtkewitz hervorbringt.



René Stadtkewitz im Abgeordnetenhaus bei seinem Fraktionsausschluss
7. September 2010

»Die Freiheit«

Eine neue Rechtsaußen-Partei nach europäischem Vorbild?

Maik Baumgärtner

Der Autor ist freier Journalist und schreibt für das Portal »Berlin rechtsaußen«. Er ist Mitautor der Handreichung »Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen«.

Seit Anfang September 2010 steht fest, dass mit der rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit« neben der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« eine weitere Gruppierung den Antritt zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2011 plant. Initiator, Motor und Vorsitzender ist das ehemalige CDU-Mitglied René Stadtkewitz. »Hohe Priorität haben für »Die Freiheit« die Themen Zuwanderung und Integration« heißt es unverdächtig in der ersten Pressemitteilung der Neugründung »Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie« (kurz: »Die Freiheit«) vom 10. September 2010. Drei Tage zuvor hatten 27 von 34 CDU-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus für den Ausschluss von René Stadtkewitz aus der christdemokratischen Fraktion gestimmt, da dieser sich weigerte, eine Einladung an den umstrittenen niederländischen Rechtspopulisten und Islamfeind Geert Wilders zurückzuziehen. Bereits 2009 war Stadtkewitz aus der CDU ausgetreten und gehörte seitdem der Fraktion als Parteilooser an. René Stadtkewitz, Marc Doll und Stefan »Aaron« Koenig erklärten Anfang September 2010 vor mehreren Dutzend PressevertreterInnen, dass mit dieser Pressekonferenz der Startschuss für die Gründung einer neuen Partei gefallen sei. Man wolle keine »Politik, die ein ganzes Volk bevormundet« und sei »offen für jeden Demokraten«, so Stadtkewitz. Die Frage nach konkreten Zielen und Forderungen – jenseits der Schlagworte Zuwanderung, Sicherheit, Islam und Muslime – konnte keiner der Verantwortlichen an diesem Tag beantworten. Einig war man sich, im Jahr 2011 zu den Wahlen anzutreten und mindestens die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu wollen. Alle drei Parteigründer waren permanent bemüht, sich von »Extremisten von rechts wie von links«, »Ausländerfeinden« und den »Pro-Parteien« zu distanzieren. Thematisch schlugen sie jedoch schon auf der Pressekonferenz in dieselbe Kerbe wie die meisten Gruppen, von denen sie sich distanzieren. Kri-

minelle MigrantInnen wolle man ausweisen, »wachsende Parallelgesellschaften« zurückdrängen und StraftäterInnen im Allgemeinen härter bestrafen.

Gründung mit extrem rechtem Grundsatzprogramm

Schon die Betonung des Gründungsortes der neuen Partei »in der Nähe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße in Berlin-Tiergarten« verdeutlicht den historischen Kontext, in dem sich René Stadtkewitz und seine MitstreiterInnen sehen wollen. Zur konstituierenden Versammlung am 28. Oktober 2010 seien nach Angaben der Partei rund 50 Gründungsmitglieder anwesend gewesen. Diese verabschiedeten auch das »Grundsatzprogramm als Version 1.0«, welches zu großen Teilen Versatzstücke ethnopluralistischer und rassistischer Ideologeme enthält. Neben der Wahl eines fünfköpfigen Bundesvorstandes, bestehend aus Stadtkewitz (Bundesvorsitzender), Marc Doll (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Karl Schmitt (stellvertretender Vorsitzender), Yorck-Alexander Mayer (Schatzmeister) und Felix Strüning (Schriftführer), wurde die Bildung eines Landesverbandes Berlin beschlossen. Bevor die Partei bundesweit antritt, will sie bei den Berliner Wahlen 2011 erst einmal die Feuerprobe bestehen. Im Gegensatz zur »Bürgerbewegung Pro Deutschland«, die auf ein enges Themenfeld setzt und ihren potentiellen WählerInnen ein knapp gehaltenes Grundsatzprogramm präsentiert, versucht »Die Freiheit« sich zu allen gesellschaftlich relevanten Themen zu positionieren. Doch schon wenige Tage nach Veröffentlichung des Vorworts zum Grundsatzprogramms, welches von einer »Programmredaktion« unter Leitung von Marc Doll überarbeitet worden sein soll, musste sich die Partei von ihren eigenen Formulierungen distanzieren. Würde im Vorwort ursprünglich vor einer »Politik der künstlichen Gleichmacherei, die Homosexualität als sozial und moralisch gleichwertig akzeptiert, und diese Lebensform

(die selbstverständlich zu tolerieren ist) nicht als Ausnahme von der Regel versteht« gewarnt, erklärte man auf der offiziellen Facebookseite der Partei plötzlich: »Wir werden den Homosexuellen Satz streichen. Keine Ahnung wie so was darin überhaupt stehen bleiben konnte«. Am 1. November veröffentlichte der Bundesvorstand eine Erklärung, in der es heißt: »Wir sind auch keine »schwulenfeindliche« Partei. Im Gegenteil: Wir verteidigen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und stehen für eine freie und selbstbestimmte Partnerwahl, die auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausdrücklich mit einbezieht. Wir wollen niemanden schlechter stellen, wollen aber den Benachteiligungen, die Familien mit Kindern im Alltag ausgesetzt sind, entgegentreten und insbesondere ihren gesellschaftlichen Beitrag würdigen« (Fehler im Original). Im Zuge dieser Erklärung wurde das gesamte Vorwort gelöscht, in dem noch von einer »existenzbedrohende(n) Krise« der »abendländische[n] Zivilisation« die Rede war, von »Völkern« und nicht von »Bevölkerungen« gesprochen wurde sowie von Befürchtungen der »Menschen in Deutschland«, ihre »gewachsene gesellschaftliche, kulturelle und historische Identität zu verlieren«. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus wurde in geschichtsrevisionistischer Art als »Schuld kult« diffamiert: »Was einst eine ehrenwerte selbstkritische Haltung gewesen sein mag, ist längst zu einem Schuld kult ausgeartet, der aus der NS-Vergangenheit ein autorassistisches Unwerturteil über das eigene Volk ableitet. Der ideologisch propagierte Selbsthass, mit dem die Meinungsmacher in Politik, Medien, Schulen und Universitäten unser Volk vergiften, bedeutet für das deutsche Volk Siechtum, ist Völkermord mit anderen Mitteln.« Nicht nur auf dieser Ebene ist man ideologisch verächtlich nah an Positionen neonazistischer Kreise, die Forderung nach einem »Zuwanderungsstopp, mindestens bis zur Lösung der vorhandenn Integrationsprobleme« (Fehler im Original) könnte auch aus der Feder der NPD stammen.

Geert Wilders in Berlin und die Führungsclique der Partei »Die Freiheit«

Für den 2. Oktober 2010 war der Besuch von Geert Wilders in Berlin angekündigt worden und die OrganisatorInnen spielten Katz und Maus mit den Medien. Da der Berliner Tagesspiegel den Namen des Veranstaltungsortes bereits einen Tag vorher veröffentlichte, wurde deren Berichterstatte als »Sicherheitsrisiko« ausgesperrt. Treffend formulierte ein Kommentar: »Aber wes Geistes Kind ist eine selbsternannte Freiheits-Partei, die es nicht ertragen kann, dass über ihr Personal und ihre Aktivitäten frei informiert wird? Wir leben nun mal nicht in einem Polizeistaat, der so genannte Sicherheitserfordernisse vorschiebt, um Information und Meinungsbildung in die gewünschte Richtung zu lenken und unliebsame Medien auszuschalten.« René Stadtkewitz hielt eine unspektakuläre, auf die

Kritik an der CDU und den Islam zugeschnittene Rede. Nachdem er die BesucherInnen aus Österreich, Schweiz, Italien, den Niederlanden und ganz Deutschland willkommen hieß, freute er sich besonders, seine »Freunde der Bürgerbewegung Pax Europa« begrüßen zu dürfen. Lediglich durch Angriffe auf die CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel gelang es dem bisherigen »Hinterbänkler« (SPIEGEL Online), die rund 500 Anwesenden im Saal zu begeistern. Sonst ging es ihm nur noch um die Rechtfertigung der eigenen Ideologie: »Islamkritik kommt aus der Mitte der Gesellschaft« und »die Ideologie des Islam verhindert die Integration«. Eines stand nach diesem Tag fest: Stadtkewitz fehlt das Charisma eines Geert Wilders, der seinem deutschen Bündnispartner eine Öffentlichkeit beschert hat, die dieser so alleine nie erreicht hätte. Bis zum Jahr 2006 war René Stadtkewitz ein medial unbeachteter Politiker der Berliner CDU. Ins Gespräch brachte er sich damals durch ein Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« und die Unterstützung von Protesten gegen einen Moscheebau in Pankow-Heinersdorf. »Von 1968 heißt es oft, das Jahr markiere die »innere Demokratisierung« der Bundesrepublik. Für manche Bereiche – alles, was mit Fragen unseres Zusammenlebens zu tun hat, wie Einwanderung, Integration, Multikulti – war es eher der Startschuß einer gesellschaftlichen Entdemokratisierung«, erklärte er damals und legte damit die Grundzüge seiner antimuslimischen Politik dar.

Marc Doll war bis Anfang September 2010 im Vorstand eines Berliner CDU-Ortsverbands aktiv und firmierte dort als »Leiter für Innere Sicherheit«. Seinen Austritt aus der CDU begründete er mit dem »Sprach- und Denkverbot bezüglich des Islams«, das ihm seitens der CDU-Spitze »verordnet« worden sei. Dolls »Arbeitsergebnisse« hätten »unbequeme Fakten [ergeben], nämlich dass ein Großteil der Intensivtäter nicht einfach nur einen türkisch-arabischen Migrationshintergrund hat, sondern auch den Islam als verbindendes Glied. Es ist unbestreitbar, dass Anhänger dieser Religion häufiger gewalttätig sind als alle anderen Gruppen. Auch außerhalb der Inneren Sicherheit schneiden jene, die dieser Religion huldigen, schlechter ab – so z.B. in der Bildung oder der Inanspruchnahme von langjährigen Sozialleistungen.«

Der »Law-and-Order«-Politiker Doll gefällt sich in der Rolle des Aufklärers, der härtere Strafen für »marodierende Banden« fordert und der die Lösung in »eine(r) Politik der harten Hand« sucht, die »eine gute Antwort auf Integrationsprobleme, zunehmende Ghettoisierung und Islamisierung, dem Bildungsauß und der ausufernden Gewalt in der Hauptstadt« sei. Im Juni 2010 trat er unter anderem bei der extrem rechten und pflichtschlagenden »Berliner Burschenschaft der Märker« zum Thema »Islam und Meinungsfreiheit« auf. Auch Stefan »Aaron« Koenig, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Piratenpartei,

hat sich wie seine zwei Bündnispartner auf das Thema Integration und Islam eingeschossen. Nach seinem Austritt aus der Piratenpartei im Mai 2010 stellte er eine Internetseite unter dem Namen »Die Freiheit« online. Dort veröffentlichte er Forderungen wie: »Die Staatsbürgerschaft per Geburt (»Ius Solis«) wird abgeschafft. Man erhält die deutsche Staatsbürgerschaft entweder, wenn eines der Elternteile diese hat, oder durch ein klar geregeltes Aufnahmeverfahren. Aufenthaltsgenehmigungen für Nicht-EU-Bürger werden nur noch in Ausnahmefällen erteilt«. Da Koenig »Parteien unsexy« findet, sieht er die neue Formation als »Freiheitsbewegung«, die »Volksentscheide auf Bundesebene« umsetzen und »mehr Demokratie« verwirklichen solle. Mittlerweile geht Koenig zunehmend auf Distanz zu Stadtkewitz, da er seine wesentlichen Wünsche nicht im Programm der Partei wiederfindet.

Die Netzwerke der europäischen Anti-IslamistInnen

Noch bevor die in Berlin beheimatete Partei »Die Freiheit« über ihre Geschäftsstelle in der Lichtenberger Storkower Straße (Januar 2011 eröffnet) verfügte, tourten deren Bundesvorsitzender Stadtkewitz und andere Mitglieder schon durch die Welt und besuchten einen extrem rechten Kongress nach dem anderen. Ende November 2010 nahm René Stadtkewitz auf Einladung der antimuslimischen »Dänischen Volkspartei« an einem Kongress in Kopenhagen teil, bei dem mit Jimmie Akesson auch der Vorsitzende der rassistischen »Schwedendemokraten« (SD) als Redner auftrat. Als weitere Rednerin trat Elisabeth Sabaditsch-Wolff auf. In Österreich wird gegen das bekannte Mitglied der »Bürgerbewegung Pax Europa«, zu dessen Bundesvorstand Stadtkewitz gehört, derzeit wegen Volksverhetzung ermittelt. Nur wenige Wochen später, vom 4. bis 10. Dezember, besuchte der Bundesvorsitzende gemeinsam mit seinem Stellvertreter Marc Doll eine »Anti-Islamismus-Konferenz« in Israel. Dort trafen sie nicht nur auf Eliezer Cohen, den bekannten Vertreter der ultranationalistischen Partei »Israel Beitenu« (»Israel – unser Zuhause«), der bereits auf Einladung von Stadtkewitz in Berlin aufgetreten war, sondern auch auf Heinz-Christian Strache von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), Filip Dewinter vom »Vlaams Belang« aus Belgien und Kent Ekerod von den »Schwedendemokraten«. Vor Ort verabschiedeten die versammelten Rechtsaußen-PolitikerInnen eine »Jerusalem Erklärung«, die sich unter anderem gegen »den fundamentalistischen Islam« als »neue weltweite totalitäre Bedrohung« richtet. Auffällig ist, wie viele der Bündnispartner der »Die Freiheit« sich wiederum mit der von Stadtkewitz als »Extremisten« geschmähten »Pro Bewegung« einlassen. Während Marc Doll noch Anfang Dezember 2010 auf einer Veranstaltung von »Die Freiheit« in Düsseldorf etwaige Mitglieder der NPD und der »Pro Bewegung« zum Verlassen des Saals aufforderte,

trifft man sich auf dem internationalen Parkett einträchtig mit der Elite der europäischen Rechtsaußen-Parteien. Dass die FPÖ, der »Vlaams Belang« und auch die »Schwedendemokraten« seit Jahren ein freundschaftliches Verhältnis zur »Pro«-Bewegung pflegen und Filip Dewinter in den vergangenen Monaten seine Beziehungen zum in Berlin lebenden schwedischen Rechtsextremen Patrik Brinkmann vertiefte, dürfte auch den Funktionsträgern Stadtkewitz und Doll wohl bekannt sein. Endgültig ungläubwürdig hat sich »Die Freiheit« durch die Teilnahme am Kongress »Gegen die Islamisierung unserer Länder« Mitte Dezember 2010 in Paris gemacht. Organisiert wurde die Veranstaltung maßgeblich vom »Bloc Identitaire«, der hierfür neben René Stadtkewitz auch VertreterInnen extrem rechter Organisationen aus ganz Europa eingeladen hatte. Ursprünglich war auch der bekannte Schriftsteller und Holocaustüberlebende Ralph Giordano als Redner angekündigt, dieser distanzierte sich aber in einer Presseerklärung kurz vor der Veranstaltung und erklärte, auf »eine falsche Fährte gelockt« worden zu sein und sich nicht von RassistInnen vereinnahmen zu lassen.

»Generation Zukunft« – Die Jugendorganisation

Nicht nur das oben erwähnte Vorwort zum Grundsatzprogramm sondern auch die Jugendorganisation der selbst ernannten »Bürgerrechtspartei« sorgte gleich in den ersten Tagen nach der Gründung für Wirbel und forderte erste personelle Konsequenzen. Anfangs waren Mia Herm, Ehssan Khazaeli und Dustin Stadtkewitz vom Bundesvorstand beauftragt worden, die »Generation Zukunft« – so der Name der Teilorganisation für SchülerInnen, StudentInnen und Azubis – aufzubauen. Schon nach kurzer Zeit erklärte Mia Herm, das »Angebot des Postens der Chef-Organisatorin für die Jugend der Partei« dankend abzulehnen und distanzierte sich öffentlich von der Partei. Mia Herm, besser bekannt unter ihrem Künstlernamen »Dee Ex«, versteht sich als »patriotische Rapperin«, als die sie von diversen Medien und Gruppen der äußersten Rechten hofiert wird. So gab sie bisher nicht nur der Wochenzeitung »Junge Freiheit« ein Interview, sondern stand auch dem Magazin »Zuerst« für eine »Homestory« zur Verfügung. Stadtkewitz erklärte gegenüber dem Weblog »politically incorrect«: »Nach einem klärenden Gespräch haben wir gemeinsam festgestellt, dass DeeEx und »Die Freiheit« in Bezug auf Israel unterschiedliche Positionen haben, die nicht miteinander vereinbar sind und man deshalb besser getrennte Wege geht. Für uns steht das Existenzrecht Israels nicht zur Debatte und wir betrachten Israel als unverzichtbaren Partner in der Auseinandersetzung mit dem Islam. Und deshalb steht es so in unserem einstimmig beschlossenen Programm.« Doch auch ohne die Mitarbeit von Mia Herm hat Stadtkewitz bereits am Tag der Parteigründung gegen von ihm propagierte Grundsätze verstoßen. BewerberInnen um eine

Parteimitgliedschaft müssten erklären, dass sie nicht mit extremistischen Organisationen in Kontakt stünden oder dort Mitglied gewesen seien, hatte er Anfang September 2010 erklärt. Mit Ehssan Khazaeli haben er und seine Mitsstreiter aber ein ehemaliges Mitglied der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« mit dem Aufbau der Partei-jugend beauftragt. Khazaeli war nicht nur Mitglied der »Bürgerbewegung«, sondern auch für die Betreuung der Facebook-Seite von »Pro Berlin« verantwortlich.

Fazit

Schon kurz nach Gründung wurde offensichtlich, dass »Die Freiheit« versuchte, nicht in das Fahrwasser der Ein-Themen-Parteien am extrem rechten Rand zu geraten. Das umfangreiche Grundsatzprogramm und die offensive Distanzierung nach rechtsaußen sind Belege dafür. Gleichwohl bedient die Partei bisher hauptsächlich zwei Themen: Islam und Integration. Während die Partei in Berlin noch an ihrer Infrastruktur arbeitet, versucht sie schon bundesweit zu expandieren und sucht den Anschluss an europäische Bündnispartner. Dabei misst sie mit zweierlei Maß: In Deutschland sucht »Die Freiheit« den Anschluss an VertreterInnen aus dem demokratischen Parteienspektrum, wie im November 2010, als Stadtkewitz und Doll mit FDP-DissidentInnen aus Hessen zusammentrafen und dies unter der Überschrift »Die Freiheit expandiert

bundesweit« bekanntgaben. Gleichwohl tritt sie auf internationaler Ebene mit rassistischen und extrem rechten Parteien aus Schweden, Österreich und Belgien auf. Die bisherigen Aktivitäten der »Die Freiheit« in Berlin beschränkten sich im wesentlichen auf die Durchführung von Informationsversammlungen und die Gründung von Bezirksgruppen. Im Gegensatz zu »Pro Deutschland«, war »Die Freiheit« im Vorwahlkampf zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften kaum Wahrnehmbar. Das mediale Interesse scheint ebenso rückläufig, wie die Teilnahme von AnhängerInnen bei Aktionen. Zu einem politischen »Volksfest« Ende Juni, erschienen nur wenige Pressevertreter und etwas mehr als 100 Menschen, von denen ein Großteil aus anderen Bundesländern angereist war. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt keine Prognose über mögliche Wahlerfolge möglich. Im Gegensatz zu ihren direkten Wahlkonkurrenten »Pro Deutschland« wird »Die Freiheit« – hauptsächlich aufgrund des Mandats von René Stadtkewitz im Abgeordnetenhaus – häufiger in den Medien thematisiert, es mangelt ihr jedoch an Bürgernähe und dem direkten Kontakt zu potentiellen WählerInnen. Daher werden Wahlerfolge nicht nur vom Umgang der demokratischen Parteien mit der »Die Freiheit« abhängen, sondern auch davon, ob es der Partei gelingt, ihre bisher fast ausschliesslich im Internet versammelten AnhängerInnen auch im Wahlkampf zu mobilisieren.

Bei dem Text handelt es sich um die aktualisierte Fassung eines Beitrags aus der Handreichung: Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen (2010); Hg.: apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).



**Proteste gegen islamische
Fundamentalist_innen in Berlin**
4. September 2010



Thesen zu einer emanzipato- rischen Religionskritik

Chaze

Der Autor ist linker Aktivist und Mitglied der "Forschungsgruppe christlicher Fundamentalismus".

Obgleich die Kritik der Religion in früheren Jahrhunderten zum allgemeinen Repertoire emanzipatorischen Bewegungen - egal wie unterschiedlich sie ansonsten waren - gehörte, scheint die heutige emanzipatorische Linke in gewisser Weise ihren Frieden mit der Religion geschlossen zu haben, solange es sich nicht um religiös-fundamentalistische Bewegungen oder explizit sexistische / homophobe Strukturen handelt. Es gab allerdings einen guten Grund, warum KommunistInnen, AnarchistInnen, selbst SozialdemokratInnen im 19. und 20. Jahrhundert gegen religiöses Denken vorgingen (und gleichzeitig Glaubensfreiheit als notwendig beschrieben): jede Form religiösen Denkens - egal ob in Großkirchen, in kleinen Sekten oder als Privatglauben - verhindert in letzter Konsequenz die Befreiung der Menschen, um die es der Linken trotz allem immer noch geht.

Sicherlich ist heute bekannt und ausdiskutiert, dass reine Rationalität in Irrationalität umschlagen kann und deshalb nicht als Ziel der radikalen Linken gelten kann. Dies ist allerdings kein Grund, als radikale Linke Frieden mit der tatsächlichen Irrationalität, die sich z.B. auch im religiösen Denken manifestiert, zu schließen. Vielmehr muss es darum gehen, diese Dialektik der Aufklärung in bestän-

diger Kritik zu reflektieren ohne sich vom Anspruch der Befreiung abzuwenden.

Der Fakt, dass sich Rechtsextreme und RechtspopulistInnen in Europa den letzten Jahren daran versuchen, eine spezifische Religion, den Islam, als Feindbild zu zeichnen, während die emanzipatorische Linke auf diesen Diskurs mit wenig mehr als einem - nichtsdestotrotz notwendigen - Abwehrkampf reagieren kann, bei dem die Vertreterinnen und Vertreter des Islam verteidigt, aber nicht kritisiert werden, macht das Fehlen einer Religionskritik offensichtlich. Wenn die radikale Linke zwar den Rassismus der rechtspopulistischen Kampagnen gegen den Bau von Moscheen benennt, aber gleichzeitig nicht sagen kann, warum in letzter Konsequenz jedes religiöse Gebäude, solange es als religiöses genutzt wird, falsch ist, zeigt dies, dass offenbar ein für frühere linke Bewegungen wichtiges Thema nicht mehr in der Diskussion virulent ist. Die Gründe dafür sind gewiss zahlreich.

Wichtig ist allerdings, dass es weiterhin keinen Grund dafür gibt, auf eine Kritik der Religion zu verzichten. Im Folgenden sollen in einigen Thesen die Grundzüge einer möglichen modernen Religionskritik skizziert werden.

1. Eine Kritik der Religion ist und bleibt notwendig. Sie ist nicht abgeschlossen worden. Eine Linke, welche Religion als gegeben hinnimmt oder gar verteidigt, gibt die Hoffnung auf die Selbstbefreiung der Menschheit auf.

- Das rechtsextreme und rechtspopulistische Organisationen versuchen, einen Kampf zwischen unterschiedlichen religiösen Gruppen herbeizureden, ist ein Fakt. So diese Argumentation darauf zielt, Menschen auf eine Gruppenzugehörigkeit und Religion festzuschreiben, ist dem entgegen zu treten. Dies erledigt allerdings nicht, dass die Religion als solche der Befreiung entgegensteht.

- Religion ist — sowohl individuell als auch gesellschaftlich — »heilbar«. Sie ist kein notwendiger Bestandteil des Alltags von Menschen oder der Struktur von Gesellschaften.

2. Es ist zu unterscheiden zwischen einer Kritik der Religion im allgemeinen, der Kritik an spezifischen Religionen (z.B. am Christentum, am Islam, am Shintoismus), einer Kritik der religiösen Institutionen (z.B. der katholischen Kirche) und einer Kritik an den religiös-fundamentalistischen Bewegungen.

- Religiös-fundamentalistische Bewegungen (fundamentalistische ChristInnen, Islamismus etc.) sind politische Bewegungen und müssen als solche kritisiert und bekämpft werden. Zwar wäre es falsch, die religiöse Basis der jeweiligen Bewegung als reine Propaganda abzutun. Dennoch sind die Ziele, Argumentationen und Handlungsweisen dieser Bewegungen immer politisch.

- Eine Kritik an religiösen Institutionen ist gerechtfertigt. In Deutschland sind das vor allem die katholische Kirche, die evangelischen Landeskirchen sowie die pfingstlerischen-charismatischen Gemeinde. Gleichwohl können und müssen auch die Institutionen der anderen Religionsgemeinschaften kritisiert werden, solange dies eine Kritik an diesen Einrichtungen, deren Machtansprüchen und dem Anspruch, Menschen außerhalb der Gesellschaft erziehen und bewerten zu dürfen, darstellt.

- Auch hier gilt, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Kreise versuchen, ihre rassistischen oder antisemitischen Denkweisen als Kritik an religiösen Institutionen darzustellen. Dies ist jeweils nachzuweisen und zu bekämpfen. Dennoch bleibt die Aufgabe der Kritik an religiösen Einrichtungen bestehen.

- Religiöse Institutionen postulieren den Anspruch, in gewisser Weise außerhalb der Gesellschaft zu stehen und deshalb auch nicht von der Gesellschaft bewertet zu werden. Gleichwohl erheben sie den Anspruch, über das Denken und Leben der jeweiligen Gläubigen eine mehr oder minder direkte moralische Kontrolle auszuüben. Abgesehen von all den anderen konkreten Kritiken (beispielsweise an den Vorfällen von Misshandlung und sexuellen Übergriffen auf SchülerInnen in katholischen Erziehungseinrichtungen, die in den letzten Jahren skandalisiert wurden), ist es dieser Anspruch, dem im Sinne einer freien Gesellschaft widersprochen und der zurückgedrängt werden muss.

3. Die sozialen Dienste und Bildungseinrichtungen, welche von religiösen Institutionen betrieben werden, genießen zu Unrecht einen guten Ruf. Sie stellen zumeist keinen Dienst der religiösen Gruppen dar, sondern werden zu großen Teilen aus Steuermitteln bezahlt und von Ehrenamtlichen getragen. Sie können nicht als Argument für religiöse Institutionen herangezogen werden. Vielmehr sollten sie aus der Aufsicht der religiösen Institutionen gelöst werden.

4. Die Religionsfreiheit stellte einen großen, in Teilen der Welt noch zu erkämpfenden, Fortschritt dar, den es zu verteidigen gilt.

- In einer freien Gesellschaft muss es allen Menschen freigestellt sein, jeden Privatunsinn zu glauben, solange sie diesen Glauben keinen anderen Menschen aufdrängen. Dieses Aufdrängen darf auch nicht in privaten Beziehungen, insbesondere Familien, stattfinden.

- Dieser Privatglaube muss der politischen Kritik ausgesetzt werden. Er ist nicht im Geringsten unantastbar.

- Religiöse Gefühle und Empfindungen stellen das Problem der jeweiligen religiösen Person dar, nicht der restlichen Gesellschaft. Personen mit einem Glauben müssen sich beständig der Realitätsprüfung mit der Welt aussetzen und mit dem aus dieser Prüfung hervorgehenden ständigen Scheitern ihres Glaubens persönlich umgehen. Daraus können sie keine gesonderte Behandlung oder Bewertung ableiten. Religiöse Gefühle und daraus abgeleitete stellen keine gesonderte Kategorie von Gefühlen dar, die gesondert geschützt oder geachtet werden müssten.

- Personen, die absichtlich religiöse Gefühle missachten, um ihren Rassismus oder ihren Antisemitismus auszuüben, bleiben RassistInnen und AntisemitInnen und gehören als solche bekämpft.

5. Religion im Allgemeinen behauptet die Existenz eines Gottes bzw. einer gott-ähnlichen Entität, welche außerhalb der gesellschaftlichen und historischen Bedingungen existieren würde. Dieser Fluchtpunkt außerhalb der Gesellschaft impliziert, das Teile des Lebens von Menschen von einer nicht-gesellschaftlichen Kraft bestimmt würden, die auch durch gesellschaftliche Kämpfe nicht beeinflusst werden könnte.

- Die Behauptung dieser gott-ähnlichen Entität stellt das Grundproblem jeglichen religiösen Denkens dar. An diesem Fluchtpunkt hängt sich ein Denken auf, welches die Verantwortung der Menschen für die Gestalt und die Gestaltung der Gesellschaft in mehr oder minder größerem Rahmen abstreitet. Obgleich alle religiösen Menschen und Bewegungen davon ausgehen, dass Teile der Gesellschaft gestaltet werden können und teilweise auch müssen, behalten sie alle mit dieser Entität einen intellektuellen Fluchtpunkt bei, welcher von jeglicher Kritik und Veränderung ausgenommen werden soll.

- Auf Grundlage der angeblichen Existenz einer gott-ähnlichen Entität und damit auch einer außerhalb der Gesellschaft gelegenen Welt wurden und werden die unterschiedlichen Religionen, religiösen Rituale, Schicksals- und Nachlebens-Vorstellungen sowie religiösen Institutionen aufgebaut.

- Die Vorstellung, dass es eine die Geschicke der Menschen bestimmende, gott-ähnliche Entität gäbe, ist es, was jede Form von Religion als eine der Selbstbefreiung der Menschen entgegenstehende Überzeugung kennzeichnet.

- Die Behauptung, für eine Moral wäre ein außerhalb der Gesellschaft gelegener Punkt wie Gott notwendig, die immer noch erhoben wird, ist grundfalsch. Moral ist ein gesellschaftliches Verhältnis. Menschen müssen lernen, ohne den Gedanken an einen solchen außer-gesellschaftlichen Punkt zu leben.

- Ein Zusammengehen von emanzipatorischen Strömungen in religiösen Bewegungen (feministische Theologie, Befreiungstheologie etc.) und der emanzipatorischen Linken kann immer nur für eine bestimmte Fragestellung funktionieren. Die grundlegenden Vorstellungen und Zielsetzungen sind letztlich entgegengesetzt.

6. Der Nachweis, dass »Gott tot ist« und jede Religion der Selbstbefreiung der Menschen letztlich entgegensteht, ist nicht ausreichend, um den Einfluss der Religion zu überwinden. Menschen müssen für sich selber den Entschluss fassen, ihre religiösen Überzeugungen aufzugeben. Hierzu müssen sie immer wieder aufgefordert werden. Eine große Zahl von Menschen schafft es allerdings, mit dem Widerspruch zu leben, zu glauben und gleichzeitig zu wissen, dass dieser Glaube nicht sinnvoll ist. Eine emanzipatorische Religionskritik hat daran festzuhalten, dass die Menschen sich und die Gesellschaft zu verändern haben.

7. Jede Form von Religion gehört kritisiert. In Deutschland allerdings ist es das Christentum in all seinen Formen, das immer noch den größten Einfluss hat und deshalb auch im Mittelpunkt der Kritik stehen sollte.

**Proteste gegen die Gründung
eines Kreisverbandes von »Pro
Deutschland« in Neukölln**
29. Oktober 2010

**BERLIN
GEGEN
RASSISTEN**



Frauen und Homosexuelle im »Clash of Civilizations«

Mit Rassismus gegen Sexismus und Homophobie?

Koray Yilmaz-Günay

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Partei Die Linke. in Tempelhof-Schöneberg und Referent für Migration bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er arbeitet als Aktivist, Publizist und politischer Bildner zu den Themen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Homophobie.

Rassismus ist in Deutschland ein Phänomen, das gern der politischen Rechten, wenn nicht den Rechtsextremen zugeschrieben wird. Als Erklärung halten in aller Regel eine mangelhafte »Aufklärung« über kulturelle Verschiedenheit oder negative Erfahrungen von Einzelnen her. Dass es sich dabei um ein Unterschichten-Phänomen handelt, ist ausgemacht. Statt von »Rassismus« spricht die Allgemeinheit immer noch lieber von »Ausländer_innen-« oder »Fremdenfeindlichkeit« und deutet diese streng individuell. Strukturelle Ebenen bleiben außer Betracht. Seit Jahr und Tag gibt es die zwanzig Prozent der Bevölkerung, die ein verdichtetes Weltbild haben, in dem ein Gemisch von Ungleichheitsideologien zum Einstellungs-Repertoire gehört. Feminist_innen sowie Lesben und Schwule gehören zum Feindbild dieser Menschen, weil unter anderem die Gleichberechtigung unterschiedlicher Geschlechter und sexueller Orientierungen den Kern des Weltbildes gefährdet, nach dem Gruppen von Menschen nicht nur ver-

schieden, sondern auch unterschiedlich viel wert zu sein haben.

So war es auf den ersten Blick verwunderlich, als die Frauenrechtlerin Seyran Ateş forderte: »Männer, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben und ihre Frauen schlagen, sollten mit ausländerrechtlichen Folgen rechnen müssen. Das heißt, deren Status sollte überdacht werden, ohne sie gleich auszuweisen«¹ – oder ein Vertreter des Lesben- und Schwulenverbandes gar vor der »Überfremdung« von Innenstädten und »veränderten Mehrheiten« warnte.² Es scheint, dass die meinungsbildende Elite dieser doch emanzipatorischen sozialen Bewegungen sich aus Sorge um ihre Errungenschaften in ein Fahrwasser begibt, das eher dem europaweit grassierenden Rassismus dient als der Gleichberechtigung benachteiligter Gruppen. Wie geht das »Unbehagen«³, das Alice Schwarzer in diffuser »Wir«-Form formuliert, einher mit dem Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Gewalt?

»Kampf der Kulturen«

Populäre Schlagwörter haben die Eigenschaft, schnell in Vergessenheit zu geraten, wenn neue Realitäten andere Lösungen notwendig machen. Der sogenannte »Kampf der Kulturen« hat eine Karriere hingelegt, die ihn zur exzellenten Ausnahme dieser Regel macht. Als Samuel Huntington 1993 die These aufstellte, der Zusammenprall von »Kulturen« werde die Weltpolitik im neuen Jahrtausend bestimmen, war der West-Ost-Konflikt gerade erst zu Ende. Ideologie, so schien es, schied ab sofort als internationale Auseinandersetzungslinie aus, wie es auch Politik und Wirtschaft taten. Es mussten neue Blöcke her, die in überzeugender Weise gegeneinander stehen. Trotz bestehender Anknüpfungspunkte musste daran aber erst einmal gearbeitet werden, denn bis Ende 90er Jahre leuchtete diese These noch niemandem auf Antrieb ein. Rückblickend wird sichtbar, dass die Überzeugungsarbeit erfolgreich geleistet worden ist. Alle Auseinandersetzungen, die zwischen dem »westlichen« und dem »chinesischen« Kulturkreis sowie dem »Westen« und der »islamischen Welt« prognostiziert worden sind, bestimmen die medialen Debatten über die Weltwirtschaft (China) und »kulturelle«/»religiöse« Verschiedenheit auf internationaler wie auf deutscher Ebene (»islamische Welt«/»die Muslime«).

Die Rechte von Frauen und von Homosexuellen haben in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Aufwertung erfahren. Ungeachtet aller Tatsachen wurde ein »Wir« konstruiert, das in seiner Inszenierung als kollektive Identität wie selbstverständlich Sexismus und Homophobie ausgelagert hat. Sätze, die die Wörter »westlicher Lebensstil«, »unsere Kultur/Werte« beinhalten, erklären sich heute von selbst. Dass Frauen nach wie vor für dieselbe Arbeit ein Viertel weniger verdienen und zu Zehntausenden von häuslicher Gewalt betroffen sind oder dass der Arbeitsmarkt nachwievor im Wesentlichen den Männern Zugang und Aufstiegschancen ermöglicht, dass homosexuelle Jugendliche wesentlich höhere Selbstmordversuchsraten haben, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft nach wie vor ein Zweite-Klasse-Institut ist, dass gleichgeschlechtliche Lebensweisen, wenn überhaupt, nur im Biologie-Unterricht vorkommen – das alles muss das neue »Wir« nicht kümmern. Es reicht, dass einzelne Frauen und Homosexuelle die Gelegenheit bekommen, in den oberen Etagen mitzuspielen. Wenn der Preis dafür eine General-Amnesie im Bezug auf die unwirtschaftliche Vergangenheit und Ignoranz gegenüber gesellschaftlicher Ungleichheit heute ist, scheinen weite Teile der Reste von Frauen- und Homosexuellenbewegung bereit, ihn zu zahlen.

Sexismus und Homophobie als Schicksal

Migrant_innen heißen jetzt nur noch »Muslime« und werden dafür verantwortlich erklärt, dass mit ihnen die vermeintlich überkommenen Phänomene Frauen-, Les-

ben- und Schwulenfeindlichkeit wieder in »unser« Land »zuwandern«. Wie auf der internationalen Ebene gilt dies spätestens seit dem »Muslim-Test« in Baden-Württemberg (2006) auch für die bundesrepublikanische Debatte: Die Rechte von heterosexuellen Frauen und der Umgang mit Lesben und Schwulen sind zu Gradmessern für Modernität und Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft geworden, die trotz des Endes des West-Ost-Konflikts mit »der Westen« umschrieben wird.

Nicht nur im Fall Afghanistans gehörte neben dem islamistischen Terror die Situation von Frauen explizit zu den Gründen, warum eine militärische Intervention genau dieses Westens unabwendbar schien. Wie einst bei der Kolonisation des größten Teils der Welt war ein »zivilisierter« Umgang mit dem weiblichen Teil der Bevölkerung ein hervorragender Vorwand, um dem männlichen Teil der Bevölkerung die eigene Herrschaft aufzuzwingen.

Nicht anders verhält es sich mit Bevölkerungsteilen, die auf unabsehbare Zeit »mit Migrationshintergrund« bleiben werden. Nach entsprechender Schützenhilfe von Schwulenorganisationen⁴ und Verteidiger_innen von Frauenrechten, die wegen Zwangsverheiratungen, Verschleierungszwang und so genannter »Ehrenmorde« heute öfter denn je in der Presse stehen, gilt seit etwa Ende 2004 als abgemacht: Es steht nicht zum Besten um die sexuelle Selbstbestimmung bei den »Muslimen«. Spätestens mit dem Mord an dem niederländischen Regisseur Theo van Gogh waren in Deutschland aus den »Türk_innen«, »Araber_innen« etc. »die Muslime« geworden. Gemeinsam mit dem Bekenntnis zu einem »christlich-jüdischen Abendland«, das ohne die Erinnerung an Pogrome und Vernichtung auskommt, gehört seitdem die Abwehr vom Sexismus und Homophobie zum Kernbestand des bundesrepublikanischen Wertekanons – wie diese gleichzeitig als Wesensmerkmal »des Islam« und als Verhaltensrepertoire »der Muslime« unumstößlich im Raum stehen. Dass Homophobie seitdem – wie vorher schon Sexismus – vor allem auf körperliche Gewalt von Individuen gegen Individuen reduziert wird, die jenseits gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen »kulturbedingtes« Schicksal vor allem einer Bevölkerungsgruppe ist, versteht sich von selbst.

Teile und herrsche

Dass dies mit der faktischen Wirklichkeit in Deutschland nicht viel zu tun hat, zeigte die Debatte um die Ergänzung des Grundgesetz-Artikels 3. Die Forderung, den Antidiskriminierungskatalog der Verfassung um das Merkmal »sexuelle Identität« zu ergänzen, scheiterte mit dem Hinweis der Bundesregierung auf »die Muslime«, denen es dann schwerfiel, sich zu »integrieren«. Die Tendenz, benachteiligte Gruppen gegeneinander in Stellung zu bringen, um mit kleinen Zugeständnissen das große Ganze bestehen zu lassen, scheiterte 2010 aber zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam: »Die Verfolgung und Diskri-

minierung von Homosexuellen findet keine islamische Rechtfertigung. Ein umfassender Diskriminierungsschutz in der Verfassung für alle Menschen ist für das friedliche Zusammenleben in Deutschland notwendig«, verlautbarte der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek.⁵

Als wenig später die Philosophin und Queer- und Gender-Theoretikerin Judith Butler den Zivilcourage-Preis des Berliner CSD e.V. ablehnte, indem sie auf die Komplizenschaft von Teilen der Szene mit außenpolitischer Militarisierung und rassistischer Mobilisierung gegen Muslime im Inland hinwies, geriet die sicher geglaubte Hierarchie der Minderheiten vollends in Unordnung. Seitdem bewegt sich der hegemoniale Diskurs innerhalb queerer, aber auch

feministischer Kreise wieder weg von identitären Konstruktionen (»Wer bin ich?«) hin zu einem »Wo stehe ich?«. Der Fokus auf gesellschaftliche Verortetheit wird es ermöglichen, gemeinsam gegen Diskriminierung vorzugehen, ohne sich in eine »Opfer-Konkurrenz« zu begeben. Es kann nicht darum gehen, Homophobie und Sexismus unter Muslimen unter den Teppich zu kehren oder sich mit Lippenbekenntnissen zufriedenzugeben, die gut in der Presse, aber nicht im Alltag funktionieren. Wir müssen verstehen, wann, wie und vor allem zu welchem Zweck Frauen-, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit zu Argumenten in einem rassistischen Diskurs werden. Die Überwindung von Sexismus und Homophobie kann sinnvoll nur als antirassistischer Kampf geführt werden.



**»Pro Deutschland« versucht
ins Kreuzberger Rathaus zu
kommen - und scheitert.**

30. Juni 2011

¹ Barbara Seid: Seran [sic!] Ateş – eine türkische Alice Schwarzer. In: Klartext. Zeitung der PDS in Friedrichshain-Kreuzberg 4 (2005), Seiten 3–4.

² Dirk Ruder: »Deutschland« soll helfen. Sperrbezirk Autowerkstatt: Zu seinem 20. Geburtstag gab sich der LSVD ein neues Programm. junge Welt Nr. 89, 17./18. April 2010.

³ So etwa in der EMMA Winter 2010: Alice Schwarzer über das Schweizer Minarett-Verbot: Solange wir nicht über das Unbeha-

gen offen reden, schlägt die Stunde der Populisten (www.emma.de/index.php?id=minarett_verbot_schweiz_2009_12_07)

⁴ So zum Beispiel: Schluss mit Diskriminierung und Gewalt. LSVD: Migranten müssen Verhältnis zu Homosexualität klären. LSVD Pressedienst, Info 29/03 vom 18. Juli 2003.

⁵ Zentralrat der Muslime: Zentralrat der Muslime wehrt sich gegen Instrumentalisierung von Muslimen gegen Homosexuelle. Pressemitteilung vom 10. Mai 2010.

**Bundesfamilienministerin
Kristina Schröder (CDU)**



Der Topos »Deutschen- feindlichkeit«

in rechtspopulistischen Diskursen

Yasemin Shooman

Die Autorin ist Historikerin und Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Antimuslimischer Rassismus, Migration und Medienanalyse.

Der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« wurde in den medialen und politischen Debatten des Jahres 2010 aus einem ursprünglich rechtspopulistischen Diskurs in einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs eingespeist, nachdem ihn die Familienministerin Kristina Schröder (CDU) auf ihre politische Agenda gesetzt hat.¹ Anlass war der Bericht von LehrerInnen, wonach an Schulen, die mehrheitlich von Kindern mit sogenanntem Migrationshintergrund besucht werden, ein systematisches Mobbing weißer² deutscher SchülerInnen stattfindet.³ Die Interpretation dieses Phänomens als Ausdruck einer verbreiteten »Deutschenfeindlichkeit« unter insbesondere muslimischen MigrantenInnen und ihren Nachkommen – denen ihr Deutschsein damit implizit abgesprochen wird – wurde von weiten Teilen der Medien unkritisch reproduziert.⁴

Herkunft des Begriffs »Deutschenfeindlichkeit«

Dabei benutzen rechtspopulistische Gruppierungen und Plattformen (wie das Weblog Politically Incorrect) den Topos »Deutschenfeindlichkeit« schon seit Langem, um die »echten« Deutschen als Opfer ihrer türkisch/arabisch/muslimischen Minderheit zu stilisieren und damit ihren Rassismus als eine Art von »Selbstverteidigung« zu legitimieren.⁵ Am Beispiel der Karriere dieses Topos lässt sich zeigen, wie der Rechtspopulismus als Scharnierstelle zwischen dem rechtsextremen und dem demokratischen Spektrum fungiert. Wie der Politikwissenschaftler Oliver Geden hervorhebt, ist der angenommene Komplott von

Eliten und Minderheiten gegen »das Volk« ein Kernbestand rechtspopulistischer Argumentation.⁶ Dieser »Opfermythos« knüpft an eine in rechtsextremen und revisionistischen Kreisen beliebte Argumentationsfigur an, der zufolge die Deutschen in ihrer Geschichte immer wieder Opfer anderer Nationen, ihrer eigenen selbsterstörerischen (linken) Eliten und Minderheiten geworden seien und immer noch werden. Eine solche Selbstinszenierung wird unter den Schlagworten »Anti-Germanismus«⁷, »Deutschenhass«⁸ oder eben auch »Deutschenfeindlichkeit« propagiert. Während diese Begriffe in älteren rechtsextremen und revisionistischen Publikationen verstärkt auf eine historische und außenpolitische Dimension verweisen, erfahren sie in Texten jüngerer Datums eine Bedeutungsverschiebung, die als Reflex auf die Diskussion um Deutschland als Einwanderungsland gelesen werden kann. Zwar heißt es auch schon im Klappentext des Buches »Der ewige Deutschenhaß. Hintermänner und Nutznießer des Antigermanismus«, dass die »deutschfeindliche[n] Kräfte« nicht nur unter den europäischen Nachbarländern auszumachen seien, sondern »auch in unserem eigenen Land [...] der Haß auf das deutsche Volk [wächst], geschürt von linken Intellektuellen, Antifa-Kämpfern und Ausländergruppen«. Dennoch liegt das Hauptaugenmerk des 1992 erschienenen Buches auf der vermeintlichen »Deutschenfeindlichkeit« anderer Nationen, namentlich Frankreich, England, Polen, Russland und Amerika. Seit geraumer Zeit ist eine inhaltliche Verschiebung in der Be-

griffsverwendung auszumachen, denn neuerdings wird der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« in rechtsextremen Kontexten vorrangig auf MigrantInnen – genauer auf Menschen, die als MuslimInnen markiert sind – bezogen. So konstatierte der Landesvorsitzende der NPD in Hessen, Jörg Krebs, im Oktober 2010 beispielsweise: »Und ja, es gibt diesen antideutschen ‚Rassismus‘, diese Deutschenfeindlichkeit unter Ausländern in Deutschland« und monierte, dass dieses Phänomen nicht unter den Volksverhetzungsparagrafen falle.⁹

Gleichsetzung von »Deutschenfeindlichkeit« mit Rassismus

Die Implikation des Begriffs »Deutschenfeindlichkeit« als eine vermeintliche Form des Rassismus wird durch das Anliegen, »Deutschenfeindlichkeit« zum Gegenstand des Volksverhetzungsparagrafen zu machen und damit mit Rassismus und Antisemitismus auf eine Stufe zu stellen, verstärkt. Dieser Viktimisierungsdiskurs eint Rechtsextreme mit Gruppierungen, die nicht offen rechtsextrem agieren, sich also beispielsweise nicht positiv auf das »Dritte Reich« beziehen und auch nicht die Demokratie als politisches System Deutschlands angreifen. Im Februar 2008 brachte die rechtspopulistische Wählervereinigung »Bürger in Wut« eine Petition in den Bundestag ein, um »deutschenfeindliche Äußerungen« als Volksverhetzung ahnden zu lassen. Unterstützt wurde diese Petition von dem Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche, der Ende 2006 aus der CDU ausgetreten ist und im Februar 2008 eine eigene Wählervereinigung gegründet hat, die sich »Bündnis Familie Arbeit Vaterland« nennt. Ein Besuch der Webseite zeigt deren politische Ausrichtung. Dort heißt es zum Staatsbürgerschaftsrecht u.a.: »Wir fordern die Abschaffung des Geburtsortsprinzips und dagegen das Abstammungsprinzip als einzige Möglichkeit des Erwerbs der Staatsbürgerschaft durch Geburt.«¹⁰

Die Forderung nach einer Aufweichung des Volksverhetzungsparagrafen, dessen rechtspolitische Funktion in Deutschland insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung des NS-Massenmordes an Juden sowie Sinti und Roma auf den Schutz von Minoritäten ausgerichtet ist, zieht eine Relativierung und Fehldeutung von Rassismus und Antisemitismus nach sich. So heißt es in der Petition der Wählervereinigung »Bürger in Wut«: »Die pauschale Verunglimpfung von Deutschen ist ebenso eine Form des Rassismus wie das Schüren von Haß gegen Ausländer in unserem Land. Beide Phänomene sind nicht nur gesellschaftlich zu ächten, sondern auch strafrechtlich zu ahnden.«¹¹ Mit Kristina Schröder hat das Bestreben, »Deutschenfeindlichkeit« zu einem Bestandteil des Volkverhetzungsparagrafen zu erheben, eine prominente Verfechterin aus dem demokratischen und damit politisch unverdächtigen Spektrum erhalten.¹² Die Legitimierung des Terminus »Deutschenfeindlichkeit« durch eine Ministerin hat 2010 dazu beigetragen, einen ideo-

logisch aufgeladenen Begriff aus der rechtsextremen und rechtspopulistischen Rhetorik in den etablierten politischen und medialen Diskurs zu überführen. Auf der Webseite der CDU heißt es in diesem Zusammenhang: »Die Bundesfamilienministerin stellt [...] klar, dass zwischen Rechtsextremismus und Deutschenfeindlichkeit nicht zu unterscheiden sei. Schröder: ‚Es gibt keine Fremdenfeindlichkeit erster und zweiter Klasse. Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit müssen mit aller Härte bekämpft werden. Aber auch Deutschenfeindlichkeit ist Fremdenfeindlichkeit, ja Rassismus. Denn hier wird jemand diskriminiert, weil er einer bestimmten Ethnie angehört.‘«¹³

Bei solchen Versuchen, »Deutschenfeindlichkeit« mit Rassismus gleichzusetzen, werden die Machtverhältnisse zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minorisierten ausgeblendet. Denn diese sind keineswegs symmetrisch, sondern hierarchisch strukturiert. Zwar können Angehörige des gesellschaftlich hegemonialen Bevölkerungsteils – in Deutschland also weiße Deutsche – individuelle Ausgrenzungserfahrungen machen, sie sind jedoch weder einem strukturellen Rassismus ausgesetzt, der beispielsweise auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt wirksam ist, noch wird ihre Zugehörigkeit zum Kollektiv der Nation infrage gestellt. Rassismus ist also immer an eine Machtposition gekoppelt.¹⁴ Es kommt für die Einordnung einer Äußerung als rassistische Äußerung deshalb nicht allein darauf an, ob sie dem Inhalt nach gegenüber einer Gruppe abwertend ist, sondern auch, von welcher gesellschaftlichen Position heraus sie artikuliert wird.¹⁵ Der Vorwurf des »umgekehrten Rassismus«, der gegenüber einer von Marginalisierung und rassistischer Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsgruppe erhoben wird – in den USA wird diese Diskussion unter dem Schlagwort »Reverse Racism« in Bezug auf Schwarze geführt – erlaubt eine Dethematisierung der Rassismuserfahrung dieser Gruppe durch eine diskursive Täter-Opfer-Umkehr, im Zuge derer die eigene Machtposition, Diskriminierungspraxis und Privilegien der weißen Mehrheitsgesellschaft ausgeblendet werden.¹⁶ Es erscheint in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich, dass die Debatte über einen vermeintlichen Rassismus gegen weiße Deutsche ausgerechnet von solchen PolitikerInnen angeheizt wurde, die zu dem Rassismus, denen People of Color¹⁷ in Deutschland ausgesetzt sind, bislang geschwiegen haben oder diesen teilweise selbst reproduzieren.

Der Topos »Deutschenfeindlichkeit« im Kontext von antimuslimischem Rassismus

Um zu verstehen, warum der die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verdrehende Topos »Deutschenfeindlichkeit« eine solche Karriere machen konnte, gilt es, den derzeitigen politischen Kontext näher zu betrachten: Viele rechtspopulistische Gruppierungen – nicht nur in Deutschland, sondern europaweit – haben das Feindbild

Islam und den antimuslimischen Rassismus als Modernisierungsstrategie für sich entdeckt¹⁸, da sie inmitten von aufgeheizten Integrations- und Islamdebatten auf die Anschlussfähigkeit ihrer Feindbilder in der breiten Bevölkerung setzen. Die Diskussion des Themas »Deutschenfeindlichkeit an Schulen« fiel zeitlich in die Debatte um das von antimuslimisch-rassistischen Thesen durchzogene Buch des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin. Diese Debatte hat den Diskursraum für Angriffe auf die muslimische Minderheit in Deutschland erweitert. Und so wurde der Vorwurf der »Deutschenfeindlichkeit« auch nicht gegenüber allen MigrantInnen erhoben, sondern vorrangig an als MuslimInnen markierte Menschen adressiert. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der hessischen CDU beispielsweise, Hans-Jürgen Irmer, machte gegenüber der als Sprachrohr der Neuen Rechten geltenden Zeitung Junge Freiheit »den Islam« für die »Deutschenfeindlichkeit« verantwortlich und betonte, diese gehe nur von muslimischen SchülerInnen aus.¹⁹

Auch etablierte Medien stimmten in diese antimuslimische Rhetorik ein.²⁰ Die Debatte um »Deutschenfeindlichkeit« unter MuslimInnen steht also in einem direkten Zusammenhang mit der Artikulation eines antimuslimischen Rassismus, denn die Selbst- und Fremdethnisierung von Angehörigen einer marginalisierten Gruppe wurde nicht als Folge eines sozialen Prozesses (u.a. als Reaktion auf die erlebte Diskriminierung und Zugehörigkeitsverweigerung als Deutsche) gedeutet, sondern zu einem »kulturellen Wesenszug« der problematisierten Gruppe uminterpretiert.

Mit der im Windschatten der Sarrazin-Debatte geführten Diskussion um eine »Deutschenfeindlichkeit« von MuslimInnen ist es gelungen, einen Kampfbegriff der politischen Rechten in einen breiteren medialen und politischen Diskurs zu überführen. Dabei hat er im Kontext der Integrationsdebatte eine Bedeutungsverschiebung erfahren – weg von den überwiegend äußeren Feinden hin zu einem vermeintlichen Feind im Inneren.

¹ Bereits im Wahlkampf zu den Landtagswahlen 2008 ging die hessische CDU mit der Forderung nach einer Abschiebung von »ausländischen Jugendlichen«, die die Mehrheitsbevölkerung als »Scheiß-Deutsche« beschimpfen, auf Stimmenfang. Auch Kristina Schröder, damals Bundestagsabgeordnete, machte die »Deutschenfeindlichkeit« schon 2008 zu ihrem Thema, ohne jedoch auf eine vergleichbare Resonanz zu stoßen wie 2010.

² Der Begriff des Weißseins bezieht sich auf keine biologische, sondern eine soziale und politische Konstruktion, die eine dominante und privilegierte gesellschaftliche Position beschreibt. Genauso betrifft die Bezeichnung »Migrationshintergrund« im öffentlichen Diskurs nicht per se alle MigrantInnen und ihre Nachkommen. Weiße SchweizerInnen oder BelgierInnen dürften beispielsweise selten gemeint sein, wenn von Jugendlichen mit »Migrationshintergrund« die Rede ist. Vgl. zur deutschen Rezeption der Critical Whiteness Studies Eggers, Maureen Maisha et al. (Hg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, Münster 2005.

³ Vgl. den Artikel »Deutschenfeindlichkeit in Schulen. Über die Ursachen einer zunehmenden Tendenz unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen« in der GEW-Zeitschrift *blz* vom November 2009. Die GEW führte am 3. Oktober 2010 eine Veranstaltung unter dem Titel »Der Streit um die sogenannte Deutschenfeindlichkeit« durch, die ein breites mediales Echo fand.

⁴ Vgl. beispielsweise die Artikel »Berliner Ghettos. Wie Araber und Türken deutsche Schüler mobben«, in: *Morgenpost* vom 4. Oktober 2010 oder »Lehrer beklagen Mobbing gegen deutsche Kinder«, in: *Der Tagesspiegel* vom 30.9.2010.

⁵ Vgl. dazu Shooman, Yasemin: *Islamfeindschaft im World Wide Web*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 17 (2008), S. 69-96, hier S. 89 ff..

⁶ Geden, Oliver: *Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien*, Berlin 2007, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik.

⁷ Vgl. beispielsweise das revisionistische Buch »Anti-Germanismus. Eine Streitschrift zu Dachau und Auschwitz«, hrsg. v. Gert Sudholt, Berg 1986.

⁸ Vgl. beispielsweise das Buch »Der ewige Deutschenhass. Hintermänner und Nutznießer des Antigermanismus« des rechtsextremen Historikers Gustav Sichelshmidt, Kiel 1992.

⁹ www.npd-hessen.de/index.php/menue/24/thema/939/id/2161/anzeigemonat/10/anzeigjahr/2010/infotext/Deutschenfeindlichkeit-Tuerkische_Messerstecher_greifen_Mutter_und_Sohn_in_Frankfurt_an/Aktuelles.html

¹⁰ www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/buendnis/dafuer-stehen-wir/10-punkte.html

¹¹ www.epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=595

¹² Vgl. Interview mit Kristina Schröder im *Focus* vom 18.10.2010.

¹³ www.cdu.de/archiv/2370_31685.htm.

¹⁴ Der Machtaspekt ist ein wesentlicher Bestandteil der Definition von Rassismus, weshalb Rassismus mehr umfasst als ein Konglomerat von Vorurteilen. Vgl. dazu ausführlich Rätzkel, Nora (Hg.): *Theorien über Rassismus*, Hamburg 2000.

¹⁵ Dies soll nicht in Abrede stellen, dass es Mobbingvorfälle an Schulen gegenüber weißen deutschen Kindern gibt und dass diese eine verletzende Erfahrung darstellen. Es handelt sich dabei aber nicht um Rassismuserfahrungen.

¹⁶ Vgl. dazu Wachendorfer, Ursula: *Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität*, in: Arndt, Susan (Hg.): *AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*, Münster 2001.

¹⁷ Der Begriff *People of Color* stammt aus den USA und dient der Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismuserfahrungen machen.

¹⁸ Vgl. exemplarisch für Deutschland Alexander Häusler (Hg.): *Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008 und für Österreich Hafez, Farid: *Islamophober Populismus*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wien 2010.

¹⁹ Vgl. *Deutschenfeindlichkeit: CDU-Politiker Irmer macht Islam verantwortlich*, in: *Junge Freiheit* vom 13.10.2010.

²⁰ Vgl. beispielsweise den Artikel »Das Gift der muslimischen Intoleranz« von Regina Mönch in der *FAZ* vom 4.10.2010 sowie das Interview mit Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister von Neukölln »Das ist ein kulturell muslimisches Problem«, in: *Der Tagesspiegel* vom 6.10.2010.

Was ist eigentlich Rassismus?

Dr. Hendrik Cremer

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin.

Die Diskussion zu Aussagen von Thilo Sarrazin zeigt: Es wird Zeit, in Deutschland eine Debatte über das Verständnis von Rassismus im 21. Jahrhundert zu führen. »Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« – so heisst der Titel eines Buches von Thilo Sarrazin, das in Deutschland im August 2010 im renommierten DVA-Verlag erschienen ist. Die Präsentation des Buches erfolgte in einer live vom Fernsehen übertragenen Pressekonferenz, der zahlreiche Auftritte in Talkshows und Interviews mit Sarrazin folgten. Bereits vor der Präsentation des Buches hatten das Nachrichtenmagazin Spiegel und die Bild-Zeitung exklusiv Auszüge aus dem Buch veröffentlicht und Sarrazin dabei als »Realo-Politiker« und Provokateur präsentiert, der bestehende Tabus breche – insbesondere in der deutschen Integrations- und Zuwanderungspolitik. Sarrazin, seit über dreissig Jahren in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, war zu dieser Zeit Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank und damit Inhaber eines hohen öffentlichen Amtes. Auch zuvor hatte er – etwa als Finanzsenator von Berlin – öffentliche Ämter in Deutschland inne.

»Wir« und die »Anderen«

Sarrazin hat sich zur Aufgabe gemacht, die Gesellschaft in Deutschland nach dem Muster »Wir« und die »Anderen« zu unterteilen. Innerhalb der »Anderen« bildet er weitere Untergruppen wie »Türken«, »Araber« oder wahlweise »muslimische Migranten«, deren Mitgliedern er in verall-

gemeinernder und herabwürdigender Weise bestimmte negative Eigenschaften zuschreibt. Dabei gehen Sarrazins Aussagen einher mit Thesen zur »genetischen Identität« eines Volkes, in denen er die Vererbung von Eigenschaften – insbesondere von Intelligenz – mit der »Kultur« von Menschen in einen Zusammenhang setzt.

Sarrazin nimmt in seinen Thesen unter anderem Bezug auf Francis Galton (1822–1911), den er als »Vater der frühen Intelligenzforschung« bezeichnet. Dass Francis Galton als Begründer der modernen Eugenik gilt und rassistische Vererbungslehren vertreten hat, bleibt in seinem Buch hingegen unerwähnt. Den Vorwurf rassistischer Denkstrukturen weist Sarrazin stets von sich. Zugleich greift er zu einem Stilmittel, das bei der Verbreitung solchen Gedankenguts nicht unüblich ist. Er beklagt die Mauern der politischen Korrektheit, um gleichzeitig rassistische Verbalattacken vorzunehmen. Zudem enthalten seine Aussagen diffuse, polemische und faktisch falsche Ausführungen zur gegenwärtigen Einwanderungspolitik in Deutschland. Dabei zeichnet er ein Bild, als ob Zuwanderung nach Deutschland keiner Steuerung unterliege, sodass Menschen einfach nach Deutschland einwandern und hier Sozialleistungen beziehen könnten. Dies ist aber mitnichten der Fall.

Die Ausführungen Sarrazins sind nicht nur gekennzeichnet durch mangelnde Sachlichkeit. Sarrazin manipuliert den Leser, etwa dann, wenn er Diskriminierung im Bil-

dungssystem und im Bereich der Beschäftigung einfach leugnet. Ausserdem greift er beliebig auf Statistiken zurück, die er so einsetzt, dass sie seiner Weltsicht entsprechen. Andere Interpretationsmöglichkeiten ignoriert er. Datenerhebungen oder Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, die zu seiner eigenen Wirklichkeit nicht passen, finden keine Erwähnung.

Reaktionen auf Sarrazins Buch

Nach der Veröffentlichung des Buches wurden Sarrazin und seine Thesen wochenlang zum Topthema in der deutschen Medienlandschaft. Nicht wenige Kommentatoren haben seine Diffamierungen zwar verurteilt, kamen aber zum Schluss, dass Sarrazin im Kern die eigentlichen Probleme anspreche. Damit spielten sie der Dramaturgie von Sarrazins Auftritt als Provokateur und Tabubrecher direkt in die Hände: Die Reaktionen, die er ausgelöst hat, richteten sich vor allem gegen den Ton und die Schärfe seiner Äusserungen.

Dabei negiert Sarrazin in seinen Ausführungen und Grundaussagen fundamentale Prinzipien des Deutschen Grundgesetzes und der universell gültigen Menschenrechte: Dem Deutschen Grundgesetz und der Kodifizierung universell gültiger Menschenrechte nach 1945 liegt die Erkenntnis zugrunde, dass alle Menschen in ihren Rechten und in ihrer Würde gleich geboren sind. Wesentliche Forderungen Sarrazins nach Rechtsänderungen, die er im Bereich der Zuwanderungspolitik erhoben hat, liegen jenseits des menschenrechtlich Zulässigen und des unveränderbaren Kerns des Grundgesetzes.¹ Dass Sarrazin ein Menschenbild präsentiert, das mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten als Fundament der deutschen Gesellschaftsordnung nicht in Einklang zu bringen ist und zudem politische Forderungen erhebt, die zuvor allein rechtsextremen Parteien zugeordnet wurden, fand in der Debatte nur teilweise Berücksichtigung.

Einige Medien und Kommentatoren sahen sogar in geäußelter Kritik an Sarrazins Thesen die Meinungsfreiheit in Frage gestellt. Diese Stoßrichtung der Debatte bezog sich unter anderem auf die Bundeskanzlerin, die Äusserungen Sarrazins als schlichte und dumme Pauschalurteile gebrandmarkt hat, die äusserst verletzend und diffamierend seien.

Die Sarrazin-Debatte hat deutliche Spuren und Wirkungen im öffentlichen und politischen Raum hinterlassen. Dazu gehört auch, dass einzelne staatliche Akteure im politischen Raum immer wieder die Stigmatisierung von Muslimen in Deutschland betreiben.² Dabei stehen Stereotypisierungen und Stigmatisierungen von Menschengruppen auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit, Kultur oder nationalen Herkunft durch den Staat und seine Repräsentanten im Widerspruch zu den menschen-

rechtlichen Verpflichtungen Deutschlands. Insbesondere als Vertragsstaat der UN-Anti-Rassismus-Konvention ist Deutschland Verpflichtungen eingegangen, welche die staatliche Gewalt umfassend binden. Zudem enthält die Konvention Verpflichtungen, Rassismus im politischen Raum und im öffentlichen Leben entgegenzutreten. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass einmalige Bekenntnisse zu den Menschenrechten nicht ausreichen, diese müssen vielmehr gelebt, praktiziert und verteidigt werden. Welche Ausmaße Diskriminierung und Rassismus in einer Gesellschaft annehmen, ist letztendlich von den Überzeugungen und Einstellungen ihrer Mitglieder abhängig. Dabei kommt der Politik, dem Staat und seinen Institutionen eine wichtige Funktion zu, indem sie Massstäbe setzen.

Die Erweiterung des Verständnisses von Rassismus ist nötig

Die Erfahrungen der Sarrazin-Debatte sollten vor diesem Hintergrund zum Anlass genommen werden, eine möglichst breite und zugleich sachliche Diskussion über das Verständnis von Rassismus im 21. Jahrhundert zu führen. Die Sarrazin-Debatte hat schliesslich deutlich gezeigt, dass in Deutschland ein zu enges Verständnis von Rassismus vorherrscht. So werden in Deutschland mit dem Begriff »Rassismus« oft die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus assoziiert. Von Rassismus ist häufig nur dann die Rede, wenn es um politisch organisierten Rechtsextremismus geht. Ein solch enges Verständnis von Rassismus wurde in den vergangenen Jahren gleich von mehreren internationalen Fachgremien zur Bekämpfung von Rassismus kritisiert. Der UN-Ausschuss gegen Rassismus, der die Umsetzung der UN-Anti-Rassismus-Konvention überprüft, hat Deutschland im Jahr 2008 empfohlen, den Rassismusbegriff und den Ansatz in der Bekämpfung von Rassismus zu erweitern. Gleiches hat die Europarat-Kommission gegen Rassismus im Jahre 2009 ebenso angemahnt wie der UN-Sonderberichterstatter gegen Rassismus in seinem im Juni 2010 im UN-Menschenrechtsrat vorgestellten Bericht über Deutschland.

Gewiss sind Stereotypisierungen, Ausgrenzungen und Diskriminierungen, die in demokratischen Gesellschaften existieren, nicht mit den systematischen und monströsen Verbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus gleichzusetzen. Ein Verständnis von Rassismus, das sich auf politisch organisierten Rechtsextremismus beschränkt, blendet jedoch den Stand der Wissenschaft und der internationalen und europäischen Debatte aus. Hier lässt sich bereits seit einiger Zeit eine Erweiterung im Verständnis von Rassismus ausmachen. Immerhin gibt es auf der politischen Ebene erste Anzeichen in diese Richtung. So hat etwa die Bundesregierung in ihrem Aktionsplan gegen Rassismus von Oktober 2008 anerkannt, dass sich auch jenseits des rechtsextremistischen Lagers rassistische Ressentiments

und Stereotype finden und dass sich die Bekämpfung von Rassismus nicht in der Bekämpfung des Rechtsextremismus erschöpft, sondern auf die Gesellschaft insgesamt beziehen muss.

Rassismus ist im 21. Jahrhundert oft kulturalistisch begründet

Rassismus setzt kein Gedankengut voraus, das auf biologistischen Theorien von Abstammung und Vererbung basiert. Es ist erst recht nicht erforderlich, dass Menschen dabei begrifflich nach unterschiedlichen »Rassen« eingeteilt werden. Rassistische Argumentationsmuster der Gegenwart verlaufen – wenn man so will – häufig versteckter. Typischerweise basieren sie auf Zuschreibungen auf Grund unterschiedlicher »Kulturen«, »Nationen«, »Ethnien« oder Religionszugehörigkeit. Kennzeichnend für Rassismus ist die Konstruktion von Gruppen, nach der in »Wir« und die »Anderen« unterteilt wird. Es handelt sich um Konstruktionen, weil vermeintlich homogene Gruppen gebildet werden, deren individuellen Mitgliedern pauschal bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Die Konsequenz solcher Zuschreibungen ist damit auch, dass die jeweiligen Menschengruppen sozusagen in ihnen »gefangen« gehalten und nicht mehr als Individuen wahrgenommen werden. Solche Kategorisierungen von Menschen erreichen jedenfalls dann rassistische Dimensionen, wenn sie mit Hierarchisierungen oder Abwertungen einzelner Gruppen einhergehen.

Häufig wird Rassismus der Gegenwart kulturalistisch begründet. In Sarrazins Aussagen lassen sich sowohl kulturalistische als auch biologistische Argumentationsmuster finden.

Dennoch wird die Dimension von Sarrazins Thesen in der deutschen Öffentlichkeit bis heute allzu oft verkannt. Um die rassistischen Inhalte seiner Aussagen zu kaschieren und dem Vorwurf von Rassismus vorzubeugen, hat er in Interviews regelmässig hervorgehoben, dass er ja nicht von »Rassen« oder »Ethnien« spreche, sondern auf die »Kultur« von Menschen Bezug nehme. Dabei nimmt Sarrazin mit seinen biologistischen Thesen sogar Rückgriff auf ein Gedankengut, welches die geistige Grundlage des Nationalsozialismus bildete: die Kategorisierung und

Hierarchisierung von Menschengruppen (»Rassen«) nach pseudowissenschaftlichen Kriterien. Nur damit lässt sich auch erklären, dass sich der wegen seiner antimuslimischen Rhetorik über die Landesgrenzen hinaus bekannte Niederländer Geert Wilders in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Spiegel im November 2010 deutlich von den biologistischen Thesen Sarrazins distanziert hat.

Sarrazin, ein Rassist?

Nicht wenigen Kommentatoren in Deutschland bereitet die Einordnung von Sarrazins öffentlichen Aussagen in Interviews oder seinem Buch Schwierigkeiten. Sind seine Aussagen nun rassistisch oder nicht? Antworten darauf wurden teilweise bei ihm selbst gesucht: »Herr Sarrazin, sind Sie ein Rassist?« Diese Vorgehensweise führt indes nicht weiter. Bei der Frage, ob Aussagen rassistisch sind, kann es grundsätzlich nicht darum gehen, ob derjenige, der sie äussert, sich selbst als Rassist bezeichnet. Diese Frage ist im Grunde unbedeutend. Insbesondere dann, wenn der Inhalt der Aussagen klar dokumentiert ist und nicht in Frage steht. Die deutsche rechtsextreme Partei Republikaner hat sich Sarrazins Thesen jedenfalls zu Eigen gemacht und einen entsprechenden Slogan (»Ich bin ein Sarraziner«) herausgegeben.

Die Sarrazin-Debatte hat besonders deutlich gezeigt, dass Regierung und Parlament gefordert sind, Ausgrenzung und Diskriminierung aktiv entgegenzutreten, um den Schutz vor Diskriminierung als fundamentalen Grundsatz unserer Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Auch den Medien kommt hier eine wichtige Aufklärungs- und Kontrollfunktion zu, der sie durch Reflexion der eigenen Rolle in der Debatte und durch faktengetreue, faire und kritische Berichterstattung gerecht werden können. Ausserdem können und sollten sich Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften klar gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aussprechen. Nur auf diese Weise kann der durch die Sarrazin-Debatte verschobene Rahmen der öffentlichen Debatte um Integration und Zuwanderung wieder nachhaltig auf sein menschenrechtliches und verfassungsrechtliches Fundament zurückgeführt werden.

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in TANGRAM – Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, Nummer 27, Juni 2011

¹ Siehe dazu genauer www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/presse/stellungnahmen/stellungnahmemenschenrechte-muessen-grundlage-der-debatte-um-integration-und-zuwanderung-sein.html

² Siehe dazu auch www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Stellungnahmen/stellungnahme_zu_aussagen_v_thilo_sarrazin_02_09_2010.pdf

ehrt sich assist_innen!

Berlin verteidigt sich gegen Rechtspopulisten.

lders in Berlin oder anderswo!

lockieren! (Achtet auf aktuelle Informationslage)

oli-Event" von „Pro Deutschland“.
eidplatz ab 14:00 Uhr.

... ungewissen Zukunft
... politischen Bestrebungen
... die Markt einbringen
... und mehr
... und mehr

... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage

**Dienstag,
26. September
11:00 Verdi-Haus**

Informationen zu den
Friedensbewegungen in den
Protesten

18:30 Festival Kreuzberg
Informationen zur
Informationsveranstaltung
zum aktuellen Stand

... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage

... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage
... der Wirtschaftslage



**Geert Wilders und René Stadtkewitz
im »Hotel Berlin«**
2. Oktober 2010



Rechts-populär

Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Argumenten

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

»Wenn wir jetzt aufgeben, dann kommen wir nirgendwo mehr rein.« Mit diesen Worten von Lars Seidensticker, Bundesgeschäftsführer und Berliner Landesvorsitzender von Pro Deutschland, endete im Juni 2011 der Versuch, eine Veranstaltung im Rathaus Kreuzberg abzuhalten. Der Versuch scheiterte, weil der Zugang zum Rathaus von mehreren hundert Menschen versperrt wurde, die durch ein breites Bündnis aus Politik, Initiativen des Bezirks und antifaschistischen Gruppen mobilisiert wurden. »Schon heute die Pogrome von Morgen verhindern« war auf einem der Transparente zu lesen. Die kleine Gruppe um den Bundesvorsitzenden Manfred Rouhs und Lars Seidensticker musste unverrichteter Dinge wieder abziehen. Damit war gelungen, was bislang in Berlin nie gelingen wollte: Den Rechtspopulisten die Möglichkeit zu nehmen, bezirkliche Räume für ihre Inszenierung zu nutzen.

Auch »Die Freiheit«, die andere rechtspopulistische Partei, die derzeit in Berlin zur Wahl antritt musste bereits die Erfahrung machen, dass ihnen Räume wieder abgesagt wurden, weil der zivilgesellschaftliche Druck zu groß war. Daher scheint sich diese Partei derzeit auf die Planung einer Großveranstaltung mit Geert Wilders in der heißen Phase des Wahlkampfes zu fokussieren. Damit versuchen sie an ihren bislang größten medialen Erfolg anzuknüpfen:

Anfang Oktober 2010 gab die Partei sogar noch vor ihrer offiziellen Gründung am 28. Oktober mit einer Rednerveranstaltung im »Hotel Berlin« ihren Einstand. Geladen war der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, gekommen waren über 500 Zuhörer/innen, die meisten von ihnen »weiße Männer, mittleren Alters« geprägt von »Verängstigung und Orientierungslosigkeit«¹.

Das Feld des Rechtspopulismus ist schnelllebig. Denn gerade die emotionale Unmittelbarkeit der schnellen und bündigen Antworten auf tatsächliche oder vermeintliche

Probleme, die derlei Parteien ausmacht, bringt es mit sich, dass es auch schnell vorbei sein kann, wenn sich die Erregung nicht in Politik umsetzen lässt.

Dennoch bleibt das Phänomen des Rechtspopulismus Herausforderung und Prüfstein praktizierter Demokratie, mögen die entsprechenden Parteien auch wechseln, fusionieren, vergehen und wiederauferstehen. Konkret stellt sich im Hinblick auf die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2011 die Frage: Wie umgehen mit rechtspopulistischen Organisationen, Veranstaltungen und Argumentationsweisen?

Dabei unterstreicht der Überraschungserfolg der Schill-Partei 2001 in Hamburg oder der Einzug von »Pro Köln« in den Stadtrat 2004 die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Strategien und Inhalten der rechtspopulistischen Parteien.

Treffend beschreiben

Das Startkapital der rechtspopulistischen Akteure ist nicht zuletzt die Handlungsunsicherheit auf Seiten der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese beginnt schon bei der Frage,

mit wem man es eigentlich zu tun hat. Dabei äußert sich diese Überforderung durchaus verschieden. Auf der einen Seite werden Personen wie Geert Wilders oder Thilo Sarrazin als »unbequeme« Diskutanten der sogenannten Integrationsdebatte missverstanden. Der von ihnen propagierte Rassismus wird nicht als wesentlicher Kern sondern als schlecht getroffener Ton in einer notwendigen Debatte begriffen. Auf der anderen Seite werden rechtspopulistische Akteure oftmals mit einem ungenügenden Analyse- und Begriffsrepertoire versucht zu fassen, das am organisierten Rechtsextremismus gewonnen wurde – eine

Stigmatisierung als »Neonazis« trifft das Problem nicht. Es geht also darum, inhaltlich wie praktisch einen Modus der Kritik zu entwickeln, der weder verharmlosend wirkt, noch die Unterschiede zwischen Parteien wie der NPD und den rechtspopulistischen Organisationen verwischt. Parteien wie »Pro Deutschland« oder »Die Freiheit«, Politiker wie Manfred Rouhs oder René Stadtkewitz sprechen eine Klientel an, die zwischen dem Rechtsextremismus und dem etablierten Konservatismus steht. Damit erfüllen sie eine Brückenfunktion, die sowohl personeller wie inhaltlicher Natur ist.

Des Weiteren stellen diese Parteien in wesentlich stärkerem Maße einen Indikator verschiedener Krisen dar als dies beispielsweise die NPD tut. Die Krise der Repräsentation, deren Auswirkungen alle etablierten Parteien spüren, fällt zusammen mit den Maßnahmen der Krisenpolitik, die von eben jenen etablierten Parteien in Stellung gebracht wurden: das Aufbauen von Bedrohungen durch »den Islam«, die Verschärfung von Überwachung und Sicherheitspolitik und die zunehmende Verschärfung der Sozialpolitik. Die damit einhergehenden Ängste und Unsicherheiten greifen die Rechtspopulist/innen auf und versuchen, diese mit unmittelbaren und autoritären Forderungen zu binden.

Begreifen und kritisieren lässt sich diese Strömung nur, wenn diese Funktionen verstanden und auch begrifflich reflektiert werden, ohne dadurch den wesentlichen Rassismus zu verharmlosen oder die Auseinandersetzung durch die einfache Beschreibung als »Neonazis« zu verkürzen. Wird die Diskussion jedoch unter dem Begriff des Rechtsextremismus geführt, erschwert dies die notwendige Debatte um den gesellschaftlich wirkmächtigen Rassismus, der auch in der Mitte der Gesellschaft ein ernsthaftes Problem darstellt.

Eigene Begriffe setzen

Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung ist es außerdem wichtig, selbst die Begriffe zu bestimmen, mit denen über Rechtspopulismus diskutiert wird. Dies gilt konkret sowohl für die Themen des Rechtspopulismus als auch für die Organisationen: Zunächst ist es wichtig, nicht einfach die Selbstinszenierung als »Bürgerbewegung« zu übernehmen sondern immer wieder darauf hinzuweisen, dass man es bspw. bei »Pro Deutschland« mitnichten mit einer Bürgerbewegung zu tun hat sondern mit einer Partei. Sie entspricht genau jenen Bestimmungen, die sie vorgibt bei den »etablierten« Parteien anzuprangern: zentralistisch, bürokratisch und hierarchisch auf wenige Führungspersonen zugeschnitten.

Wie oben angedeutet, muss außerdem deutlich gemacht werden, dass der Einsatz von Parteien wie »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« unter anderem für härtere Strafen und mehr Überwachung so wenig einen substanziellen

Beitrag zur Sicherheit der Bürger/innen leistet, wie die rassistische Stigmatisierung dazu beiträgt, Integration – also die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant/innen – zu befördern.

Anstatt die Auseinandersetzung um diese Fragen als Reflex auf die von Rechtspopulist/innen geschürte Angst vor »Überfremdung« und vermeintlicher »ausländischer Kriminalität« zu führen, gilt es, eine konkrete und nachvollziehbare Perspektive einzunehmen, die an Menschenrechten und Solidarität orientiert ist. »Es muss darum gehen, rechtliche und politische Strukturen zu schaffen, die es Migrant/innen ermöglichen, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten« heißt es in dem Aufruf »Demokratie statt Integration«, der von namhaften Politiker/innen und Forscher/innen unterzeichnet wurde.

Der Tatsache, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben, muss in den Repräsentanzverhältnissen in Medien, Politik, Kultur, Verwaltung und Zivilgesellschaft Rechnung getragen werden. Der Umdeutung sozialer Probleme in kulturelle Probleme kann also begegnet werden, indem ein modernes Kulturverständnis gefördert und gelebt wird, das eine Spaltung der Menschen in dieser Gesellschaft in »Fremde« und »Deutsche« nicht zulässt.

Auch für Politik und Verwaltung gilt, dass demokratische Haltung auch die Parteinahme für Minderheiten in konkreten Konflikten bedeutet. Die Erfahrungen aus Köln und Nordrhein-Westfalen aber auch aus Berlin zeigen, dass es für die erfolgreiche Inszenierung rechtspopulistischer Parteien meist eines lokalen Anlasses bedarf, an dem sich die nötige emotionale Erregung entfachen lässt. Dafür eignen sich Moscheebauvorhaben wie in Pankow-Heinersdorf 2006 ebenso wie Straßenumbenennungen oder die Errichtung eines Flüchtlingsheims.

Handeln

Ein wichtiges Signal ist zum Beispiel der im Juni 2011 erarbeitete »Berliner Konsens«. Darin erklären alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien: »Im Wahlkampf werden wir gemeinsam Rassismus, Populismus und Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen und gegen die diskriminierenden Positionen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien Stellung beziehen.« Ebenfalls ermutigen sie die Bürgerinnen und Bürger, rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien im Alltag und an der Wahlurne eine Absage zu erteilen.

Hierzu gehört auch die Ermutigung zu und Ermöglichung von zivilgesellschaftlichem Protest gegen rechtspopulistische Veranstaltungen. Die Haltung, die das Bezirksamt Kreuzberg, die Bezirksverordnetenversammlung und der Kreuzberger Bürgermeister Franz Schulz im Umgang mit »Pro Deutschland« gezeigt haben, ist hier beispielhaft. Ebenfalls bemerkenswert an dieser Veranstaltung ist, dass mit dem Protest gegen Rechtspopulismus auch die Forde-

rung nach kommunalem Wahlrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft verbunden wurde.

Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, einen Umgang mit rechtspopulistischen Veranstaltungen zu finden, der die zivilgesellschaftlichen Ressourcen schont und an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientiert ist: Die von »Pro Deutschland« im Oktober 2010 gegen eine ohnehin abgesagte Veranstaltung in einer Neuköllner Moschee abgehaltene Mahnwache beispielsweise legte allein durch die spärliche Teilnahme von einzig sieben Demonstrant/innen ein besseres Zeugnis ab, als dies eine aufwändige zivilgesellschaftliche Mobilisierung vermocht hätte.

Ebenso können Hotels und Tagungshäuser im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Durchführung von rechtspopulistischen Parteiversammlungen untersagen oder die Unterbringung von Funktionär/innen verweigern, auch die Kölner Post, die sich weigerte 300.000 Postwurfsendungen von »Pro Köln« auszuliefern, kann hier als Vorbild demokratischer Haltung angeführt werden.

In lokalen Konflikten gilt es, den Betroffenen Unterstützung zu signalisieren und der Ethnisierung von Konflikten schnell und sachlich zu begegnen. Dass beispielweise Gewaltphänomene, insbesondere die Gewalt junger Männer, wenig mit der Herkunft der Eltern und Großeltern, viel jedoch mit sozialer Deklassierung und alltäglichen Ausgrenzungserfahrungen zu tun haben, lässt sich ohne großen Aufwand verständlich machen. Soziale Verhältnisse als veränderbar darzustellen und den Menschen eine Teilhabe an dieser Veränderung zu ermöglichen sind die Maßgaben lokaler Politik, die der Gefahr ethnisierten Konflikte langfristig begegnen möchte.

Anerkennung der Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet auch die Anerkennung und Aufarbeitung der Migrationsgeschichte, wie dies zum Beispiel im Neuköllner »Denkmal der Migration« zum Ausdruck gebracht wird, welches gemeinsam von Ausbildungsprojekten, Migrant/innenselbstorganisationen, Jugendeinrichtungen und dem Migrationsbeirat entworfen wurde.

Daran angelehnt empfehlen sich auch bezirkliche Werkstattgespräche, in denen Bürger/innen mit und ohne Migrationsgeschichte zusammen mit Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung Probleme adressieren und nach gemeinsamen Lösungsmodellen suchen. Hier könnte auch der so oft beschworenen »Politikverdrossenheit« begegnet werden: politische Prozesse müssen durch Teilhabe erfahrbar gemacht werden. Je besser gewappnet die Parteien in den Wahlkampf gehen, desto geringer sind die Einfallstore und Argumentationslücken für Rechtspopu-

listen. Der Umgang mit rechtspopulistischen Infoständen und den damit verbundenen Argumenten kann eingeübt, die Mitglieder der Parteien können vorbereitet werden, ebenso können themenbezogene Informationsbroschüren rechtspopulistischen Initiativen den argumentativen Wind aus den Segeln nehmen.

Auch die Aufklärung über Geschichte und Vernetzung der rechtspopulistischen Parteien kann dazu beitragen, die Maskerade der lokal angebandenen und aufrichtig empörten »Bürgerbewegung« zu enttarnen.

So wichtig wie die eindeutige und öffentliche Positionierung gegen rechtspopulistische Veranstaltungen, Parteitage und Aktionen ist, so nötig ist das selbstbewusste Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft, Teilhabe und Solidarität, um auch langfristig gegen Rechtspopulismus und Rassismus wirken zu können. Denn auch nach der Wahl wird es Vorstöße geben, gesellschaftliche Debatten rassistisch zuzuspitzen. Dagegen ist nur gewappnet, wer Antirassismus zu den Grundlagen demokratischer Politik zählt und rassistischer Stimmungsmache auch im eigenen Bezirk, im eigenen Alltag und in der eigenen Partei eine klare Absage erteilt.

Ein Beispiel, wie ein selbstbewusstes Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft und zu den Berliner/innen mit Migrationshintergrund aussehen könnte, lieferte ausgerechnet die Boulevardzeitung BZ: Diese wartete anlässlich des EM-Qualifikationsspieles zwischen Deutschland und der Türkei im Oktober 2010 mit einem überraschenden Titel auf: Zweigeteilt lautete die obere Hälfte der Titelseite: »Heute schießen wir den Halbmond voll«, während auf der unteren Seite der Titel prangte: »Heute rupfen wir den Adler«. In der Mitte war zu lesen: »Deutschland – Türkei. Der Sieger steht schon fest: Berlin«.

Mit diesem Titel ist mehr ausgedrückt als in vielen Willensbekundungen, die zu Toleranz aufrufen. Er drückt Anerkennung aus: Anerkennung einer Realität der Zuwanderung und Anerkennung der Erfahrungswelt von Berlinerinnen und Berlinern mit türkischem Migrationshintergrund. Rechtspopulismus und Rassismus werden solange eine immer wiederkehrende Bedrohung sein, wie diese Bedrohung nicht als das erkannt wird, was sie ist: Symptom einer Gesellschaft, in der Anerkennung und Teilhabe noch einen exklusiven Charakter haben. Gelebte Demokratie, der Mut zur Veränderung und die Solidarität mit den betroffenen Menschen sind die Voraussetzungen, diese Exklusivität zu überwinden.

³ S. Rennefanz, Berliner Zeitung v. 4.10.2010.

Handlungs- optionen entwickeln

Praktischer Ansatz des Bündnisses »Rechtspopulismus stoppen«

Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«

Wie alles begann

Das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« gründete sich im Juni 2010 aus einem konkreten Anlass – die rechte Organisation »Pro Deutschland« mobilisierte zu einem Parteitag im Rathaus Schöneberg. Bis dato waren nur Ableger in Nordrhein-Westfalen und Köln bekannt, die es dort vereinzelt in die Kommunalparlamente geschafft hatten.

Das Auftreten in Berlin mit dem Fokus auf die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 machte zunächst eine breite Aufklärungskampagne gegen »Pro Deutschland« nötig. Aufklärung, um was für eine Organisation es sich bei dieser angeblichen »Bürgerbewegung« handelt, dass ihre politische Programmatik fast ausschließlich von rassistischen Inhalten geprägt ist und warum es wichtig ist, dem »Pro Deutschland«-Parteitag gerade in einer öffentlichen Einrichtung wie dem Rathaus entgegenzutreten.

Dem Aufruf ein Bündnis zu initiieren, folgten viele Organisationen¹ und die Protestaktion gegen den Parteitag wurde ein großer Erfolg. Dieser definierte sich nicht nur anhand der Anzahl der Protestierenden an jenem Tag, sondern auch über das breite Medienecho das erzeugt wurde.

Der Name ist kein Titel – sondern Aufforderung

Das Bündnis setzte nach dieser Protestaktion seine Arbeit fort. Der Name des Bündnisses »Rechtspopulismus stoppen« sollte kein einmaliger Aktionstitel sein, zumal der Parteitag von »Pro Deutschland« nur der Auftakt für ihren Berliner Wahlkampf war.

Parallel sorgte die sog. Sarrazin-Debatte in der zweiten Jahreshälfte 2010 für die breite Etablierung von anti-muslimischem Rassismus. Auch hiergegen intervenierten wir frühzeitig bei der Vorstellung des Kassenschlagers »Deutschland schafft sich ab« Ende August 2010. Im September 2010 gründete sich zudem eine weitere rechtspopulistische Partei: »Die Freiheit« um das damalige Pankower CDU-Mitglied René Stadtkewitz. Dieser sitzt aktuell im Abgeordnetenhaus und wurde aufgrund seiner islamfeindlichen Aktivitäten aus der CDU ausgeschlossen. Seit dem Gründungsakt der »Freiheit« begleiteten wir auch diese aktiv.

Im Oktober 2010 verabschiedete das Bündnis sein Selbstverständnis, in dem die Leitlinien der gemeinsamen Politik zusammengefasst wurden. Darin heißt es: »Das Bündnis hat das Ziel, zur Aufklärung über wirkliche Ziele und Inhalte rechtspopulistischer Parteien bzw. Organisationen beizutragen, gegen deren Aktivitäten in Berlin zu mobilisieren und die Wahlergebnisse für die rechtspopulistische, rassistische Organisation »Pro Deutschland« und ihren Ableger in Berlin bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und für alle Berliner Bezirksverordnetenversammlungen auf ein Minimum einzuschränken.«

Als rechtspopulistische Organisationen im Sinne des Selbstverständnisses sind solche zu verstehen, deren politische Agenda von nationalpopulistischen und sozialchauvinistischen Inhalten bestimmt ist. Dieser Anspruch und die Notwendigkeit die Begriffe ordentlich zu definieren,

machten eine weitergehende Auseinandersetzung nötig. Rechtspopulistische Inhalte finden sich gerade nicht nur bei kleineren Organisationen wie »Pro Deutschland« oder der »Freiheit« wieder, deren rechte Ausrichtung nicht schwer zu erraten ist. Rechtspopulismus ist vielmehr ein gesellschaftliches Problem, das in nahezu jeder der demokratischen Parteien oder Gewerkschaften Berührungspunkte findet – bei manchen mehr bei anderen weniger. Sei es, dass gegen eine vermeintliche »Deutschenfeindlichkeit« gewettert wird, dass die sog. Integration von MigrantInnen in bestimmten Bezirken misslungen sei, dass HartzIV-Empfänger alle Sozialschmarotzer sind... Es gibt einen breit getragenen rassistischen und sozialchauvinistischen Konsens, bei dem die klassischen rechtspopulistischen Organisationen nur einen kleinen Teil des Problems ausmachen. Dass Sarrazin in der SPD war und bleibt, hohe Reputation in Politik und Partei genießt und seine Thesen breit rezipiert werden, ist kein zufälliger Ausrutscher sondern Ausdruck einer Gesellschaft, die es regelmäßig verpasst Solidarität statt Ausgrenzung zu praktizieren. Die weitaus größere Aufgabe für uns ist es deshalb gesellschaftlich zu wirken.

Der Protest gegen rechtspopulistische Organisationen wie »Pro Deutschland« oder »die Freiheit« soll diese nicht nur konkret in ihrer Außenwirkung schwächen. Vielmehr wollen wir als Bündnis die Agitation gegen Rechtspopulisten nutzen um inhaltliche Beiträge gegen Rassismus und soziale Diskriminierung in die breitere Öffentlichkeit zu tragen. Die Aufforderung an gesellschaftliche Kräfte eindeutig Stellung gegen Rechtspopulisten und deren Inhalte zu nehmen, sorgt in den großen Parteien und Verbänden

für lang gefürchtete aber fruchtbare Auseinandersetzungen. Nur so lässt sich das gesamtgesellschaftliche Klima kippen, das den Nährboden für den Erfolg der Rechtspopulisten bietet.

Was alles möglich ist...

Dem politischen Ziel des Bündnisses entsprechend, ist auch das praktische Handlungsfeld weit gefasst. Immer wieder haben wir es in den letzten Monaten geschafft öffentliche Debatten über den Protest gegen »Pro Deutschland« hinaus anzustiften.

Mit der Fast-Verhinderung des Parteitages im Juli 2010 wurde der Berliner Ableger von »Pro Deutschland« schon kurz nach dessen Gründung in der Öffentlichkeit seiner Maskerade der liberalen Bürgerpartei beraubt. BürgerInnen über die Stadtgrenzen hinaus wurden informiert, dass diese Partei alles andere als die Stärkung von Bürgerrechten zum Ziel hat: Dass ihr Parteiprogramm die Einschränkung von Rechten für all jene vorsieht, die nicht dem christlichen Glauben anhängen und dadurch unter Generalverdacht fallen. Dass mit der Propagierung von absurden Angstscenarios, der Ausschluss und die andauernde Ungleichbehandlung von Mitbürgern forciert wird. Damit »Pro Deutschland« nicht unbehelligt in Berlin wirken kann, wurde die Einweihung des Hauptstadt-Büros gestört. Im August 2010 eröffnete das Büro in einem Plattenbau an der Allee der Kosmonauten im Stadtteil Marzahn/Hellersdorf gegenüber von Berlins größtem Arbeitsamt. Die Bezirksbürgermeisterin, AnwohnerInnen und unser Bündnis begleiteten die Eröffnung mit einer lautstarken Kundgebung.



**Abmarsch von »Pro Deutschland«
nach der Kundgebung am Frankfurter
Tor (Mitte rechts: Torsten Meyer -
ehemals Berliner DVU-Vorsitzender)
17. Juni 2011**

Das erste Wochenende im Oktober 2010 nutzte zunächst die »Freiheit« um sich der Öffentlichkeit mit prominenter Unterstützung des niederländischen Star-Rechtspopulisten Geert Wilders im Hotel Berlin vorzustellen. Einen Tag später führte »Pro Deutschland« eine Solidaritätskundgebung für Sarrazin auf dem Breitscheidplatz durch. Wir protestierten gegen beide Veranstaltungen und zogen die inhaltlichen Verbindungen.

Auch eine kurzfristige von »Pro Deutschland« einberufene Mahnwache zur »Neueinführung des Bundeslandes Preußen« im Februar 2011 am Reiterdenkmal vor der Humboldt Universität kam nicht ohne Protest aus. Der beginnenden Karnevalszeit entsprechend zogen kostümierte Gegendemonstranten die preußischen Tugenden ins Lächerliche und prägten so das Gesamtbild aus Deutschlandfahnen und Pathos-Reden über Gehorsam und verlorene Ostgebiete.

Diverse Male mussten ursprünglich geplante Termine von »Pro Deutschland« und der »Freiheit« bereits verlegt werden, da Lokal- und Hotelbetreiber ihre Zusagen für Reservierungen zurücknahmen. So beispielsweise im Januar 2011, als die »Freiheit« zunächst im Charlottenburger Hotel Crowne Plaza ihren Landesparteitag abhalten wollte, nach der Kündigung des Vertrags durch die Hotelleitung aber kurzfristig in ein Sprachenzentrum im Prenzlauer Berg verlegen musste. Dort wiederum hatten Gegendemonstranten schon die Leitung des Hauses von der Kündigung des Vertrages überzeugen können. Der »Freiheit« blieb nichts anderes übrig als den Parteitag zu verschieben.

Weniger erfolgreich waren unsere Verhinderungsaktionen gegen Thilo Sarrazin, der durch die Berliner Wirtschaftsgespräche e.V. immer wieder Auftritte vermittelt bekommt. Außer an der Technischen Universität, wo ihn das Präsidium im Januar 2011 wieder auslud, konnte er vor allem nach seiner Rehabilitierung durch die SPD überall auftreten. Nicht jedoch ohne GegendemonstrantInnen. Bei einer Veranstaltung der Industrie und Handelskammer (IHK) im April 2011 bekräftigte er seine Thesen, während wir draußen zusammen mit dem AK Marginalisierte und der Bahnhofsmision ein antirassistisches »Super-Sarrazin-Spar-Menü-Frühstücks-Buffer« mit all jenen abhielten, die von Sarrazin angegriffen und stigmatisiert werden. Die etwas breiter mobilisierte Aktion gegen eine Sarrazin-Lesung des Berliner Abendblatts im Neuköllner Estrel Hotel am 18. Mai 2011 sorgte zumindest für ein martialisches Polizeiaufgebot und die Umwandlung zu einer nicht-öffentlichen Veranstaltung. Trotz der Einlasskontrollen konnten AktivistInnen im Saal ein Transparent entrollen. Sarrazin und Trittbrettfahrer werden uns noch weiter beschäftigen, während die rechtspopulistischen Parteien vorrangig bis zur Wahl aktiv sein werden.

Der alltägliche Protest

Der Berliner Ableger von »Pro Deutschland« hat in der ersten Jahreshälfte 2011 in allen Bezirken Kreisverbände gegründet – meist unter Protesten. Hierzu wurde vom Bündnis punktuell mit AnwohnerInnen und vor ort aktiven Organisationen und Gewerbetreibenden zusammengearbeitet. Nicht nur die jeweilige Gründungsveranstaltung stand dabei im Fokus sondern die Aktivierung eines alltäglichen Protests gegen »Pro Deutschland« durch die AnwohnerInnen. Mustergültig hervorzuheben sind die Aktionen gegen die Gründung des Kreisverbandes in Steglitz-Zehlendorf im Rathaus des Bezirks Anfang März 2011, die mit kurzfristig mobilisierten 500 Teilnehmenden zu den erfolgreichsten Aktionen gehörte.

Der kontinuierliche Protest zermürbt nicht nur die oftmals prekären Strukturen der rechtspopulistischen Organisationen, er hält das Thema auch in der Öffentlichkeit und regt andere gesellschaftliche Akteure an sich zu positionieren. So klagte »Pro Deutschland« im März 2011 dass die Berliner Volksbank das Girokonto der Partei gekündigt hatte und nach Berliner Sparkasse, Hypovereinsbank, Commerzbank, Postbank, Deutsche Bank, Berliner Bank und Landesbank Berlin die Kontoführung für die Partei abgelehnt habe. Erst ein Verwaltungsgerichtsurteil Ende April 2011 konnte die Sparkasse verpflichten der Partei ein Konto einzurichten.

Nach den Kreisverbandsgründungen folgten die Vorbereitungen für die Wahlen. »Pro Deutschland« aber vor allem »Die Freiheit« hatten es sichtlich schwer genügend Unterschriften zum Wahlantritt zusammenzukriegen. Die Vorstellung des Wahlprogramms von »Pro Deutschland« im Rathaus Kreuzberg im Juni 2011 wurde durch mutige Blockaden und ein findiges Bezirksamt sogar ganz verhindert. Die Resonanz, die auf unsere Aktionen zu vernehmen war, fiel überwiegend positiv aus. Selbst wenn man der Einschätzung anhängen sollte, dass die neuen rechtspopulistischen Parteien kaum mehr Wahlchancen als die NPD haben, muss es doch überzeugen, dass die rechtspopulistischen Inhalte, die immer öfter fast kritiklos von PolitikerInnen von sich gegeben werden, nicht nur ein Klima der Ausgrenzung schaffen, sondern auch faktische Auswirkungen für die Betroffenen haben. Sarrazin ist nicht die Spitze des Eisberges. Eine Familienministerin die »Deutschenfeindlichkeit« als ihr Hauptaufgabenfeld auserkoren hat, entfaltet nun mal weitaus größere gesellschaftliche Wirkungsmacht als (glücklicherweise) marginalisierte Organisationen wie »Pro Deutschland«. Diese Zusammenhänge sollen in unserer Arbeit immer wieder sichtbar werden.

Die Entstehung dieser Broschüre ist als Teil der inhaltlichen Arbeit unseres Bündnisses zu verstehen. Sie dient nicht nur der Beleuchtung von Hintergründen und Fakten sondern soll vielmehr einen Anreiz darstellen, selbst aktiv zu werden und mit guten Argumenten ausgestattet in die gesellschaftlichen Debatten zu intervenieren.

Mehr als 40.000 Briefkasten-
Aufkleber wurden inzwischen
kostenlos verteilt.

Anzeige

ROSALUX

IHR KAMPF

Das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« besteht aus antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, translesbischswulen Gruppen, Migrant_innenselbstorganisationen, zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen.

¹ Das Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« besteht aus antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, translesbischswulen Gruppen, Migrant_innenselbstorganisationen, zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen.



**Rechtspopulistische Bestrebungen
ins Wasser fallen lassen**

www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de